23. Heft / 10. November 1910

GERHARD HILDEBRAND · DIE ENTWICKELUNG PERSIENS UND DAS INTERESSE DER DEUTSCHEN ARBEITERKLASSE

TEHERAN sah am 17. Oktober die Erklärung der britischen Regierung, daß England, wenn binnen 3 Monaten die Ordnung in Südpersien nicht wiederhergestellt sei, bestimmte Maßnahmen zur Einsetzung einer Lokalgewalt unter dem Kommando britisch-indischer Offiziere treffen werde; die Kosten würden durch einen Zuschlag auf die Zölle im Persischen Golf gedeckt werden. Vom Reuterschen Bureau wird dazu angedeutet, daß auch indische Truppen einrücken würden, wenn sich die Aushebung persischer als unmöglich herausstellen sollte. Die persische Regierung hat darauf am 22. Oktober geantwortet, die Unordnung im Land sei hauptsächlich auf die Anwesenheit fremder Truppen (der russischen im Norden) zurückzuführen, die die unbeabsichtigte Wirkung habe die Reaktionäre zu falschen Hoffnungen auf die Wiedereinsetzung des frühern Schahs zu ermutigen. Außerdem seien die bisherigen Versuche Geld aufzunehmen erfolglos geblieben. Aber wenn die britische Regierung die schwebenden Verhandlungen mit einem Londoner Haus günstig ansehe und ihre Genehmigung zu einer 10prozentigen Erhöhung der Zölle erteile, werde die persische Regierung die Verpflichtung auf sich nehmen den Überschuß zur Wiederherstellung der Ordnung zu verwenden. Übrigens beweise der allgemeine Aufschwung des Handels seit Einführung des neuen Regimes, daß die ausländischen Kaufleute kein Recht hätten sich zu beklagen. In der Tat kann das Bedürfnis nach *Ordnung* nicht in erster Linie die Ursache dafür sein, daß die britische Regierung jetzt ihre abwartende Haltung in der persischen Frage aufgibt und in Südpersien eine Einmischung vorbereitet. Denn mit Straßenräuberei hat der persische Handel bisher immer zu rechnen gehabt und trotzdem im letzten Jahrzehnt einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die einfachste Aneinanderreihung der Außenhandelsziffern beweist uns das. Es betrugen (in Millionen Kran)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamthandel
1901-1902	298,58	150,60	449,17
1902-1903	273,44	189,02	462,46
1903-1904	385,04	254,77	639,81
1904-1905	349,91	247,96	597,88
1905-1906	386,46	293,14	679,61
1906-1907	431,04	353,38	784,42
1907-1908	408,43	317,08	725,51
1908-1909	372,48	326,21	698,69

In deutscher Währung ausgedrückt hat sich der persische Außenhandel von rund 180 Millionen Mark im Jahr 1901-1902 auf rund 280 Millionen Mark im Jahr 1908-1909 gehoben. Allerdings hat es nach dem Rekordjahr 1906-1907, in dem der persische Außenhandel einen Wert von nahezu 314 Millionen Mark erreichte, einen Rückschlag um rund 24 Millionen im folgenden und 10 Millionen im nächsten Jahr gegeben, an dem die inneren Kämpfe sicher nicht unbeteiligt sind. Dazu aber kam die allgemeine Krisis, die fast überall im Jahr 1908 einen Rückgang des Außenhandels verursachte, und die besondere Silberkrisis, die ihn in allen Ländern mit Silberwährung noch verstärkte. Obendrein steht fest, daß die persischen Zolleinnahmen inzwischen wieder beträchtlich gewachsen sind: von 30,2 Millionen Kran 1908-1909 auf 36,25 Millionen 1909-1910 und im laufenden Jahr nach englischen Zeitungsmeldungen um weitere 2½ Millionen Kran in 5 Monaten. Der Rückschluß auf die jüngste Entwickelung des Außenhandels ergibt sich daraus von selbst. Die gestörte Ordnung kann also nicht Ursache sondern nur Vorwand für den Schritt der britischen Regierung sein. Will man seine Ursachen kennen lernen, so braucht man nur ein halbes Jahr zurückzudenken und sich der Bedingungen zu entsinnen, unter denen damals Rußland und Großbritannien der persischen Regierung eine Anleihe vermitteln wollten. Damals wurde für ganze 8 Millionen Mark nichts mehr und nichts weniger verlangt als daß die gesamte persische Finanzverwaltung unter britisch-russische Kontrolle gestellt werde, daß die Russen das Schiffahrtsmonopol auf dem Urmiasee erhalten, Großbritannien wie Rußland in ihren durch das Übereinkommen vom 31. August 1907 festgelegten Einflußsphären über alle Eisenbahnkonzessionen verfügen sollten, und daß zur Organisation der Polizei im Bereich der Handelsstraßen ausländische Offiziere anzustellen seien. Daß die persische Regierung diese Bedingungen, die aus Persien ein russisch-britisches Ägypten gemacht hätten, nicht annehmen konnte, ohne sich selbst zu entmündigen, liegt auf der Hand. Aber ebenso klar ist, daß Russen und Engländer seitdem nur nach einem Vorwand suchen, um ihr in jenen Anleihebedingungen bereits zum Ausdruck gebrachtes Ziel über kurz oder lang doch zu erreichen.

Nach dem traditionellen Charakter der englischen Politik in ähnlichen Fällen ist nicht zu erwarten, daß nach dem Ablauf der Dreimonatsfrist, also bereits Ende Januar, sogleich das ganze Programm vom Frühjahr 1910 durchgeführt wird. Man wird Schritt für Schritt, aber mit großer Beharrlichkeit vorwärtsgehen, bei jedem neuen Schritt abermals ein paar gute Gründe finden, abermals ein bischen Opposition im radikal-liberalen Lager überwinden, abermals das Versprechen abgeben, daß die Handelsrechte Dritter unangetastet bleiben, und so schließlich das Ziel erreichen, dessen gegen sonstige Gewohnheiten etwas voreilige Enthüllung bei den Anleiheverhandlungen im März 1910 wohl auf das Konto der weit hastigern russischen Bundesgenossenschaft zu setzen ist. Es kann nur nützlich sein, daß man sich über den Charakter und die Ziele der britischen Politik in Persien vollkommen klar ist, und deshalb sei daran erinnert, daß es keineswegs Rücksichten finanzieller Sicherheit waren, die seinerzeit zu den hochgeschraubten Forderungen Rußlands und Englands führten. »Zufälligerweise wissen wir«, schrieb Anfang April das englische Wochenblatt *The Nation*, »daß eine Gruppe von indischen Finanzleuten bereit war Persien zu helfen, weil sie einsah, daß der Sieg der Verfassung das beste Pfand für die Freiheit ihrer verfolgten Glaubensgenossen, der Parsi, sei.

Wenn England diesen Plan nicht vereitelt hätte, so wäre Persien jetzt von all seinen schweren Bedrängnissen befreit.« England hat also die finanzielle Rettung Persiens verhindert, um die Handhabe zum politischen Eingreifen zu behalten. Das muß deutlich und fest im Gedächtnis behalten werden, weil sich die englische Politik sonst selten die Blöße gibt, die es gestattet ihren Charakter richtig zu beurteilen. Ehrlichkeit ist, um es deutlich zu sagen, ebensowenig ihr hervorstechendes Merkmal wie Achtung vor den Rechten und Interessen anderer. Ob dadurch dem Weltfrieden wirklich in dem Maß gedient wird, in dem die englischen Staatsmänner diese Absicht für sich in Anspruch nehmen, soll an dieser Stelle nicht weiter untersucht werden. Aber man kann es den Sozialisten schon nicht verübeln, wenn sie nach solchen Vorgängen auch einer liberalen Regierung gegenüber von ernstlichen Zweifeln an der Aufrichtigkeit bürgerlicher Friedensbeteuerungen erfüllt bleiben.

Unabhängig von der Weiterentwickelung dieser aktuell politischen Kämpfe um die Vormundschaft in Persien und von ihren imponderabilen Rückwirkungen auf das Verhältnis auch der europäischen Mächte zu einander hat Deutschland ein lebhaftes Interesse daran, daß Persien, gleichviel auf welche Weise, einen starken Aufschwung seiner wirtschaftlichen Kräfte erlebe und in der internationalen Verkehrswirtschaft die Rolle spiele, die ihm seiner Größe und seinen natürlichen Reichtümern nach zukommt. Zurzeit ist freilich unser Handel mit Persien mehr als bescheiden. Wir stellen die Ziffern des letzten Jahrzehnts (wieder in Millionen Kran), nach der persischen Angabe, hier zusammen:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamthandel
1901-1902	2,38	0,17	2,55
1902-1903	2,90	0,12	3,02
1903-1904	5,94	0,18	6,12
1904-1905	6,67	0,38	7,05
1905-1906	6,67	0,50	7,17
1906-1907	8,33	1,51	9,85
1907-1908	7,11	1,42	8,53
1908-1909	5,78	0,53	6,31

Der Anteil Deutschlands beträgt durchschnittlich nicht mehr als 1 % des persischen Gesamtaußenhandels. Das Beispiel Ägyptens und Britisch Indiens beweist, daß bei weiterm Aufschwung des persischen Außenhandels und zumal beim Emporblühen des persischen Südens auch unter britischer Vorherrschaft der Anteil Deutschlands auf 5 bis 10 % zu steigern sein würde. Das heißt, wenn sich im Lauf des kommenden Jahrzehnts der persische Außenhandel auf 500 Millionen Mark hebt, wird es nicht ausgeschlossen sein, daß Deutschland daran mit 25 bis 50 Millionen Mark partizipiert. Man sieht, daß es sich auch dann noch um Summen handeln würde, die im Gesamthandel Deutschlands nur eine sehr geringe Bedeutung beanspruchen können. Anders wäre es natürlich, wenn Deutschland unmittelbar an finanziellen und wirtschaftlichen Unternehmungen in Persien einen größern Anteil zu gewinnen imstande wäre: wenn beispielsweise die Möglichkeit bestände Bahnen und Straßenbahnen, Bewässerungsanlagen und elektrische Stationen, Bergwerke und sonstige Anlagen in größerm Umfang zu finanzieren und dementsprechend an der Ausrüstung wie an den Gewinnen dieser Art von Unternehmungen teilzunehmen. In diesem Fall, das heißt im Fall wirklicher Sicherung der *offenen Tür* für alle, die finanzielle und kommerzielle Absichten in Persien verfolgen,

würde es zweifellos nur weniger Jahre bedürfen, um den Außenhandel Persiens nicht nur auf 500 sondern selbst auf 1000 Millionen Mark zu steigern und Deutschland daran mit mehr als 100 Millionen Mark zu beteiligen. Das britisch-russische Monopolstreben verhindert also eine schnelle Entwickelung Persiens in ähnlicher Weise wie das russisch-französische und vor allem das britische Monopolstreben eine schnelle Entwickelung der asiatischen Türkei verhindert hat. Die kleinasiatische Bahn Samsun-Siwas-Erserum-Eriwan, ihre Abzweigung nach Bitlis, Wan und Täbris, die Bagdadbahn und ihre Abzweigung oder Fortsetzung nach Teheran und noch manche anderen internationalen Verkehrslinien von größter Wichtigkeit im vordern Asien könnten längst beschlossen, im Bau und zum Teil vollendet sein, wenn statt der machtpolitischen Eifersucht ein wirtschaftliches Einvernehmen zwischen den europäischen Staaten herrschte. Statt aber diese Gedanken zu propagieren und besonders auch auf ihren internationalen Kongressen gemeinsam zu formulieren erschöpft sich die Arbeiterschaft der beteiligten Länder in wirkungslosen Protesten gegen die kostspielige Rüstungspolitik. Gerade auch auf diesem Gebiet gilt es noch zu lernen, daß elementare Tendenzen der weltwirtschaftlichen Entwickelung nicht durch bloße Negation beseitigt werden können sondern positive schöpferische Arbeit verlangen. Die Türkei und Persien können die Kapitalien nicht aus dem Boden stampfen, deren sie zur Entwickelung ihres Verkehrs und ihrer Wirtschaft bedürfen. Sie sind wie jedes aufstrebende Land bereit zu billigen Bedingungen, die mit ihrer politischen Selbständigkeit vereinbar sind, europäische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Sie befinden sich damit in der Lage jedes Gewerbetreibenden, der seinen Kredit in Anspruch nimmt. Was aber auf ihrer Seite Notwendigkeit ist, soll auf der Seite der Geldgeber, nach einer in manchen Parteikreisen herrschenden Logik, Verbrechen an den Lebensinteressen des Proletariats sein. Weil einige Kapitalistengruppen den Hauptprofit davon haben, sollen die Arbeiter nichts dazu tun dürfen die Hilfsquellen riesiger Länder Vorderasiens entwickeln zu helfen: auf einem Weg, der zugleich der Weg zur Vermeidung weltmachtpolitischer Konflikte zwischen den europäischen Staaten werden könnte.

Um das besondere Interesse der Arbeiterschaft an einer schnellen Entwickelung Vorderasiens zu kennzeichnen, brauchen wir nur, auf Grund der persischen Ausfuhrstatistik, seine Bedeutung als Ausfuhrland von Kleidungsrohstoffen hervorzuheben. Bei der beängstigenden Aufwärtsbewegung der Preise für Baumwolle und Wolle, Häute, Leder und Gummi in den letzten Jahren, bei der drohenden textilindustriellen Verselbständigung fast aller wichtigen Baumwollliefernanten, besonders der Vereinigten Staaten und Britisch Ostindiens, ist es für die europäische Massenkonsumschicht eine einfache Lebensfrage, daß ein so großes und so entwickelungsfähiges Ausfuhrgebiet von Kleidungsrohstoffen wie Vorderasien seine Lieferkraft so schnell wie möglich und so stark wie möglich steigert. Persien lieferte an Kleidungsrohstoffen (in Millionen Kran):

Jahr	Rohbaumwolle	Seide	Häute und Felle	Teppiche	Wolle
1906-1907	46,69	23,04	17,98	48,49	14,93
1907-1908	45,09	33,42	16,50	29,34	12,08
1908-1909	42,38	13,96	16,97	39,55	10,39

Rohbaumwolle, Häute und Felle, Wolle gehen bisher zum größten Teil nach Rußland, die Teppiche nach Rußland und der Türkei, nur von der Seide haben Italien und Frankreich zusammen den Löwenanteil. Bei geordneter und modernisierter Wirtschaft lassen sich aber alle diese Ziffern verfünffachen und verzehnfachen. Es sollte keiner langen Auseinandersetzung darüber bedürfen, daß, gleichviel wie groß der direkte Anteil Deutschlands an den persischen Lieferungen werden kann, sein Interesse daran eminent ist, daß der Aufschwung der persischen Erzeugung mit dazu beiträgt die Weltmarktpreise für die wichtigsten Kleidungsrohstoffe zu regulieren. Erleben wir noch weiterhin sprunghafte Aufwärtsbewegungen dieser Preise, wie wir sie in den letzten Jahren gehabt haben, so kann alle gewerkschaftliche Arbeit schließlich tatsächliche Sisyphusarbeit werden. Was die Arbeiter sich mühsam erringen, zerrinnt ihnen unter den Händen durch den Einfluß weltwirtschaftlicher Konjunkturen, gegen die sie machtlos sind, wenn sie sich nicht dazu entschließen neue weltwirtschaftliche Produktivkräfte entwickeln zu helfen, für die in Deutschland selbst schlechterdings kein Raum und kein Klima ist. Es versteht sich, daß die gleichen Gründe, wenn auch vielleicht nicht mit der gleichen Dringlichkeit, auch die Stärkung der persischen und überhaupt vorderasiatischen Lieferkraft für Nahrungsmittel erfordern. Vorderasien kann auch auf diesem Gebiet die Rückgänge mancher zumal nordamerikanischen Lieferungen ausgleichen oder wenigstens ihre Folgen mildern helfen. Nur auf dem Weg internationaler Produktionssteigerung können in der Nahrungsversorgung weltmarktliche Preiserhöhungen abgeschwächt, Knappheiten ausgeglichen werden.

Aber darüber hinaus ist es in der deutschen Arbeiterbewegung leider noch kein Gemeinplatz geworden, daß man ausländische Nahrungsmittel und Kleidungsrohstoffe, um sie kaufen zu können, auch bezahlen können muß. Eine Entwickelung der internationalen Produktion, die das weitere sprunghafte Anschwellen der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Kleidungsrohstoffe verhindert, nützt dem deutschen Arbeiter noch nicht viel, wenn er seinen Bedarf daran nicht auch durch die entsprechende Gegenausfuhr von Fabrikaten finanziell sicherstellen kann. Zumal wenn man *grundsätzlich* die Begünstigung und Sicherstellung deutscher Kapitalanlagen im Ausland ablehnt und damit zum Ausdruck bringt, daß man auf die Stärkung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch Kapitalzinsen und Unternehmergewinne aus ausländischen Anlagen keinen Wert legt, muß man die Sicherung des Exports von Fabrikaten ins Auge fassen. Und von diesem Standpunkt aus müssen wir wohl oder übel nochmals auf das britisch-russische Monopolstreben in Persien zurückkommen. Wir müssen dieses Monopolstreben bekämpfen, wenn wir nicht nur kaufen sondern auch bezahlen wollen. Wir haben nicht für kapitalistische Unterdrückung fremder Völker zu kämpfen sondern für das Recht unsere Einkäufe auf dem Weltmarkt mit dem Erzeugnis unseres Gewerbefleißes bezahlen zu können. Wenn man sich über dieses *Menschenrecht* nicht mit den englischen und französischen Arbeitern verständigen könnte, und wenn diese Verständigung nicht imstande wäre eine politische Umgruppierung, das heißt ein Einvernehmen der westeuropäischen Industriestaaten zur gegenseitigen Sicherung ihrer Weltmarktbeziehungen, vorzubereiten, dann würde die proletarische Internationale eine ihrer wichtigsten Aufgaben versäumen. Aber für so mangelhaft entwickelt halte ich die internationale Arbeitersolidari-

tät nicht, daß ich ihr die Kraft zur Lösung dieser Aufgabe nicht zutraue. Nur müssen wir uns darüber klar sein, daß jedes Jahr, das bis zur Verständigung über diesen Punkt verstreicht, neue Konflikte, neue Verschärfungen der nationalen Gegensätze bringen kann. Die nächste Folge des russisch-britischen Vorgehens in Persien ist die Anhäufung neuer Erbitterung in Deutschland gegen England, die verstärkte Werbekraft der Agitation für Vergrößerung von Heer und Flotte. In der Türkei wirds bereits lebendig. Man telegraphiert an Kaiser Wilhelm um Hilfe gegen die russisch-britische Umklammerung, appelliert an den Dreibund gegen die Tripelentente. Kann der Dreibund die Hoffnungen nicht erfüllen, die man dort ganz naturgemäß auf ihn setzt, dann ist ein neues wichtiges Stück unserer Wirtschaftsbeziehungen gefährdet. Kommt es aber zum Vierbund mit der Türkei, dann schwillt mit der Menge des Zündstoffs die Explosionsgefahr unheimlich an. Ein tatenloses Zusehen bringt uns, das haben wir nun oft genug erlebt, eine wirtschaftliche Beiseitedrängung nach der andern. Führt die proletarische Internationale nicht zu den Grundlagen einer unmittelbar in der kapitalistischen Wirklichkeit, wie sie ist, durchführbaren Verständigung, dann mag es leicht geschehen, daß der Glaube breiter Schichten an sie eines Tages im Feuer entfesselter nationaler Leidenschaften in Rauch aufgeht. Die Alten, die die Stimmung von 1870 erlebt haben, die Österreicher, die den Annexionsrausch und seine Wirkungen gesehen haben, sollten offen zugestehen, daß man in solcher Lage nicht mit Deklamationen und Resolutionen Brände löschen kann. Für die proletarische Weltfriedensbewegung heißt es: Hier zeige, was du kannst!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · STRÖMUNGEN UND GEGENSTRÖMUNGEN BEIM GENERALSTREIK DER FRANZÖSISCHEN EISENBAHNER

ES kommt in unserer Zeit fast nie vor, daß große soziale Kämpfe sich in voller Reinheit abspielen. Man wird lange suchen müssen, um ein Beispiel zu finden, wo in einem sozialen Kampf von größerer Tragweite zwischen denjenigen, die auf grund direkt entgegengesetzter Interessen und Beweggründe Stellung nahmen, es keine abtönenden Elemente gab; wo nicht in deren Kampf sich Dritte und Vierte eingemischt hätten, deren Interessen ganz anderer Natur waren als die der Streikenden. Die moderne Gesellschaft ist viel zu reich gegliedert, die Elemente, aus denen sie sich zusammensetzt, sind viel zu verschiedenartig situiert und geistig veranlagt, als daß ihre großen Konflikte sich auf einfache Gleichungen reduzieren ließen. Die sozialen Klassen unserer Tage sind keine streng abgegrenzten Stände und noch weniger durch unübersteigbare Schranken getrennte Kasten. Ihr Leben und ihre Kämpfe spielen sich nicht nach der nur auf zwei Töne gestimmten Musik eines primitiven Instruments ab.

Auch in den Eisenbahnerstreik, der vom 10. bis zum 18. Oktober in Frankreich stattfand, wie in die Debatten über ihn, die in den Tagen vom 25. bis zum 30. Oktober die französische Kammer beschäftigten, haben sich viele Nebenmotive und Nebenklänge eingemischt, die das Grundmotiv zurückdrängten. Ja, man könnte noch weiter gehen und sagen: Es hat selten einen Kampf gegeben, in den so viele fälschende Momente hineinspielten, bei dem so vieles

zusammenwirkte ihm ein falsches Gesicht zu verleihen, wie es bei diesem der Fall war.

Zunächst ist die ganze Verfassung des Eisenbahnwesens in Frankreich eine schiefe. Mit einzelnen Ausnahmen sind die Eisenbahnen Frankreichs Privatbahnen, aber Privatbahnen unter Oberaufsicht und stark einschneidenden Reglements des Staates. Der Eisenbahner an den Privatbahnen ist daher ein Mittelding zwischen einem Angestellten von kapitalistischen Unternehmungen und einem Angestellten des Gemeinwesens. Wie man nun auch über die Frage des Streikrechts der Eisenbahner denken mag, so kann doch darüber kein Streit sein, daß sie sich wesentlich anders stellt, je nachdem der Eigentümer und Leiter der Eisenbahnen aussieht. Werden die Eisenbahnen als Eigentum der Allgemeinheit von deren Beauftragten für sie nach demokratischem Recht verwaltet, was eine Vertretung von Vertrauensmännern der Eisenbahner in der Verwaltung einschließt, so wird die öffentliche Meinung selbst der breiten Volksmasse einen Streik von Eisenbahnern stets — und mit Recht — sehr scharf beurteilen, namentlich wenn er, wie im Fall des letzten französischen Streiks, unter anderm einer Stadt von 3 Millionen Einwohnern die Lebensmittelzufuhren abzuschneiden droht. Je mehr aber die Verwaltung der Eisenbahnen von diesem Grundprinzip demokratischer Verwaltung abweicht, um so stärker der Anspruch der Eisenbahner auf das Streikrecht, gleichviel ob es durch das Gesetz anerkannt ist oder nicht. In England, wo die Eisenbahnen gleichfalls Privatgesellschaften gehören, ist man logisch genug es anzuerkennen, obwohl auch dort der Staat nicht nur in die Tarifpolitik der Eisenbahner sondern auch in die Arbeitsbedingungen der Angestellten ein kräftiges Wort hineinredet. In Preußen und anderen deutschen Bundesstaaten gehören die Eisenbahnen zwar dem Staat, werden aber, statt nach demokratischen, nach bureaukratisch-fiskalischen Grundsätzen verwaltet, so daß das Bestreben für die Eisenbahner das Recht der Koalition zu erlangen hier wohlberechtigt ist. In Frankreich ist das Streikrecht der Eisenbahner wiederholt vom Regierungstisch aus grundsätzlich anerkannt worden. Inwiefern und warum wurde es jetzt nicht beachtet? Auf diese Frage werden wir eine Antwort finden, wenn wir erst eine zweite beantwortet haben: Von wem ging der Streik aus, und gegen wen richtete er sich?

Die französischen Eisenbahner und Eisenbahnwerkstättenarbeiter gehören, soweit sie überhaupt organisiert sind, in ihrer Mehrheit zwei Organisationen an: der *Nationalen Gewerkschaft der Eisenbahner* und dem *Bund der Maschinisten und Heizer*. Beide Organisationen gehörten bisher der sogenannten *reformistischen* Richtung an, was natürlich nicht ausschließt, daß in ihren Mitgliedschaften nicht auch die anarchistisch-*revolutionäre* Richtung ihre Anhänger hatte und hat. Namentlich in Paris, dem Erscheinungsort des Organs dieser Richtung, der *Guerre Sociale*, scheint das in hohem Grad der Fall zu sein. Welchen unmittelbaren Einfluß die Vertreter der letztern Richtung auf den Ausbruch des Streiks gehabt haben, läßt sich aus der Ferne nicht beurteilen. Es steht aber fest, daß die Zentralvorstände der obengenannten Gewerkschaften vom Eintritt der Pariser Eisenbahner in den Streik in keiner Weise vorher unterrichtet worden waren. Noch weniger hatte man daran gedacht sich ihrer Zustimmung zu versichern. Der Streik brach am 8. Oktober plötzlich im Maschinendepot La Chapelle der Nordbahn aus und griff sofort auf das benachbarte Depot La Plaine über: beides Vororte im Norden von Paris. Es heißt,

der Ausbruch sei *spontan* gewesen. Das ist aber ein sehr auslegungsfähiges Wort. Sicher ist, daß dem Ausbruch eine lebhafte Agitation vorausging. Sie reicht in direkter Folge bis auf den Anfang Mai zurück, wo in den genannten Depots die Überstundenarbeit abgeschafft wurde. Die Arbeiter verlangten damals unter Hinweis auf die höheren Lebensmittelpreise eine Lohnerhöhung als Entschädigung für den ihnen durch Wegfall der Überstunden entgehenden Extraverdienst, sie wurde aber nur wenigen in der verlangten Höhe bewilligt; die große Mehrheit ward mit einem unbedeutenden Aufschlag abgespeist und im übrigen auf den Ausgang allgemeiner Untersuchungen über die Lohnfrage vertröstet. Es erfolgten auch wirklich Verhandlungen der Regierung mit den Eisenbahngesellschaften über die Lohnverhältnisse; sie zogen sich aber hin, und ihr langsamer Gang gab der Mißstimmung reichliche Nahrung. Immerhin ist es fraglich, ob die Situation zum Streik drängte. Er brach gerade in dem Moment aus, als die Direktion der Nordbahn für bestimmte Arbeiterkategorieen Lohnaufschläge ankündigte, am Vorabend des Zusammentritts der Kammer, vor die — schon durch die Vorsorge der sozialdemokratischen Fraktion — die Frage jedenfalls gekommen wäre, und, wie gesagt, ohne Vorwissen oder gar Zustimmung der Organisationsvorstände. Es sind denn auch nicht diese gewesen, sondern ein am 10. Oktober in der Pariser Arbeiterbörse von den Pariser Sektionen freigewähltes *Streikkomitee*, das die Leitung des Streiks in die Hand nahm. Von welchem Geist dieses Komitee und die Versammlung, die es ernannte, beseelt waren, mögen einige Sätze aus der Proklamation illustrieren, mit der es in die Aktion trat:

»Nach dem Streik in Tergnier, den Vorfällen in Calais, denen die ungerechte Entlassung des Sekretärs dieser Gruppe folgte, und dem jetzt ausgebrochenen Streik in den Depots von La Chapelle und La Plaine erachtet die Versammlung, daß die Eisenbahner der Nordbahn nicht länger warten können und erklärt unverzüglich den Streik für Paris mit dem wohlerwogenen Beschluß nur an die Arbeit zurückzukehren, wenn ihre Forderungen ohne jegliche Entlassung voll bewilligt und den Ausständigen die Streiktage bezahlt werden. Sie werden den Streik bis aufs äußerste treiben, selbst wenn das Streikkomitee der *Nationalen Gewerkschaft* und des *Bundes* es für notwendig halten sollte den Streik auf das Netz der Nordbahn zu beschränken. Für diesen Fall erklären die Versammelten, daß sie, zu siegen gewillt, Genugtuung erlangen werden. Trotzdem werden sie wieder in den Kampf eintreten, wenn das Streikzentralkomitee einen Generalstreik anordnet, der alle Eisenbahnnetze umfaßt.«

Der Streik begann also mit einer Art Auflehnung — halb Kriegserklärung, halb Pression — gegenüber den Zentralvorständen der beteiligten Gewerkschaften. Man wählte ihre beiden Sekretäre in das Streikkomitee, aber als Einzelpersonen. Wie gegenüber den Eisenbahngesellschaften, ward der Generalstreik auch kurzerhand gegenüber den gewählten Leitungen der gewerkschaftlichen Nationalverbände quasi über Nacht ins Werk gesetzt. Allerdings griff er auch über Nacht um sich, und das mag dem Vorgehen des Pariser Komitees in den Augen mancher Leute eine Legitimation geben. Aber der weitere Verlauf des Streiks hat bewiesen, daß die Masse der streikenden Eisenbahner nur mit sehr geringer geistiger Ausrüstung — von finanzieller Ausrüstung ganz zu schweigen — ins Feuer lief. Über die Streikmittel scheint sich das Komitee keine großen Kopfschmerzen gemacht zu haben. Gleichgültig, ob die Verbreitung der Flugschriften, die zur Sabotage aufforderten, von ihm ausging oder nicht — und da bestritten wird, daß sie von ihm ausging, liegt es mir fern ihm anderes zu unterstellen —, wenn ein solcher Generalstreik ohne jede leidlich ausreichende materielle Ausrüstung

begonnen wird, dann ist in der Tat die Zuflucht zur Sabotage und dergleichen sehr naheliegend. Genug, sie wurde versucht, und sie schlug fehl. Und mit dem Wundermittel ging der Generalstreik in die Brüche.

Die Regierung griff mit Gewalt ein. Will man nicht ins Blaue hinein schimpfen, so muß man sich Rechenschaft darüber ablegen, was in einer solchen Situation die Aufgabe der Regierung eines großen Gemeinwesens ist. Und da stoßen wir auf eine zweite verfälschende Tatsache. Jaurès hat sie in der *Humanité* vom 13. Oktober im wesentlichen zutreffend wie folgt gekennzeichnet:

»Das republikanische Frankreich büßt in diesem Moment die revolutionäre Vergangenheit Herrn Briands. Ein Ministerium, das nicht um Vergessenheit dafür verlegen ist, daß sein Chef einst den Generalstreik propagiert hat, hätte den Ereignissen gegenüber mehr kaltes Blut und sicher auch mehr Maß behalten. Es wäre ihm leicht geworden von der Nation einen Kredit von einigen Tagen zu erbitten. Es hätte die Tatsache des Streiks selbst, die ersten durch ihn bewirkten Störungen des Wirtschaftslebens dazu benutzen können mit um so größerm Nachdruck den beiden kämpfenden Parteien die Wiederaufnahme der Verhandlungen, ein Unterhandeln auf der Grundlage gleichen Rechts vorzuschlagen. Er aber, Briand, kann nicht warten. Er betäubt sich selbst, und er sucht die öffentliche Meinung zu betäuben, indem er gleich zu Anfang Akte ungesetzlicher und fruchtloser Gewalt aufeinanderhäuft. Er verzeiht den Arbeitern einen Streik nicht und kann ihn ihnen nicht verzeihen, da er als Wirkung seiner frühern propagandistischen Tätigkeit aufgefaßt werden kann. Und er trampelt mit Wut auf seine eigene Vergangenheit, in der Hoffnung sie einzuscharren. Seinetwegen muß die Repression übereilt und brutal sein. Seinetwegen und durch ihn verschärft sich der Konflikt, vermindern sich die Aussichten auf einen Ausgleich, treibt eine ungeschickte, fieberhafte und unwirksame Politik die Arbeiterklasse zur höchsten Erbitterung, ohne die herrschende Klasse mit Nutzen zu beschützen. Und man muß den geistigen und seelischen Niedergang der Privilegierten bewundern, die hinter diesem Führer in die Irre laufen.«

Das war in dem Moment geschrieben, da der Ausstand ganz Frankreich zu erfassen schien, während die Regierung die ausständischen Eisenbahner auf grund des Mobilisierungsgesetzes einberief und das Streikkomitee in den Räumen der *Humanité* verhaften ließ. Ob Briand diese Maßnahmen in Erregung und Wut aus den Motiven verfügte, die Jaurès voraussetzt, oder ob er kalten Blutes so handelte, weil ihm als altem Praktiker die Achillesferse der Bewegung wohlbekannt war, mag auf sich beruhen bleiben. Vom Gesichtspunkt des unmittelbaren Erfolgs hat Briand sich über die Wirkung seiner Maßregeln nicht getäuscht. Aber das entscheidet die von Jaurès mit Recht aufgeworfene Frage nicht, ob die Rückkehr der Eisenbahner an ihren Dienst nicht auf andere, weniger oder gar nicht gewalttätige Weise zu erreichen war. Eine Frage, mit deren Bejahung auch schon gesagt ist, daß ein Sozialist als Minister v e r p f l i c h t e t gewesen wäre jenen andern Weg zu versuchen. Denn daß auch nach Jaurès' Ansicht die Regierung die ihr zur Verfügung stehenden Mittel und Wege dazu in Anwendung bringen mußte den Ausstand zu einem möglichst schnellen Ende zu bringen, liegt in seinen Ausführungen eingeschlossen. Es könnte auch nur ein Anarchist anderer Ansicht sein. Ferner hatte Jaurès auch darin recht, wenn er ausführte, daß für das Ministerium Briand der Weg milderer Mittel unter den gegebenen Verhältnissen schwerer zu gehen war als selbst für manche bürgerlich-demokratischen Regierungen. Weniger zwingend ist die Darlegung, daß Briands Vergangenheit als Propagandist des Generalstreiks hierfür verantwortlich zu machen ist. Von bestimmten Ideen zurückgekommen sind auch andere Politiker, und zwischen dem Briand des Generalstreiks und dem Ministerpräsidenten Briand steht der Briand des republikanisch-sozialdemokratischen Blocks. Nicht die Vergangenheit Briands, seine gegen-

wärtige Beziehung zur Sozialdemokratie ist das Hindernis einer Politik, wie Jaurès sie andeutet. Nur ein Minister, der mit der kämpfenden Arbeiterschaft und ihrer Partei, der Sozialdemokratie, gute Fühlung hat, könnte sie durchführen.

Warum aber steht ein solcher Minister nicht an der Spitze der französischen Republik? Ist es lediglich die Schuld Briands, daß es nicht der Fall ist? Ich fühle nicht das Bedürfnis den Anwalt Briands und seiner ministeriellen Kollegen, Millerands und Vivianis, zu machen. Eher das Gegenteil. Von der Überzeugung durchdrungen, daß in allen Ländern voraussichtlich Phasen der Entwickelung eintreten, wo die Teilnahme an der Regierung für die Sozialdemokratie zur Pflicht wird, bin ich im höchsten Grad daran interessiert, daß diese Sache nicht durch Experimente kompromittiert wird, die ihr ähnlich sehen und doch von ihr grundverschieden sind. Der Eintritt von Sozialisten in eine Regierung ist, solange die Gesellschaftsordnung noch wesentlich kapitalistisch ist, unter allen Umständen eine Sache, die große Schwierigkeiten mit sich bringt. Diese Schwierigkeiten dürfen jedoch allein noch kein Grund sein ihn zu verwerfen. Das hieße Gefahren aus dem Weg laufen, statt sie zu überwinden. Wie soll aber ein Sozialist sie überwinden, der, statt seine Partei als Stütze und zugleich als Kontrolle hinter sich zu haben, im Gegenteil von ihr als ein Abtrünniger betrachtet wird? Was für einen Sozialisten, der das Vertrauen seiner Partei hat und in beständigem Verkehr mit ihren Ausschüssen steht, auch in Ministerstellung möglich wäre, ist unmöglich für einen Sozialisten, der sie als Gegnerin oder gar Feindin sich gegenübersieht. Im letztern Fall ist es kaum anders möglich als daß für den sozialistischen Minister, und wäre er der tüchtigste und ehrlichste Mensch von der Welt, unter dem Einfluß der fortbestehenden Klassengegensätze Momente kommen, wo er, wenn er nicht die seelische Kraft hat zurückzutreten, seine Vergangenheit mit Füßen treten muß. Selbst wenn die objektiven Tatsachen nicht dazu treiben würden, würde eben die persönliche Beziehung diese Situation herbeiführen. Kurz, ich bin durchaus kein Befürworter jener Gattung von Ministerialismus, wie er zurzeit von Briand und seinen sozialistischen Kollegen vertreten wird. Aber er ist auch nicht das letzte Wort der Entwickelung. Soll nicht Frankreich einer sehr langen Epoche bürgerlicher Reaktion verfallen, so wird früher oder später doch eine andere politische Kombination sich als notwendig aufdrängen. Dann aber mag, was wir jetzt sehen, als warnendes Exempel dienen.

Briand war in einer falschen Position, und zum großen Teil durch eigene Schuld. Aber er ist nicht der allein Schuldige. Es ist zum Beispiel noch recht fraglich, ob unter den Verhältnissen, wie sie beim Eisenbahnerstreik lagen, die Politik der Mäßigung, von der Jaurès spricht, und in deren Befürwortung ihm jeder Sozialist prinzipiell zustimmen muß, ihren Zweck erfüllt hätte. Frankreich ist nun einmal das Land, wo man mehr als anderswo geneigt ist Mäßigung für ein Zeichen von Schwäche zu halten. Man vergegenwärtige sich die Situation. In der Pariser Arbeitsbörse gaben Anarchisten und Anarchosozialisten den Ton an, die wohl gegebenenfalls sich der sozialistischen Partei und ihrer Organe bedienen, sonst aber sie in ihren Blättern fast nur bekämpfen und verspotten, Leute, für die der Generalstreik nicht ein äußerstes Mittel, sondern ein Dogma, ein täglich verfolgtes Ziel ist. Briand mag von den Regierungsspitzeln, was den Zusammenhang des Eisenbahnerstreiks mit

einem spezifisch anarchistischen Komplott anlangt, getäuscht worden sein; es hieße aber die Pariser Anarchisten für elende Schwätzer erklären, wollte man annehmen, daß sie nicht alles, was in ihren Kräften stand, aufboten, um dem Streik den Charakter einer revolutionären Aktion zu geben. Die Situation war mindestens durchaus zweideutig, wozu auch die Zweideutigkeit des Begriffs *Generalstreik* das ihrige beitrug. Er wird vielfach von Arbeitern als einfach gleichbedeutend mit einem allgemeinen Streik der Arbeiter eines bestimmten Berufs oder einer Industrie zum Unterschied vom bloßen Streik einzelner Werkstätten oder Berufsabteilungen gebraucht; er hat aber daneben noch die Bedeutung des revolutionären Massenstreiks, der sich gegen Regierungen, wenn nicht gegen den Staat überhaupt richtet. Daher denn auch in dem Streit zwischen Briand und der sozialistischen Kammerfraktion, ob der vorliegende Streik ein revolutionärer oder richtiger Umsturzstreik oder ein rein gewerkschaftlicher Streik war, beide Teile ein gutes Stück recht haben konnten. Die Zustände in der französischen Gewerkschaftsbewegung bringen es mit sich, daß hier eines ins andere hinüberspielt.

So erklärt es sich denn auch, daß, während das Pariser Streikkomitee verhaftet wurde, die Zentralvorstände der Eisenbahnergewerkschaften mit Ausnahme der beiden ins Streikkomitee gewählten Sekretäre unbehelligt blieben, und die Regierung vielmehr mit ihnen Verhandlungen anzuknüpfen suchte. Die Zentralvorstände aber zeigten allerdings den entschiedenen Willen dem Streik seinen gewerkschaftlichen Charakter zu erhalten. Dies zeigt aufs deutlichste der von ihnen in der *Humanité* vom 16. Oktober veröffentlichte Brief an Briand. Er lautet:

»Herr Staatsratspräsident, wir sind in Kenntnis gesetzt worden, daß bei der Zusammenkunft, die Sie mit den Abgeordneten des Seinedepartements [Paris und Vororte] hatten, Sie sich bereit erklärt haben mit den beiden Nationalverbänden der Eisenbahner, der *Nationalen Gewerkschaft* und dem *Bund*, Verhandlungen zu eröffnen. Wir wollen uns nicht bei Ihrer Weigerung aufhalten mit dem Streikkomitee zu verhandeln. Wir machen Sie nur darauf aufmerksam, daß Sie zur Verhandlung mit ihnen keinen mehr unter uns finden werden, der nicht durch die Militärverordnung betroffen wäre. Wir wollen uns ferner auch nicht dabei aufhalten, daß Sie es ablehnen mit den ins Gefängnis gesteckten Leuten zu verhandeln. Wir verweisen nur darauf, daß, wenn Lemoine, der Sekretär des Streikkomitees, zurzeit verhaftet ist, Bidegaray, der Sekretär der *Nationalen Gewerkschaft*, und Toffin, der Sekretär des *Bundes*, es gleichfalls sind, und so nach dem Buchstaben Ihrer Mitteilung jede Unterredung unmöglich bliebe. Die öffentliche Meinung würde es jedoch nicht verstehen, wenn wir uns bei Subtilitäten der Prozedur aufhielten. Wir haben während des Verlaufs des Konflikts beständig gezeigt, daß wir für das, was wir dem öffentlichen Interesse schuldeten, besorgt waren. Ihm wollen wir auch dieses äußerste Zugeständnis machen. Wir nehmen denn auch zu Protokoll, daß Verhandlungen stattfinden werden zwischen den Eisenbahngesellschaften und den Vertretern unserer Nationalverbände, mit denen die Regierungen bisher stets zu verhandeln pflegten. Es ist uns eine wertvolle Vergewisserung gleichzeitig das zukünftige Wirken unserer Organisation und die Interessen der Eisenbahner wahrzunehmen. Sie werden infolgedessen, Herr Staatsratspräsident, am Schluß dieses Briefes die Unterschrift zweier unserer Genossen finden, von denen der eine im Namen der *Nationalen Gewerkschaft*, der andere im Namen des *Bundes* handelt. Die *Nationale Gewerkschaft* und der *Bund* benachrichtigen Sie somit, Herr Präsident, daß sie stets bereit sind mit Ihnen und den Gesellschaften für die Interessen der Eisenbahnarbeiter in Verhandlung zu treten. Genehmigen Sie usw. [folgen Unterschriften].«

Man vergleiche diesen Brief, der noch während des Streiks verfaßt wurde, mit der obigen Resolution, und der Unterschied, nicht nur im Ton, springt in die Augen. Vielen mag das Schriftstück etwas zu gemessen staatsmännisch er-

scheinen, es darf aber nicht vergessen werden, daß die Mitglieder des Nationalkomitees eine weit größere Verantwortung auf sich hatten als die Mitglieder des Pariser Streikkomitees, und daß sie außerdem wohl besser als andere über die wahre Sachlage bei den Eisenbahnern unterrichtet waren. Indes handelt es sich hier gar nicht um Ausstellung von Zensuren sondern um Kennzeichnung der Situation.

Es liegt auf der Hand, daß sie für die sozialdemokratische Partei Frankreichs und ihr Organ, die *Humanité*, nicht leicht war. Selbst wenn der Streik wirklich nicht aus einer spontanen Aktion der Eisenbahner der Nordbahn hervorgegangen sondern in der Tat das Ergebnis eines anarchistischen Manövers war, er war da, insbesondere in Paris hatte er die großen Massen der Eisenbahner für sich, und da war es für die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterklasse gegeben zunächst, unbekümmert um den Ursprung, die Sache der kämpfenden Arbeiter zur ihrigen zu machen. Daß unsere französischen Genossen es mit der größten Wärme, Entschlossenheit und Energie getan haben, wird ihnen niemand bestreiten können. Nun heißt aber eine Sache zur eigenen machen nicht nur, daß man sich für sie nach außen hin ins Zeug legt. Es heißt auch je nachdem Mitwirkung im Innern, Mitreden und Mitstimmen im Rat. Solidarität heißt Gegenseitigkeit. Bei einem Streik, der aus dem Gebiet des reinen Gewerkschaftskampfes heraustritt, der die Arbeiterschaft als Klasse in Anspruch nimmt, müssen die politischen Organisationen, die politischen Vertreter der Arbeiter auch ein Wort über Führung, Maßnahmen und Methoden mitzureden haben. Daran aber fehlt es ganz besonders in Paris noch sehr, und hat es auch hier gefehlt. Was Leute auf ein falsches Geleise geschoben hatten, von denen sie aufs bitterste bekämpft wird, das sollte die Sozialdemokratie vertreten und hinterher wieder einrenken.

Wie sehr dergleichen auf Kämpfe und Diskussionen fälschend einwirken muß, braucht man nicht lange auseinanderzusetzen. Man lese die Berichte über die den Streik betreffenden Verhandlungen in der Deputiertenkammer. Immer wieder kreuzen sich da Angriffe vom Regierungstisch wider die Streikmethoden, die Sabotage und den Antipatriotismus der Anarchisten mit Verteidigungen des Streikrechts der Eisenbahner von seiten der Sozialdemokraten, ohne einander zu treffen. Denn grundsätzlich den Eisenbahnern das Streikrecht zu bestreiten ist auch der Regierung nicht eingefallen. Schließlich wäre auch noch, soweit das Parlament in Betracht kommt, das Hineinspielen der Ränke und persönlichen Rivalitäten in den bürgerlichen Parteien und Parteigruppen in die Debatten zu erwähnen. Während die Parteien der Rechten, wie jedesmal, wo Fragen der *Ordnung* in Betracht kommen, sich auf die Seite der Regierung stellten — das Spielen mit dem Feuer haben die biederen Leute verlernt —, stellten sich die Extremradikalen, heimatlos gewordene Boulangisten und ähnliche *Wilde*, auf die Seite der Sozialdemokraten. Auch das trägt dazu bei die Debatten in falsche Bahnen zu leiten und unnötig zu verbittern.

Nun kommt es gewiß überall vor, daß bei Kämpfen übertrieben wird, überall können besondere Umstände zusammenwirken diese unvermeidlichen Nebenwirkungen von Kämpfen über das gewöhnliche Maß hinauszutreiben. Sie werden gewöhnlich hinterher im Land selbst redressiert und müssen dieser heimischen Remedur überlassen bleiben. Sache der ausländischen sozialistischen Berichterstattung ist es unbeeinflußt von solchen Nebenerscheinungen den Ge-

nossen draußen ein möglichst objektives Bild des Kampfes und der in ihm spielenden Kräfte zu geben. Dagegen ist jedoch diesmal wieder viel gefehlt worden. Während aus den Artikeln der Genossen Jaurès, Thomas, Sembat usw., bei aller ihrer Schärfe der Kritik der Regierungsmaßregeln, immer noch die wahre Konstellation herauszulesen war, sind in der deutschen Presse Berichte über den Streik erschienen, denen jede Objektivität abging. Und da den Lesern dieser Berichte die Möglichkeit fehlte Schilderung und Wirklichkeit zu vergleichen, kann es nicht wundernehmen, daß in manchen redaktionellen Artikeln dann Betrachtungen über den Streik angestellt wurden, die der wirklichen Lage der Dinge direkt ins Gesicht schlugen.

Wäre es eine einmalige Erscheinung, könnte man darüber hinweggehen. Aber die Sache hat sich schon öfter abgespielt und droht sich zu wiederholen. Daher ist es nötig auf die Gefahren solcher impressionistischen Berichterstattung hinzuweisen. Es hat keinen Sinn sich in Deutschland noch mehr über Briand zu ereifern als es unsere französischen Genossen tun, und darüber. Probleme zu vergessen, die für uns größere Bedeutung haben. Der Fall Briand ist eine spezifisch französische Erscheinung und wird gemäß den parlamentarischen Gewohnheiten Frankreichs seine Erledigung dadurch finden, daß das Ministerium Briand — das mittlerweile demissioniert und sich neugebildet hat — eines Tages endgültig einer andern Kombination weicht: ob einer bessern, das wird zum Teil von unseren Genossen abhängen. Aber der Drang Streiks über die Köpfe der berufenen Organisationsleiter der Arbeiter hinweg anzuzetteln, mit ihnen quasi *Va banque* zu spielen, ist keine spezifisch französische Erscheinung. Und ihm arbeitet diese impressionistische Berichterstattung sehr in die Hände.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HEINRICH SCHERRER · DER NEUE SCHWEIZERISCHE FABRIKGESETZENTWURF

NUNMEHR liegt der Entwurf des neuen Fabrikgesetzes für die Schweiz mit einem Bericht des schweizerischen Bundesrats vom 6. Mai 1910 vor. Wenn er auch einen Mittelweg zwischen den Wünschen der Arbeiter und der Unternehmer sucht, so bedeutet er doch einen großen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Gesetz und wird nach einigen Richtungen vorbildlich für andere Industriestaaten werden. Vieles, was bisher Übung bei Anwendung des bestehenden Gesetzes war, soll nun feste Norm werden. Der Begriff der *Fabrik* erleidet insofern eine Änderung als nicht mehr von der gleichzeitigen und regelmäßigen Arbeit im geschlossenen Raum gesprochen wird. Die Zahl der Arbeiter bleibt unbestimmt und kann auch unter 5 sein; die Heimarbeit bleibt ausgeschlossen, die Werkplätze werden einbezogen. Das Anwendungsgebiet des Gesetzes soll nicht erheblich ausgedehnt werden, da eine besondere Gewerbegesetzgebung vorgesehen ist, und die Arbeiter selber als Folge der Ausdehnung einen laxern Vollzug befürchten.

Die alten Bestimmungen über Verhütung von Unfällen und Krankheiten, über Anlage und Einrichtung der Fabriken bleiben bestehen. Die Verpflichtung zur Instandhaltung der Arbeitsräume wird auf die Räume ausgedehnt, wo Arbeiter sich aufhalten und verkehren; ein Anschlag betreffend die maximale Besetzung der Arbeitsräume kann verlangt werden; Eßräume sollen zur Verfügung

gestellt werden, wo ein Bedürfnis besteht. Pläne über Neu- und Umbau von Fabriken und gemieteten Räumen für Fabrikbetriebe bedürfen nach Begutachtung durch das Fabrikinspektorat besonderer Genehmigung; vor Erteilung der Betriebsbewilligung findet eine fachmännische Prüfung der Bauten statt; die Bewilligung ist bei Gefährdung der Arbeiter oder der Umgebung zurückzuziehen. Das Melde- und Untersuchungswesen bei Unfällen ist besser geordnet und auf die entschädigungsberechtigten Gewerbekrankheiten ausgedehnt. Unfall-, Krankheits- und Arbeiterverzeichnisse müssen beständig in der Fabrik zur Verfügung des Inspektors aufliegen. Die Fabrikordnung hat wie bisher nur die Bedeutung eines Polizeireglements. Geldbußen und Ausschluß von der Arbeit als Strafe für irgend eine Übertretung sind nicht mehr zulässig. Das Bußunwesen hat sich vollständig überlebt und als unwirksam erwiesen; auch das Amt eines Sittenwächters soll dem Fabrikinhaber nicht mehr gesetzlich übertragen werden, da er nicht immer hierzu geeignet erscheint. Fabrikreglements und deren Änderungen sind von der Kantonregierung zu genehmigen, wenn sie dem Gesetz und der Billigkeit entsprechen. Die Arbeiterschaft oder eine von dieser gewählte Kommission hat sich aber vorerst über diese auszusprechen; sie sind in den Arbeitslokalen anzuschlagen, jedem Arbeiter auszuhändigen und ihm beim Austritt zum allfälligen Rechtsbehelf zu belassen.

Der Dienstvertrag der Fabrikarbeiter beruht auf dem gemeinen bürgerlichen Recht. Doch wird die Kündigungsfrist für beide Vertragsparteien auf 14 Tage festgelegt; die Probezeit von 14 Tagen kann vertraglich wegbedungen werden. Mit Tarif- und Normalverträgen kann das Dienstverhältnis abweichend geregelt werden. Die *wichtigen Gründe,* aus denen dieses ohne Kündigung aufgehoben werden kann, sind nicht mehr aufgeführt sondern der Gerichtspraxis überlassen. Kaum sehr wirksam wird die Vorschrift sein, daß wegen Ausübung seiner bürgerlichen Rechte dem Arbeiter nicht gekündigt werden dürfe (Vereinsrecht), da eine Dienstkündigung überhaupt nicht zu begründen ist. Zu begrüßen ist das Kündigungsverbot bei unverschuldeter Krankheit bis auf 4 Wochen und bei obligatorischem Militärdienst. Die Lohnzahlung soll immer von einer Abrechnung begleitet sein, die Auszahlung an einem Werktag innerhalb der Arbeitszeit und nur ausnahmsweise am Sonnabend in der Fabrik selbst in Landesmünze erfolgen, und zwar an den von einem Unfall Betroffenen wie an den Arbeitenden spätestens alle 14 Tage und am Ende der Dienstzeit. Lohnreduktion ist nur auf Voranzeige, die eine Kündigung ermöglicht, zulässig. Der Akkordlohn ist in den gleichen Terminen, möglichst der geleisteten Arbeit entsprechend und unter Vorbehalt der Abrechnung, zu zahlen. Für den Lohn von Gehilfen der Arbeiter haftet der Fabrikinhaber. Ein Lohneinhalt (décompte) ist, außer für Abrechnung auf höchstens 3 Tage, untersagt. Für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit ist ein Lohnzuschlag von wenigstens 25 % zu leisten. Lohnabzüge für Fournituren und Lieferung von Lebensmitteln sind untersagt. Streitigkeiten aus dem Dienstvertrag sind rasch und billig durch gewerbliche Schiedsgerichte zu erledigen. Zur Vermittelung bei Kollektivstreitigkeiten, Streiks, Sperren, Aussperrungen, zur Auslegung und Änderung oder Erneuerung von Tarifverträgen sollen kantonale und eidgenössische Einigungsämter geschaffen werden, vor denen aber private Einigungsämter einzelner Industriebranchen den Vorzug genießen, die auf das Verlangen einer Partei oder aus eigener Initiative einschreiten, die Parteien zum Erschei-

nen, zur Teilnahme an der Verhandlung und zur Auskunfterteilung nötigenfalls mit Bußen zwingen, aber nur im Einverständnis beider Parteien Entscheide fällen können.

Das neue Gesetz will an Stelle des 11stündigen den 10stündigen Normalarbeitstag einführen, nachdem dieser bereits in zirka 70 % der Fabriken besteht und sozusagen unausweichlich ist. Für den Sonnabend sind 9 Stunden vorgesehen. Die Arbeitszeit liegt normal zwischen morgens 5 respektive 6 und abends 8 Uhr; am Sonnabend ist sie abends um 5 Uhr zu beenden. Verschiebungen in der Zeitlage sind möglich, aber ohne Beschränkung der Nachtruhe für Arbeiterinnen, die nach dem Berner Vertrag jedenfalls die Stunden von abends 10 bis morgens 5 Uhr umfassen soll. Die tägliche Mittagspause ist wieder auf 1 Stunde bemessen; andere Pausen zählen nur, wenn die Arbeitsstelle verlassen werden kann. Der Stundenplan ist in allen Arbeitslokalen anzuschlagen. Mitgabe von Arbeit nach Hause und freiwillige Mehrarbeit bleiben natürlich verboten. Vorübergehend kann 2schichtiger Tagesbetrieb mit 8-stündigen Schichten bewilligt werden. Ebenso ist unter bestimmten Voraussetzungen Verlängerung der Arbeitszeit möglich, in der Regel aber nur für 1 Stunde, eventuell höchstens für 2 Stunden am Tag, nur für 5 Tage in der Woche, ausnahmsweise auch am Sonnabend, endlich nur für 80 Tage im Jahr und darüber hinaus lediglich für einzelne Gruppen von Arbeitern. Zu Nacht- und Sonntagsarbeit, die nur ausnahmsweise zulässig ist, ist die Zustimmung der Arbeiter erforderlich; die Arbeitsdauer darf aber innerhalb 24 Stunden nur 10 aufeinanderfolgende Stunden betragen, die auch in der Nachtschicht durch eine ½stündige Pause unterbrochen sind. Im ununterbrochenen Betrieb verlangt das Gesetz 3 Schichten zu 8 Stunden. Bei Nachtarbeit ist jeder Sonntag zu 24 Stunden, bei Sonntagsarbeit jeder 2. Sonntag und für den ausfallenden Sonntag ein in dessen Nähe liegender Werktag freizugeben. Die Schichten haben einen periodischen Kreislauf zu machen, so daß nicht dieselben Arbeiter beständig Tages- oder Nachtarbeit haben. Hilfsarbeiten, die dem ordentlichen Betrieb vor- oder nachgehen müssen, bezeichnet der Bundesrat, der zum Schutz der Hilfsarbeiter besondere Bestimmungen auf dem Verordnungsweg erlassen wird.

In gewissen Betrieben und bei vom Bundesrat bezeichneten Verrichtungen dürfen weibliche Personen nicht verwandt werden, ebenso nicht zu Nacht- und Sonntagsarbeit; die Nachtruhe soll mindestens 11 Stunden betragen, in denen die Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens einbegriffen ist. Arbeiterinnen, die ein Hauswesen besorgen, dürfen bei Tag nicht über 10 Stunden verwandt werden, müssen bei 1stündiger Mittagspause ½ Stunde früher entlassen werden und erhalten auf Wunsch den Nachmittag vor Sonn- und Feiertagen frei. Die Schonzeit der Wöchnerinnen beträgt 6 Wochen nach der Niederkunft; vor dieser können sie auf bloße Anzeige die Arbeit verlassen. Das Wöchnerinnenverzeichnis mußte bisher schon in der Fabrik geführt und mit Auszügen der Zivilstandsregister belegt werden. Die Wöchnerinnenversicherung wird sich demnächst anschließen. Der Eintritt in die Fabrik war schon nach dem bestehenden Gesetz auf das vollendete 14. Lebensjahr gesetzt. Nun gilt als untere Grenze auch die Erfüllung der Primarschulpflicht, so daß die Kantone letztere zum Beispiel auf das vollendete 15. Altersjahr festsetzen können. Nacht-, Sonntags- und Überzeitarbeit ist Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr verboten. Doch kann der Bundesrat ausnahmsweise Über-

zeitarbeit in bestimmten Industrieen gestatten. Die Nachtruhe der Jugendlichen ist gleich der der Arbeiterinnen bestimmt, ebenso bezeichnet der Bundesrat Industriezweige und Verrichtungen, die jungen Leuten bis zum vollendeten 16. Lebensjahr verboten sind. Schul- und Religionsunterricht (Fortbildungsschule) darf durch die Fabrikarbeit nicht beeinträchtigt werden und ist in den 10stündigen Arbeitstag mit einzurechnen. Das Lehrverhältnis ist durch schriftlichen Vertrag zu regeln; für den beruflichen Unterricht sind mindestens 5 Stunden in der Woche freizugeben, und die Lehrlinge sind zur Ablegung der angeordneten Prüfungen anzuhalten.

Neben den Fabriken werden nunmehr auch Anstalten, die der Fabrikbesitzer für Unterkunft und Verpflegung seiner Arbeiter unterhält, in gesundheitspolizeilicher Richtung dem Fabrikinspektorat und deren Reglements der behördlichen Genehmigung unterstellt. An der Verwaltung von Kassen, an die Arbeiter Beiträge leisten, sind sie dementsprechend zu beteiligen.

Eine Umgestaltung der Fabrikinspektion ist zunächst nicht vorgesehen. Medizin und Technik sollen in ihr wie bisher vertreten sein. Eine Vermehrung der Inspektionsbezirke ist wahrscheinlich, die Einstellung von Inspektorinnen nicht ausgeschlossen. Gegen fabrikpolizeiliche Verfügungen kann binnen 14 Tagen an die Oberinstanz Berufung eingelegt werden, andernfalls sie rechtskräftig werden. Bei den Strafbestimmungen hat man eine Unterscheidung zwischen leichteren und schwereren Delikten getroffen. Der Rückfall, die besondere Gefahr für Gesundheit und Leben der Arbeiter oder der bedeutende Schaden, den eine Zuwiderhandlung zur Folge haben könnte, endlich die Übertretung während längerer Zeit und mit einer größern Zahl von Arbeitern gelten als Erschwerungsgründe.

Der Gesetzentwurf ist sorgfältig vorbereitet. Eine erste Arbeit der Fabrikinspektoren ist einer Kommission von Sachverständigen unterbreitet worden, in der neben den Inspektoren und kantonalen Vollzugsorganen die Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter saßen. Nunmehr hat das eidgenössische Industriedepartement auf grund dieser Vorarbeiten das vorstehend behandelte Projekt entworfen, das in den ersten Monaten des nächsten Jahres von der bereits bestellten Kommission des Nationalrats durchberaten werden soll. Augenscheinlich besteht der gute Wille ein annehmbares Werk zu schaffen. Das ist, wenn es gelingt, nicht zum wenigsten dem ehrwürdigen Departementschef, Herrn Bundesrat Deucher, dem Abteilungschef der Industrie, Herrn Dr. Kaufmann, und den Mitgliedern der Fabrikinspektion zu verdanken.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HENDRIK SPIEKMAN · WAS EINE GEWERKSCHAFTLICHE ORGANISATION ZU LEISTEN VERMAG

IM August dieses Jahres trat in der Diamantindustrie Hollands ein Ereignis ein, das wohl Erstaunen, ja sogar Bestürzung hätte erregen müssen, wenn die Öffentlichkeit es dort nicht schon längst verlernt hätte sich über das, was die Diamantarbeiter betrifft, zu verwundern. Bekanntlich hatte der *Allgemeine niederländische Diamantarbeiterbund* schon im Frühjahr 1910 den Beschluß gefaßt im August eine bestimmte

Ferienzeit im Betrieb einzuführen, selbst wenn die Unternehmer sich dem Vorhaben widersetzen sollten. Als dann der August herangekommen war, wurden einfach sämtliche Diamantschleifereien in Amsterdam eine Woche lang stillgelegt, und an dem Tag, der dem Eintritt der Arbeitsruhe folgte, konnte man einige Tausend Diamantarbeiter in dem schönen Süden der Provinz Limburg ankommen sehen. Sie sangen sozialistische Lieder und zogen von dort über Lüttich nach Brüssel, während einige Tausend weitere nach anderen schönen Orten Hollands wanderten.

Was ist nun das Erstaunliche und Merkwürdige an diesem Ereignis, das, was die Kraft der Arbeiterbewegung verrät und die Hoffnung auf eine gute Zukunft erweckt? Ist es die Tatsache, daß die Diamantarbeiter Ferien haben? Nein. Denn zahlreiche andere Arbeiter, Beamte, Lehrer usw. haben es ja ebenfalls so weit gebracht, daß sie, sei es für eigene Rechnung, sei es auf Kosten des Arbeitgebers, Ferien von einer Woche oder mehr genießen. Daß aber diese Arbeitsruhe lediglich durch den Beschluß der Organisation eingeführt wurde, ohne Gutheißen der Unternehmer, und zwar für die ganze Arbeiterschaft im Betrieb, also für ungefähr 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen: das ist das Neue und Eigenartige dieses Geschehnisses. Die Arbeiter empfingen zwar während der Ferienzeit keinen Lohn, aber dieser ist so hoch — er beträgt für die Mehrzahl wöchentlich 50 bis 100 Mark und mehr —, daß die Organisation mit gutem Grund annahm, die Arbeiter und Arbeiterinnen könnten ohne Schwierigkeit einen bestimmten Betrag für diese Zeit zurücklegen. So wurde zum erstenmal in Holland, ja vielleicht zum erstenmal in der internationalen Arbeiterbewegung überhaupt, ein ganzer Betriebszweig stillgelegt, damit die Arbeiter, und zwar sämtliche, wenigstens einmal eine Woche lang die ewige Arbeit ruhen lassen und in die Sommerfrische gehen könnten. Und zwar war dieser Beschluß und seine Durchführung nicht eine *direkte Aktion,* sondern er ging von einer Organisation aus, die in der holländischen Gewerkschaftsbewegung im modern-gewerkschaftlichen Sinn als die Vorsicht, Gediegenheit und Zuverlässigkeit selber bekannt ist. Dieses Ereignis hat aufs neue die Aufmerksamkeit auf die Organisation der Diamantarbeiter gerichtet, die, was Disziplin, Machtstellung, finanzielle Kraft und Erfolge anlangt, einzig dasteht, und es gibt mir Veranlassung an dieser Stelle, die auch auf gewerkschaftlichem Gebiet internationale Bedeutung erlangt hat, etwas Näheres von dieser Organisation zu berichten. Denn ich meine nicht zu übertreiben, wenn ich behaupte, daß diese Organisation nicht nur für Holland vorbildlich ist sondern auch für die internationale Gewerkschaftsbewegung überhaupt, in der sie mit an erster Stelle genannt werden dürfte. Das wird dem Leser aus folgenden Tatsachen klar werden.

Die Organisation der Amsterdamer Diamantarbeiter hat vom gewerkschaftlichen Gesichtspunkt große Bedeutung, und ihre Geschichte liefert für die Untersuchung der Frage, inwieweit die Gewerkschaftsbewegung imstande ist die Arbeiter auf ein höheres Niveau in materieller, sozialer und intellektueller Hinsicht schon innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft emporzuheben, viel wichtiges und geeignetes Material, weil sie Tausende von Diamantarbeitern durch langjährige, schwere Kämpfe aus tiefem Elend gerettet hat. Bevor die Organisation in der Amsterdamer Diamantindustrie gegründet war und auch noch während der ersten Jahre ihres Bestehens waren die Bedingungen, unter denen die Arbeiter lebten, recht traurig. Während andere industrielle Arbeitergruppen schon lange in der Bildung von Organisationen begriffen waren und

für ihre dringendsten Forderungen kämpften, waren die Diamantarbeiter vom gewerkschaftlichen Leben noch völlig unberührt geblieben. Ihr Los war bis 1870 im allgemeinen schlimmer als das der anderen Arbeiter. Sie lebten in schlechten Wohnungen im ältesten Teil der Stadt, und nur wenige Hunderte verdienten einen auskömmlichen Wochenlohn. So erschien es hoffnungslos, daß es jemals gelingen würde diese Masse von Arbeitern, die ohne Bewußtsein ihrer Lage, materiell und sittlich auf niedriger Stufe dahinlebte, zur Gründung fester Organisationen heranzuziehen, und dadurch eine Sanierung ihrer Verhältnisse herbeizuführen. Im Jahr 1871 aber kam es plötzlich zu einem gewaltigen Aufschwung. In Südafrika waren neue Diamantenfelder entdeckt worden, wodurch der Markt mit unbearbeiteten Diamanten überschwemmt wurde. In den Kreisen der reichen Leute entstand ein wahres Diamantenfieber; jeder wollte Diamanten tragen. Infolgedessen trat ein Mangel an Arbeitskräften ein, und die außerordentliche Nachfrage ließ den Arbeitslohn auf eine unglaubliche Höhe emporschnellen. Es war durchaus nicht selten, daß ein Diamantarbeiter in den Jahren 1872 und 1873 400 bis 500 Gulden Wochenlohn verdiente. Daß dies einerseits häufiger zu Ausschreitungen als zur Organisation führte, und daß andrerseits eine Masse junger Leute, durch die märchenhaften Gerüchte über die Höhe des Verdienstes angelockt, sich auf diesen Beruf warf, liegt auf der Hand. Die Diamantarbeiter wurden selbständige Produzenten, die selber Lehrlinge annahmen, und die Zahl der Lehrlinge war so groß, daß es schien, als habe sich halb Amsterdam der Diamantindustrie zugewandt. Bald aber legte sich die Hochkonjunktur wieder. Gegen Ende der achtziger Jahre war der Diamantenmarkt wieder zu seiner normalen Lage zurückgekehrt, der Arbeitsmarkt hingegen war dermaßen überfüllt, daß die Unternehmer, von keiner Organisation behindert, die Löhne wieder auf das frühere Niveau hinabdrücken konnten. Anfang der neunziger Jahre war es sogar so weit gekommen, daß manche Arbeiter nur 10 oder 12 Gulden pro Woche verdienten, während die zahlreichen Arbeitslosen die Löhne immer noch tiefer drückten. Niedrige Löhne, Arbeit unter den denkbar schlechtesten hygienischen Bedingungen, ein überlanger Arbeitstag von 11, 12 und mehr Stunden waren also wiederum das Los des Diamantarbeiterproletariats geworden; die Früchte des Aufschwungs waren schließlich nur den Unternehmern zugefallen, deren Reichtum immer mehr wuchs, und die unumschränkt regierten.

Dann aber kam es zur Organisation. Im Jahr 1894 war zum erstenmal ein Streik ausgebrochen, der ohne vorherige Organisation direkt aus dem Elend heraus entstanden war; ein Streik der Verzweiflung, nur mit dem günstigen Umstand, daß er zu einer Zeit kam, als die Konjunktur wieder zu steigen begonnen hatte. Aus den Vorständen einiger kleiner Branchevereine, die schon lange bestanden hatten, aber nie zu beträchtlicher Ausdehnung gelangt waren, wurde eine provisorische Streikleitung gebildet, und zu Beginn des November wurde zum erstenmal die ganze Amsterdamer Diamantindustrie stillgelegt. Alle Diamantarbeiter, wenngleich in ihrer großen Mehrheit unorganisiert, beteiligten sich mit einer Solidarität an dem Streik, die zu weiteren Hoffnungen berechtigte. Und in der Tat war das Resultat vortrefflich: Die Arbeitgeber waren von diesem ersten Streik überrumpelt worden und stimmten allen Forderungen der Arbeiter, an erster Stelle der Erhöhung der Akkordlöhne um 20 % zu, nachdem der Streik nur 4 Tage gedauert hatte. Im selben Jahr

wurde der *Allgemeine niederländische Diamantarbeiterbund* gegründet. Aber damit fingen eigentlich die Schwierigkeiten erst an. Bekanntlich ist es keine besondere Leistung in den Zeiten schwerer Plage die Arbeiter in den Streik zu führen oder nach Beendigung eines gut gelungenen Streiks eine Organisation zu gründen. Schwierig wird es erst dann, wenn es gilt die Organisation zu erhalten und auszubauen und einem mächtigen Unternehmertum gegenüber eine Masse von 7000 bis 8000 Arbeitern und Arbeiterinnen, die in Elend und Unwissenheit leben, zu einem festen und kräftigen Verband zusammenzuschließen. Diese Leistung haben die Führer der Diamantarbeiter, meist Sozialdemokraten, unter denen die Genossen Henri Polak und Jan Van Zutphen die erste Stelle einnahmen, in glänzender Weise vollbracht. Während damals die holländischen und insbesondere die Amsterdamer Gewerkschaften unter halb- oder ganzanarchistischer Leitung standen und sich feindselig oder gleichgültig der Arbeitergesetzgebung gegenüber verhielten, hohe Beiträge der Gewerkschaftsmitglieder verwarfen und der Zentralisation durchaus abgeneigt waren, gab der junge Diamantarbeiterverband ein Beispiel vom Gegenteil. Nach damaligem englischen Muster wurden von Anfang an hohe Beiträge erhoben, einige tüchtige Führer besoldet und eine Zentralisation durchgeführt, die den Anarchisten ein Greuel war, die sich aber bald als die Vorbedingung zur Erzielung wichtiger Resultate bewähren sollte. Auf dieser zentralistischen Grundlage hat sich der Diamantarbeiterverband wie ein junger Riese entwickelt, den Arbeitern zum Schutz, ein Beispiel für die holländische Gewerkschaftsbewegung, eine Quelle der Kraft und Hilfe. In den ersten Jahren hatten die Diamantarbeiter eine Reihe von Streiks zu verzeichnen. Im Jahr 1895, bald nach der Gründung der Organisation, kam es zu einem Branchestreik, an dem 1200 Arbeiter teilnahmen, und der nach einer Woche mit gutem Erfolg endete. Am 19. März des selben Jahres brach ein zweiter Streik aus, an dem 2000 Arbeiter beteiligt waren. Die Unternehmer hatten sich verbündet und die Abmachung getroffen nicht mehr Lohn als nach dem bisher gültigen Tarif zu zahlen. Aber der Diamantarbeiterverband war durch seine finanzielle Kraft imstande den Unternehmern zu widerstehen, und am 1. Mai war auch dieser Streik gewonnen und das Bündnis der Unternehmer vernichtet. Im selben Jahr 1895 entstand im September nochmals ein Streik, bei dem die Arbeiter die Forderung aufstellten, daß nur organisierte Arbeiter zu den Fabriken zugelassen werden sollten. Aus diesem Streik wurde ein allgemeiner, und die Unternehmer boten alles auf sich dieser Forderung, deren Tragweite sie sich bewußt waren, zu widersetzen. Nachdem 5 Wochen hindurch Tausende von Diamantarbeitern auf dem Pflaster gelegen hatten, und der Hunger ihre Wohnungen bedrohte, wurde der gewaltige Kampf mit einem Vergleich beendet, zu dem der Vorstand sich notgedrungen entschließen mußte, da der Bund in diesen Kampf zu einer Zeit hineingezogen war, als keine Unterstützungsmittel vorhanden waren. Aber selbst dieser Vergleich war noch insofern ein Sieg als die Arbeitszeit, die vordem noch 12 Stunden pro Tag betragen hatte, auf 60 Stunden pro Woche festgesetzt wurde. Noch einmal fühlte sich im Lauf des Jahres 1896 der Bund den Arbeitgebern gegenüber nicht kräftig genug; er trat sogar in diesem Jahr völlig beiseite, um nicht in die Notwendigkeit versetzt zu werden einem unannehmbaren Kontrakt zustimmen zu müssen. Aber von da an ist es stetig und erfolgreich vorwärtsgegangen. Als zu Beginn des Jahres 1902 ein großer Streik ausbrach, und

3 Monate hindurch über den ganzen Betrieb die Aussperrung verhängt wurde, da waren die holländischen Arbeiter darüber sehr erstaunt, daß am Ende der Arbeiterverband einen völligen Sieg über das fest organisierte Unternehmertum errang, und sämtliche Forderungen der Organisation bewilligt wurden. Von dem Zeitpunkt an ist eine gänzliche Umwälzung in der ganzen Gewerkschaftsbewegung Hollands zu verzeichnen. Die Arbeiter lernten an dem Beispiel der Diamantarbeiter, was eine große, starke, mächtige Organisation vermag, die auch für die Sozialgesetzgebung kämpft, dabei mit der sozialdemokratischen Bewegung im besten Einvernehmen lebt, ja sogar von Sozialdemokraten geleitet wird, und die den reichsten und bestorganisierten Arbeitgebern die Stirn zu bieten vermag. Und sie lernten, daß dies durch höhere Beiträge und Zentralisation ermöglicht wird. So war der *Allgemeine niederländische Diamantarbeiterbund* der Pionier einer neuern, modernen, zentralistischen Richtung in der niederländischen Gewerkschaftsbewegung geworden.

War schon früher der Zehnstundentag erobert worden, so wurde 1904 auf Beschluß des internationalen Diamantarbeiterkongresses der Kampf um den Neunstundentag geführt. Es kam also in diesem Jahr nochmals zum Streik, bei dem 6000 bis 7000 Arbeiter die Arbeit niederlegten. Nach 6 Wochen Arbeitsruhe wurde der Neunstundentag vom 1. Januar 1905 ab von den Arbeitgebern akzeptiert, wofür der Bund nur die eine Konzession zu machen hatte, daß den Arbeitgebern zugestanden wurde 500 Lehrlinge zum Beruf zuzulassen, was seit 1897 untersagt war. Gleichzeitig mit dieser Verkürzung der Arbeitszeit wurde auch der Lohn um 10 % erhöht. Seitdem sind in der Diamantindustrie alle Verbesserungen allein durch den Einfluß der Organisation eingeführt, und diese ist jederzeit bereit, wenn notwendig, den Kampf um die Forderungen aufzunehmen und ihre ganze finanzielle Kraft und Ausdauer aufzubieten, um das einmal Errungene festzuhalten.

Bekanntlich war das Jahr 1908 ein Krisenjahr, besonders im amerikanischen Finanzwesen. Die Folge war ein starkes Sinken der Konjunktur auf dem Diamantenmarkt: Man kaufte weniger Diamanten in dieser Krisenzeit. Die Rückwirkung machte sich am meisten in der Amsterdamer Diamantenindustrie als der größten der Welt fühlbar, und es trat Arbeitslosigkeit wie nie zuvor ein. Es herrschten schlimme Zustände: 60 bis 70 % der Diamantarbeiter waren monatelang arbeitslos; wenn sie auch bisher hohen, ja sogar sehr hohen Lohn verdient hatten, so hatte mit einer so langen Periode der Arbeitslosigkeit doch nicht gerechnet werden können, und viele Familien sanken in tiefste Armut hinab. Trotzdem blieben die Arbeitsbedingungen, die in Zeiten guter Konjunktur erobert worden waren, auch während dieser Krisenzeit die gleichen. Es gelang den Unternehmern nicht, wie es 1890 allgemein geschehen war, von der Arbeitslosigkeit zu profitieren und die Arbeitsbedingungen herunter zu drücken; kein Diamantarbeiter dachte daran zu schlechteren Bedingungen als zu den vom Bund festgesetzten zu arbeiten. Und wenn er schon daran gedacht haben möchte, so war es ihm doch nicht möglich seinen Plan auszuführen, denn der Bund verlor durch die Krise nicht ein einziges seiner Mitglieder — ausgenommen die, die nach dem Ausland abwanderten oder sich anderen Berufen zuwandten — und verteidigte die bisherigen Arbeitsbedingungen mit größtem Heldenmut. Und er konnte sie verteidigen, da die Krise ihn nicht seiner finanziellen Kraft beraubt hatte, und der Vorstand ohne Zö-

gern den Streik proklamierte, sobald ein Arbeitgeber den vollen Lohn nicht zahlen wollte. So wurde die große Krise von der Diamantindustrie, die von ihr härter als jede andere betroffen worden war, glänzend überstanden. Keinen Augenblick wurde der riesenstarke Bund aus seiner Machtstellung gedrängt, und somit gehören die Jahre 1907 und 1908 zu den schönsten und ruhmvollsten der Organisation. Jetzt hat sich die Konjunktur wieder gebessert, und eins der ersten Resultate war die Eroberung des Achtstundentags, mit gleichzeitiger Lohnerhöhung vom 1. Januar 1911 ab, und zwar ohne Streik. Die einzige Konzession des Bundes — und auch dies gilt wieder als Beweis für seine Machtstellung — war seine Zustimmung zu einer weitern Zulassung von 2000 Lehrlingen. Das war die letzte große Kulturleistung des Bundes für seine Mitglieder, und jetzt leben wir in der Erwartung dessen, was diese stolze Organisation noch weiterhin erreichen wird. Daß es noch viel sein wird, davon sind wir in Holland alle überzeugt.

Der Jahresbericht des Diamantarbeiterbunds für 1909 bietet einen vorzüglichen Überblick über die Organisation selbst und über das, was sie für die Diamantarbeiter errungen hat. Die Mitgliederzahl des Bundes war am 1. Januar 1910 auf 8628 gestiegen. Daneben bestehen noch einige kleine, im Vergleich zum Bund aber völlig bedeutungslose konfessionelle Organisationen, die aber in allen Fragen mit dem Bund zusammengehen. Die gesamte Arbeiterschaft in der Diamantindustrie ist nun organisiert, darunter 1250 weibliche Mitglieder. Die Einnahmen betrugen im Berichtsjahr 644 185 Gulden, wovon 573 652 Mitgliederbeiträge sind. Die Ausgaben beliefen sich auf 284 343 Gulden; wobei aber eine Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder nicht mitgerechnet ist. Für Streiks im eigenen Beruf wurden nur 1954, für Streiks in anderen Berufen aus Solidarität 7497 Gulden verausgabt. An Krankenunterstützung wurden 39 704 Gulden ausgegeben. Die Bibliothek erforderte 4804, das Fachblatt 12 164 Gulden. Der Vermögensbestand betrug am 1. Januar 1910 768 432 Gulden. Aus allen diesen Zahlen spricht aber die finanzielle Leistungsfähigkeit der Organisation noch nicht im vollen Umfang: Der Bund besitzt ein großes eigenes Gebäude, eins der schönsten und zweckmäßigsten Amsterdams und hat einen unbeschränkten Kredit, selbst wenn, wie 1904, die Kasse leer sein sollte. Das beweist, welch guten Namen sich die Organisation erworben hat. Die Beiträge der Mitglieder sind verschieden und schwanken zwischen 50 Cents (84 Pfennig) und 160 Cents (2,70 Mark) pro Woche, je nach der Verschiedenheit des Verdienstes. Wer mehr als 20 Gulden verdient, gehört schon zur höchsten Beitragsklasse. Die finanziellen Anforderungen an die Mitglieder sind also recht beträchtlich; eben diesem Umstand haben sie aber auch ihre gute Position in der Industrie und in der Gesellschaft zu verdanken. Auch gewährt der Bund sehr hohe Unterstützungen: bei Streiks und Aussperrungen 8 Gulden, daneben für jedes Kind unter 16 Jahren 50 Cents, bis insgesamt 3 Gulden; bei Krankheit 7 Gulden pro Woche; bei Sterbefall 150 Gulden und für jede 5 Jahre Mitgliedschaft 50 Gulden mehr; bei Arbeitslosigkeit 6 Gulden (10 Mark) pro Woche bis zur Dauer von 13 Wochen im Jahr. Selbstverständlich kommt es in einer Industrie, die über Hunderte von Werkstätten und Fabriken verteilt ist, und in der Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigt sind, mehrfach zu Differenzen und partiellen Streiks. Aber der Vorstand wird mit diesen bald fertig. Der Befehl *Es wird für diese oder jene Firma nicht gearbeitet* wird ohne das geringste Zögern und von

allen befolgt, und dieses Machtmittel genügt in den meisten Fällen die Unternehmer, die an einen allgemeinen Streik nicht mehr denken, zur Vernunft zu bringen. Andrerseits widersetzt sich aber der Vorstand ebenso energisch allen Forderungen der Gesellen, die über die Bundesforderungen hinausgehen. Gerade darin liegt die moralische Kraft dieser Organisation, daß sie sich ebensowohl gegen den Machtmißbrauch der Unternehmer als auch der Arbeiter wendet.

Daß die Diamantarbeiter Amsterdams durch die Macht ihrer Organisation jetzt den Achtstundentag erobert haben, habe ich oben schon erwähnt. Daneben haben sie aber auch eine Regelung ihrer Lohnverhältnisse erlangt, die ihnen eine im Vergleich zu anderen Arbeitern außerordentlich gute soziale Stellung verschafft. Die Löhne der Diamantarbeiter sind sehr verschieden je nach der Branche, der sie angehören, und den Anforderungen, die an ihre Gewandtheit und Routine gestellt werden. Aber man darf ohne Übertreibung sagen, daß Löhne zwischen 30 und 50 Gulden die häufigsten sind. Jahre hindurch hat die bürgerliche Presse prophezeit, daß die Diamantindustrie durch die hohen Forderungen der Arbeiter zugrundegehen würde. Wäre dies zutreffend, so würde die Diamantindustrie bei den glänzenden Erfolgen der gewerkschaftlichen Bewegung ihrer Arbeiter längst von diesem Schicksal betroffen worden sein. Davon ist aber keine Spur zu merken: Die Konjunktur ist besser als seit einer Reihe von Jahren, die Löhne sind höher, und die Arbeitslosigkeit ist geringer als je. Die Diamantarbeiter stehen infolgedessen auf einer höhern sozialen Stufe, sowohl in materieller als auch in geistiger Hinsicht. Ihre Lebensweise, ihre Wohnung, ihre Kleidung, ihre Ernährung ist weit besser als die anderer Arbeiter, auch haben sie vor allem Zeit sich neben der Arbeit noch mit anderen Dingen zu beschäftigen. Sie bilden eine gehobene Schicht in der Amsterdamer Arbeiterbevölkerung. Und dies ist nicht nur eine vorübergehende Erscheinung sondern ein bleibendes Ergebnis der Gewerkschaftsbewegung.

Die wertvollste Errungenschaft der Arbeiterbewegung ist aber die, daß sie die Arbeiterklasse nicht nur in materieller sondern auch in sittlicher Beziehung emporhebt. Diese Wahrheit hat sich an der Amsterdamer Diamantarbeiterschaft in schönster Weise erwiesen. Als damals der Bund gegründet wurde, herrschten allgemeine Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit; dazu hatten Trunksucht und Rohheit die Diamantarbeiter in üblen Ruf gebracht. Jetzt kann Amsterdam stolz auf seine Diamantarbeiter sein, die in jahrelanger Organisationsarbeit erreicht haben, daß die Reichtümer, die die Diamantindustrie in die Stadt bringt, nicht nur einer kleinen Zahl ohnehin schon reicher Juweliere sondern auch der gesamten Arbeiterschaft dieser Industrie, der zahlreichsten Arbeiterkategorie Amsterdams, zufällt und diese dadurch sowohl in sittlicher wie auch geistiger und hygienischer Hinsicht auf eine höhere Stufe gestellt hat. Das ist das erfreuliche Ergebnis der Organisationsarbeit. Freilich macht sich jetzt die Notwendigkeit geltend bei der jungen Generation, die unter ganz anderen, so unvergleichlich besseren Bedingungen die Arbeit beginnt als die ältere, die das alles noch hat erkämpfen müssen, die Klassensolidarität zu wecken wie diese auch bei der ältern zu erhalten. Daß dies geschieht, ist nicht nur für die Diamantarbeiter sondern für die gesamte Gewerkschaftsbewegung Hollands, der der Diamantarbeiterverband richtunggebend war, von

größter Bedeutung. Die moderne zentralistische, mit der Sozialdemokratie in geistiger Solidarität lebende Gewerkschaftsbewegung kann auf das Beispiel von Kraft und Leistungsfähigkeit, das die Diamantarbeiter gegeben haben, mit großer Genugtuung blicken. Es ist dadurch zugleich in glänzender Weise die Möglichkeit erwiesen die Arbeiter schon jetzt materiell und kulturell auf eine höhere soziale Stufe emporzuheben.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JOSEF KLICHE · TECHNISCH-WIRTSCHAFTLICHE UMWÄLZUNGEN IM BAUGEWERBE

MEHR als sonst hat sich in diesem Jahr die Öffentlichkeit mit dem Baugewerbe beschäftigen müssen. Die große Aussperrung dieses Frühjahrs hat die allgemeine Aufmerksamkeit auf diesen Industriezweig gelenkt. Da ist es wohl angebracht die Veränderungen zu betrachten, die im letzten Jahrzehnt im Baugewerbe vor sich gegangen sind. Daß sie den breiteren Bevölkerungsschichten größtenteils unbekannt geblieben sind, hat seinen Grund darin, daß hier der Maschinenbetrieb nicht in so umfangreicher Weise Eingang gefunden hat wie etwa in der Holz- und Eisenindustrie. Während dort selbst in der kleinsten Werkstelle, die nur wenige Gehilfen beschäftigt, Motore puffen und Räder surren, sieht man auf dem Bauplatz fast nichts von solchem technischen Fortschritt. Wie vor Jahrtausenden so fügt auch heute noch der Arbeiter mit eigener Hand Stein auf Stein und schichtet so die Mauer hoch vom Fundament bis unter den Dachfirst. Immer noch wird der Putzmörtel mit der Kelle an die Wand geworfen und geglättet; der *eiserne Kollege*, der in den übrigen Gewerben seit langem Triumphe feiert und eine immer stärker werdende Ausbeute in der Produktion ermöglicht, ist im Baufach ein fremder, unbekannter Geselle. Er existiert nur bei einzelnen Verrichtungen. Doch man würde fehlgehen, wollte man daraus schließen, daß diese Industrie mit den neuzeitlichen Verhältnissen nicht irgendwie Schritt gehalten hätte. Der unermüdliche Grübelsinn des Technikers und der Expansionsdrang des Kapitals haben auch hier neue Werte geschaffen, und das uralte Gesetz, daß zum stetigen Gedeihen einer großen Industrie von Zeit zu Zeit eine Zufuhr *frischen Blutes* unerläßliche Vorbedingung ist, tat das Seine dazu. Sehr einschneidende technische Neuerungen, die zum Teil eine vollständige Revolutionierung des Gewerbes zur Folge hatten, und denen analog auch in wirtschaftlicher Beziehung eine Umwälzung folgen mußte, gingen auch hier vor sich.

Während in der Formensprache der Architektur sich vorläufig wenig Positives herausdestilliert hat, und unsere Baukünstler in ihrem täglichen Schaffen zum Teil immer noch von allen möglichen Schöpfungen früherer Perioden zehren, ist man in der technischen Konstruktion und in der Schaffung und Anwendung neuen Materials ein gutes Stück vorwärtsgeschritten. Die gewaltigste Einwirkung hat das Zement ausgeübt, und zwar in der Form des Eisenbetons. Während man früher das Zement nur zu Fundamentierungsarbeiten verwandte, hat es die neuzeitliche Technik verstanden dieser feinen Masse ein viel umfangreicheres Verwendungsfeld zu sichern. Heute ersetzt eine aus Zement und Sand zusammengesetzte Mischung bereits die Backsteine. Dieser Beton wird angefeuchtet und bildet innerhalb provisorischer Formen, die aus Holzverkleidungen

bestehen, die Wände ganzer Etagen. Diese Mischung wird von ungelernten Arbeitern gestampft und mit Drahteinlagen versehen. Pfeiler und Fensterbogen werden auf diese Weise mit Leichtigkeit hergestellt. Besonders für die neuen großen Fabriketablissements wird vielfach Eisenbeton genommen. Zu eigentlichen Wohnhäusern wird man indes den Eisenbeton wohl nie in ausgiebigem Maß verwenden, da solche Wände bedeutend kälter sind als Backsteinwände. Dagegen sind die Zimmerdecken heute fast in den meisten Fällen aus Beton. Noch nicht lange ist es her, da kannte man auf diesem Gebiet nur die Holzkonstruktion: Balken, Bretter und Nägel. Dann kamen die flachgewölbten Steindecken. Sie waren infolge ihrer Massivität dauerhafter und wertvoller, besaßen aber ein sehr schweres Gewicht und erforderten starke Eisenträger als Stützbalken. Bei der Betondecke ist das anders. Diese kann man auch schneller und billiger herstellen. Zudem läßt sie sich leicht in komplizierterer Weise anbringen, zum Beispiel in ovaler Form unter Chören und Emporen. Bis vor 14 Jahren war das armierte Betonverfahren durch Patent geschützt. Als es aber freigegeben wurde, entwickelte es sich außerordentlich schnell. Die Baupolizei hat diesem neuen Verfahren lange Zeit mit einem nicht ganz unberechtigten Mißtrauen gegenübergestanden, zumal sich die Unfallziffer in ungewöhnlich hohem Maß steigerte. So kamen in einzelnen süddeutschen Städten allein im Betonbau jährlich bedeutend mehr Unfälle vor als im ganzen übrigen Baugewerbe der gleichen Stadt. Erst 1906, also vor 4 Jahren, gab die Berliner Baupolizei dem Drängen der Interessenten nach und gestattete die Ausführung solcher Bauten auch in der Reichshauptstadt. Innerhalb des letzten Jahrzehnts haben sich nun in allen Großstädten zahlreiche Betonfirmen etabliert, zumeist aber da, wo gewaltige Kiesvorräte die Ausführung der Arbeiten verbilligen. Hand in Hand mit der Ausbreitung des neuen Spezialgewerbes entwickelte sich auch die Fertigkeit der mit seiner Herstellung betrauten Arbeiter, was zur Folge hatte, daß die anfangs gezahlten hohen Löhne ganz beträchtlich sanken. Im allgemeinen wird sowohl an Arbeiterlöhnen als auch insgesamt an dem Unternehmen heute nur noch der dritte Teil dessen gezahlt, was bei dem Aufkommen der neuen Industrie, also vor 10 bis 15 Jahren, üblich war, so daß die Herstellung sich also wesentlich verbilligt hat. Im letzten Jahrzehnt hat sich also eine ganz neue Industrie herausgebildet, die vor einer hoffnungsvollen Zukunft steht.

Auch auf vielen anderen Gebieten sind gerade für die Zementindustrie, deren Aktien zurzeit einen auffallend niedrigen Kurswert besitzen, neue Entwickelungsmöglichkeiten gegeben. Heutzutage verdrängt, wie insbesondere die Ausstellung für Baumaterial in Baumschulenweg auch dem Laien gezeigt hat, das Zement zum Teil schon Holz und Eisen: Dachkonstruktionen, Balken, Eisenbahnschwellen, Pfähle zum Einrammen in die Erde, Laternenmasten usw. werden aus Zementbeton, der, wie gesagt, innen mit Drahteinlage armiert wird, hergestellt. Holz und Eisen sind ein teures Material und außerdem sehr leicht dem Feuer und Rost zugänglich. Beton dagegen ist gegen beides widerstandsfähig. Nach fachmännischen Schätzungen sind heute in der deutschen Betonindustrie zirka 100 000 Personen beschäftigt. In der *Bauwelt* hat Dr. Alfred Kubatz vor kurzem festgestellt, daß der Wert der jährlich in Deutschland aufgeführten Betonbauten 250 Millionen Mark beträgt. Die Höhe der Arbeiterlöhne beziffert sich auf 100 Millionen Mark, und die Summe des in der Betonindustrie investierten Kapitals beläuft sich annähernd auf 130 Millionen Mark.

Diese gewaltigen Zahlen der noch in ihren Anfängen steckenden Industrie zeigen, welch ein imponierender wirtschaftlicher Faktor sich hier innerhalb der Bauindustrie herausgeschält hat.

Neues und künstliches Material: das ist überhaupt die Losung im Baufach. Hier haben wir es in erster Reihe mit dem Steinmaterial zu tun. Für dieses sind natürliche Grenzen gezogen, da sowohl das natürliche Gestein im Bruch durch fortgesetzte Ausbeutung einmal ein Ende nimmt wie auch die Backsteine durch den allmählichen Verbrauch des vorhandenen guten Tons verteuert und zugleich wertloser werden. An die Stelle des gebrannten Ton- oder Lehmsteins ist nun zu einem großen Teil der weiße Kalksandstein getreten. Kalk und Sand werden in bestimmtem Verhältnis vermischt, in Formen gepreßt, durch Dampf gehärtet und zuletzt an der Sonne völlig ausgetrocknet. Die Druckfestigkeit des auf diese Weise erzielten Materials genügt zum regulären Hausbau vollständig. Natürlich sind für den Fassadenbau diese Steine ihres unschönen Aussehens wegen nicht geeignet. Aber hinter dem schützenden Putzmörtel verrichten sie die gleichen Dienste wie der bekannte rote Backstein. Dabei stellt sich das Tausend solchen Materials um zirka 8 % billiger als der Backstein letzter Güte. Das eigentliche Verbreitungsgebiet dieses künstlichen Steins ist Norddeutschland. In welchem Umfang er hier bereits verarbeitet wird, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Produktion der an der Oberspree gelegenen Guthmannschen Werke, die in erster Linie Berlin mit diesem Material versorgen, im 1. Jahr ihres Bestehens, also 1902, 29,1 Millionen, im verflossenen Jahr jedoch bereits 101,9 Millionen Steine betrug; diese sind fast ausschließlich im Stadtbezirk Berlin verbraucht worden. Die Verbreitung ist also bereits enorm. Der Kalkstein in roher Form war früher ein sehr beliebtes Fassadenmaterial. Vor Jahrhunderten schon führte man Kirchen und Klöster damit auf. Später wurde er vermieden; nur zu den Fundamentmauern benutzte man ihn. Jetzt ist wieder eine lebhafte Bewegung im Gang, um die Verwendung des behauenen Kalksteins als Fassadenmaterial wieder einzuführen. Die königlichen Brüche in Rüdersdorf gehen in dieser Beziehung voran. Auf der Materialausstellung ist von ihnen ein kleines Gebäude errichtet worden, durch das die Verwendung des rohen Kalksteins in genanntem Sinn demonstriert wird. Und der Umschwung dürfte auch hier eintreten, denn Sandstein und Granit werden immer teurer. Die Verteuerung dieser beiden Mineralien hat ihre Ursache darin, daß sie im Inland seltener werden, und der Transport aus dem Ausland viel kostet. Die Folge solcher Erscheinungen ist dann immer das Suchen nach Ersatzstoffen, zumeist nach solchen, die auf künstlichem Weg herstellbar sind, oder die Imitation. Granit und Marmor werden heute künstlich hergestellt. Die Abfälle, die in den Brüchen oder bei der Bearbeitung entstehen, werden gemahlen, zu Brei gerührt, in Platten geformt und durch chemische Verfahren gehärtet. Zuletzt werden ihre Flächen geschliffen und poliert, und nun gleichen sie in ihrem äußern Aussehen völlig dem natürlichen, bedeutend teurern Material. Allerdings haben sie nicht das gleiche statische Festigkeitsvermögen, und für schweren Druck besäßen sie nicht genügend Widerstandsfähigkeit. Aber da Granit und ganz besonders Marmor in der Baukunst meist nur Dekorationszwecken dienen, so sind die künstlichen Stoffe zu diesem Zweck ebenso geeignet. Sie werden als fein polierte, glitzernde Platten an den Fassaden oder in den Innenräumen angebracht und wirken durch ihre Spiegelfläche wie durch die von ihnen ausgehende Kühle angenehm.

Überhaupt sucht man in unserer Zeit alle möglichen Abfälle vorteilhaft zu verwerten: Schwemmsteine, Müllschlackensteine und Glasbausteine sind die neuesten Produkte des nie rastenden Erfindungsgeistes deutscher Technik. Wenn auch diese drei Baumaterialien nur eine untergeordnete Rolle spielen, und deren Herstellung beschränkt ist, da nicht genügend Rohmaterial zur Verfügung steht, so verdienen sie doch Beachtung. Auch spricht die Eigenart des Materials viel mit. So werden ihrer Leichtigkeit wegen die porösen Schwemmsteine — sie wiegen nur halb so viel wie die übrigen Backsteine — zu Balkon- und Erkerwänden benutzt. Einmal sind sie bedeutend billiger als der sonst dazu verwandte Backstein, und zum andern genügt als Stütze auch ein um die Hälfte schwächerer Eisenträger als im ersten Fall. Diese Steine sind so leicht, daß sie im Wasser schwimmen. Der Unternehmer, der bei den heutigen hohen Bodenpreisen auf die Ausnutzung auch des kleinsten Vorteils achten muß, weiß solches Material zu schätzen. Bei vielen Kirchenbauten, zumal solchen, bei deren Ausführung die Regierung mitzusprechen hat, werden wieder Steine alten Formats verwandt. Um diese Form — der Romantik halber — einheitlich zu gestalten, hat die Regierung in letzter Zeit allgemeine Größenklassen dafür vorgeschrieben. Da bei dem neuen Material, das in den letzten Jahren recht zahlreich auf den Markt gebracht wurde, die Möglichkeit einer unehrlichen Zusammensetzung der Grundstoffe nicht von der Hand zu weisen war, zumal die älteren Bautechniker seine Beschaffenheit nicht von der Schule her sondern nur aus Zeitschriften und Prospekten kennen, und manches erst in allerjüngster Zeit ausprobiert worden ist, so hat, um Unglücksfällen vorzubeugen, das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten vor kurzem einen Runderlaß veröffentlicht, der die prozentuale chemische Zusammensetzung der einzelnen Materialien genau vorschreibt. Dieser Erlaß ist im allgemeinen Interesse sehr zu begrüßen. Natürlich hat die Erschließung dieses neuen Materials bei weitem nicht die gleichen wirtschaftlichen Folgen zu verzeichnen wie sie die Betonindustrie aufweist. Aber auch hier sind Zehntausende mit der Herstellung beschäftigt, deren Arbeitsgelegenheit eng mit der Konjunktur im Baugewerbe verknüpft ist.

Bei der Materialienherstellung hat die Maschinentechnik in den letzten Jahren sehr interessante Fortschritte gemacht, doch auf dem Bauplatz hat bis jetzt nur die Förderungsmaschine ihren Einzug gehalten. In der Form des Fahrstuhls wird durch sie das Material in die oberen Stockwerke geschafft. In früheren Jahren wurde dieses von den Arbeitern auf der Schulter nach der Verwendungsstelle getragen: eine ungeheure Quälerei. Durch die Einführung der Maschine ist diese rauhe Arbeit sehr erleichtert worden, aber auch der Verdienst ist zurückgegangen. Und das liegt in dem System begründet, denn der Fahrstuhl gehört nicht dem Bauunternehmer, sondern fast immer ist es ein Spezialunternehmer, der den Förderungsapparat liefert. In den deutschen Großstädten gibt es zahlreiche solcher Firmen, die 20 bis 30 Fahrstühle besitzen und auf den verschiedenen Bauten in Tätigkeit haben. Der Fahrstuhllieferant schließt mit dem Bauunternehmer einen Vertrag zur Herbeischaffung des Materials und stellt dann die Leute an. Auf jedem Bau ist ein Maschinist und die nötige Anzahl Träger, er selber aber sitzt in seinem Bureau oder besichtigt die Arbeitsplätze. Also auch hier ein neuer Erwerbszweig, den man früher nicht kannte. Je differenzierter der ganze Betrieb geworden ist, umsomehr hat sich das Spezialistentum herausgebildet. Heute stellt der Bauunternehmer nur noch den

Rohbau her. Die Putzarbeiten, die Ausstattung mit Steinfliesen, Treppen, leichten Scheidewänden aus Gips oder Beton, das Herstellen der Decken usw., alles das wird heute von Spezialunternehmern genau so gesondert ausgeführt wie die Tischler-, Schlosser- und Malerarbeiten. Hier tritt nun wieder das Charakteristische oder auch eigentlich Selbstverständliche zutage, daß die Akkordpreise im Baugewerbe im Sinken begriffen sind oder nur eine ganz minimale Steigerung aufweisen, und das Schwergewicht bei fast allen Spezialarbeiten auf den Akkord gelegt wird. Das erklärt es auch, warum die Stundenlöhne entschieden schneller gestiegen sind als die Akkordlöhne. Alle die neuen Spezialunternehmer des neuen Baugewerbes aber, die ihre eigenen Bureaus, ihr eigenes technisches und Aufsichtspersonal haben, müssen insgesamt als selbständiger Gewerbebetrieb auch eine bedeutend höhere Einnahme aus ihren Arbeiten erzielen als es früher der Generalunternehmer nötig hatte. Wenn man berücksichtigt, daß in den letzten 10 Jahren im Baugewerbe Berlins zum Beispiel der Stundenlohn für einen Maurer knapp um 1 Pfennig im Jahresdurchschnitt stieg, dagegen die Mieten ganz erheblich in die Höhe gingen, so weiß man, daß außer den Grundstücksspekulanten die Verteuerung durch die Zwischenmeister herbeigeführt wurde.

Wenn bei Ausbruch des Lohnkampfs die Unternehmer der Öffentlichkeit gegenüber behaupteten, das deutsche Baugewerbe breche unter der Last der hohen Arbeiterlöhne zusammen, so ist das gar nicht ernst zu nehmen. Ein Gewerbe, das eine solche aufblühende Materialindustrie besitzt, in dem so emsig an der Lösung neuer technischer und architektonischer Probleme gearbeitet wird wie dieses die im Frühjahr in Charlottenburg inszenierte Städtebauausstellung veranschaulichte, befindet sich in aufsteigender Linie und ist viel größeren Anforderungen gewachsen als es die bescheidenen Ansprüche der Bauarbeiter jeweilig sind. Summen, für die man früher ganze Häuser herstellen konnte, werden heute in den Geschäftsstraßen der Großstädte allein zur Fassadenausschmückung aufgewandt, und auch die stark einsetzende Strömung gegen die einförmigen Mietskasernen kann dem Baugewerbe nur zunutze kommen.

Das neue Material und die neuen Formen verjüngen das Gewerbe und machen es anpassungsfähig: eine Eigenschaft, die in unserer Zeit nicht zu entbehren ist. Wie aber auch die Kapitalskonzentration mit der geschilderten technischen und wissenschaftlichen Entwickelung Schritt hält, dürfte folgendes zeigen: In Deutschland gibt es zurzeit 160 Aktiengesellschaften — außer den gemeinnützigen Baugesellschaften — mit einem Kapital von rund 320 241 000 Mark, die sich mit der Bauausführung, zum Teil auch noch mit der Terrainspekulation befassen. In den letzten 15 Jahren entstanden von diesen allein 119, mit einem Kapital von 237 397 000 Mark. Mit Riesenschritten ist demnach hier die Konzentration vor sich gegangen, trotz des zeitweise recht hohen Zinsfußes der Baugelder, was jedoch wiederum zur Folge hatte, daß viele unlautere Elemente dem Gewerbe ferngehalten wurden. Die Zahl der im Baugewerbe beschäftigten Personen stieg von 1 045 516 im Jahr 1895 auf 1 563 594 im Jahr 1907, die Zahl der Betriebe von 198 985 auf 232 654 in gleichem Zeitraum. Die angeführten technischen und wirtschaftlichen Fortschritte innerhalb des deutschen Baugewerbes dürften die gewaltigen Veränderungen, die sich in den letzten 10 bis 15 Jahren hier vollzogen haben, deutlich erkennen lassen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ALWIN SAENGER · JUGENDGERICHTE

FÜR die Qualität eines jeden Strafrechts ist das Problem des jugendlichen und des rückfälligen Verbrechers eine Art Probestein. Und bei eben diesem Problem hat das Recht sich nicht bewährt. Die Juristen sind noch nicht ausgestorben, die gegen eine Sonderhaft der Jugendlichen sich aussprechen, weil das Zusammensitzen der Gefangenen auch manchmal das Gute habe, daß ältere, erfahrene Verbrecher durch ihre Taten und ihr Gebaren abschreckend auf ihre Mitgefangenen wirkten, und die dem Strafrecht überhaupt die Aufgabe absprechen die Quellen der jugendlichen Kriminalität abzugraben, da das Strafrecht nur die Staatsautorität durch die Strafe aufrechtzuerhalten habe.[1]) Für diese Rechtsverfechter ist es ein furchtbarer Gedanke, daß das Jugendstrafrecht aus »dem Zusammenhang des allgemeinen Strafrechts gelöst und ein Zweig der Sicherungspolizei und der Erziehungspolitik wird«, und daß infolge des Verzichts auf »wahre Strafübel« das Delikt des Jugendlichen prämiiert wird, und sich dem jungen Dieb Chancen im Daseinskampf eröffnen, die seinem in den Bahnen des Rechts bleibenden Genossen versagt sind, und den Menschenrechten Verbrecherrechte untergeschoben würden.[2])

Man muß den Mut bewundern, mit dem Autoritäten der klassischen Strafrechtsschule noch die Behauptung wagen, daß gerade das heutige Strafrecht auf den jugendlichen Verbrecher den tiefsten Eindruck mache und auch am wirksamsten künftigen Rechtsverletzungen vorbeuge.[3]) In Wahrheit sieht es mit dem tiefen Eindruck unseres Rechts auf die Jugendlichen und mit den Erfolgen der kriminellen Behandlung der jugendlichen Verbrecher so aus: Ein Jahr vor der Errichtung des Jugendgerichts in Chicago waren 17 000 Kinder unter 16 Jahren verhaftet worden. Männer wie von Liszt, einer der Hauptkämpfer gegen das heutige Strafrecht, haben die kolossale Vermehrung der jugendlich Kriminellen als den *Erfolg* der gerechten Vergeltung hervorgehoben. Für Österreich steht fest, daß in dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die Vermehrung der Verbrechen Unmündiger die Vermehrung der unmündigen Bevölkerung um mehr als ¼ übertroffen hat. Während die männliche Bevölkerung von 16 bis 20 Jahren um 19,08 % zunahm, ist ihre Kriminalität um 31,29 % gestiegen. Für das gleiche Land wurde festgestellt, daß in der Altersstufe von 16 bis 18 Jahren die Häufigkeit der Unzuchtsverbrechen am größten ist. In Deutschland bezifferte sich in den Jahren 1882 bis 1905 die Steigerung der Kriminalität bei den Verurteilten überhaupt auf 20,6 %, bei den jugendlichen Verurteilten auf 26,2 %. 1905 waren 17,1 % der Jugendlichen vorbestraft. Die Zunahme der Kriminalität betrug 1906 gegenüber 1894 bei den Erwachsenen 2 %, bei den Jugendlichen (von 12 bis 18 Jahren) 5 % und bei den Kindlichen (von 12 bis 14 Jahren) 20 %, obwohl 1900 bis 1906 mindestens 25- bis 30 000 Jugendliche durch die gesetzliche Fürsorgeerziehung unschädlich gemacht wurden. Von 100 000 Zivilpersonen kamen vor den Strafrichter wegen Diebstahls:

[1]) Siehe das *Protokoll* des 27. deutschen Juristentags (Berlin 1904), pag. 116.

[2]) Siehe Oetker *Das Strafverfahren gegen Jugendliche* (Stuttgart 1909), pag. 11 ff. und 50; Zucker *Über Schuld und Strafe der jugendlichen Verbrecher* (Stuttgart 1899), pag. 8; Grabowsky *Die Notwendigkeit der Jugendgerichte* im *Zentralblatt für Vormundschaftswesen, Jugendgerichte und Fürsorgeerziehung*, 1909, pag. 159 ff.

[3]) Siehe Birkmeyer *Was läßt von Liszt vom Strafrecht übrig?* (München 1907).

Zeitraum	Personen im Alter von 12 bis 14 Jahren	von 14 bis 18 Jahren	über 18 Jahre
1894 bis 1906	305	399	227
1902 bis 1906	320	395	222

Während des Jahres 1908 hatten die bayrischen Vormundschaftsgerichte 2114 neue Zwangserziehungsfälle zu behandeln, gegenüber 1907 eine Mehrung von 21,4 %; und nach der letzten Kriminalstatistik wurden 1907 im Deutschen Reich wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze überhaupt 54 113 Jugendliche verurteilt. Also ohne Übertretungen alljährlich in Deutschland über 54 000 Kinder und Halberwachsene verurteilt, darunter über 1000 Verbrechen der Unzucht und Notzucht.[4]) Es ist ein Glück, daß die Allgewalt der Tatsachen stärker ist als die sterile Weisheit der gerechten Vergeltung und ihrer Verkünder. Das bodenlose Elend des Jugendstrafunrechts, das stündlich fern den Pfaden der Vernunft Unglück und Leiden mit Brutalität festigt und vermehrt, bahnt doch langsam und allmählich einer bessern Zukunft die Gasse. *Schützt eure Jugend vor einer toten Paragraphenjustiz!* ist das Losungswort des Rechts geworden. Erzieht den Werdenden zur Verantwortung statt seine Zukunft durch einen angeblichen Rechtsbegriff zu töten. Die gesamten Ideen der gegenwärtigen Strafrechtsrevolution finden ihre primärste Verwendung im Jugendstrafrecht. Hier ruft die neue Wissenschaft vom Kind, die Pädiatrie, die Geister am dringendsten auf den Plan. Hier tritt die ungeheure Kollektivschuld der Gesellschaft gegenüber dem Armen, den man schuldig werden ließ, ganz besonders in den Vordergrund.[5]) Die Tatsachen zwangen zu der Erkenntnis, daß die Paragraphen kein Verständnis für die Psychologie des jugendlichen Verbrechers haben, daß die Strafen in den meisten Fällen schädlich wirken. Schon 1892 mußte ein preußischer Richter, Dr. Aschrott, in einer Schrift über die *Behandlung der verwahrlosten und verbrecherischen Jugend* gestehen, daß die jugendlichen Delinquenten die Rekruten einer Verbrecherarmee bilden, gegen die die Strafmittel des bestehenden Rechts als machtlos sich erweisen. Die Wahrheit, daß Jugendstrafrecht und Jugendfürsorge ein Kulturproblem für die Gesamtnation sind, setzt sich mehr und mehr durch, und für dieses Problem gilt vorzugsweise das treffliche Wort des Kinderinspektors der gemeinnützigen Gesellschaft der Stadt Basel Kuhn-Kelly:

»Die Umbildung des heutigen Strafbegriffs und Strafverfahrens in das Prinzip der Erziehung ist ein Postulat von höchster Wichtigkeit, an dessen Verwirklichung zu arbeiten die dazu Berufenen sich ein ehrendes Denkmal für alle Zeiten zu stiften Gelegenheit fänden.«[6])

Der verbohrteste Verfechter einer überlebten Rechtsidee muß schließlich stutzig werden, wenn er in dem Bericht des Gouverneurs des Staates Colorado liest, daß in den ersten 1½ Jahren des Jugendgerichts in Dewer dem Staat 80 000 Dollars erspart wurden, daß noch 3 Jahre vor dem ersten Jugendgericht in Chicago 1705 Knaben in die gewöhnlichen Verbrechergefängnisse geworfen wurden, während 3 Jahre später es nur mehr 48 waren. Daß in Amerika die zur Anhaltung in den *Detention Schools* bestimmten Knaben allein, mit dem eigenen Haftbefehl in der Tasche, sich dorthin begeben, während sich in

[4]) Siehe Peschke *Die Kriminalität der Jugendlichen unter 14 Jahren im Jahrfünft 1902 bis 1906* in der *Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform*, 1909-1910, pag. 678 ff.; ferner das *Statistische Jahrbuch des Deutschen Reichs* für 1909.

[5]) Siehe von Liszt *Unsere legislative Forderung* im *Kulturparlament*, 1909, 3. und 4. Heft, pag. 140.

[6]) Siehe Kuhn-Kelly *Jugendschutzkommissionen als vollwertiger Ersatz für Jugendgerichtshöfe* (Langensalza 1909), pag. 15.

Preußen die Zahl der Entweichungen von Zöglingen aus den Fürsorgeanstalten in einem Jahr, 1905-1906, fast verdoppelte. Die Mühlen der Gerechtigkeit mahlen langsam. Das Kundmachungspatent zum österreichischen Strafgesetzbuch von 1803 verlangte schon, daß der Schuldige kein größeres Übel leiden solle als zur Hintanhaltung der Verbrechen angedroht und vollzogen werden müsse. Und heute, nach 100 Jahren, beginnt jene vernünftige Zweckinterpretation des Strafrechts in der Gesetzgebung zunächst im Jugendstrafrecht verwirklicht zu werden. Die ungarische Strafgesetznovelle von 1908 läßt dem Richter freieste Wahl in der Anwendung der Strafmittel gegen den Jugendlichen, mit dem ausdrücklichen Hinweis jene zu wählen, die vom Gesichtspunkt der fernern Aufführung und der sittlichen Entwickelung der jugendlichen Beschuldigten erwünscht erscheinen. Noch deutlicher finden wir in einer Bekanntmachung des bayrischen Justizministeriums über das Strafverfahren der Jugendlichen vom Jahr 1908 die Revolutionierung der Ideen proklamiert. Dort heißt es klipp und klar:

»Die Strafrechtspflege gegen Jugendliche muß auf eine besonders sorgfältige Behandlung dieser Beschuldigten Bedacht nehmen. Sie soll einen vorwiegend erzieherischen Charakter tragen.«

Wir können vom sozialistischen Standpunkt aus diesen Programmsatz einer heute herrschenden Regierung nur begrüßen; denn er enthält nichts weiter als die Approbation der sozialdemokratischen Auffassung von der Bekämpfung des Verbrechens, die die *veredelte Rache* als Strafmittel verwirft. Daß nicht nur bei Lösung großkapitalistischer Fragen (Kaligesetz) sondern sogar schon bei Erörterung sozialethischer Probleme der Staat der Gegenwart durch die Tatsachen gezwungen wird sich allmählich zu den reinsten sozialistischen Maximen zu bekennen, ist ein neuer Beweis, daß wir in die Gesellschaft der Zukunft langsam hineinwachsen. Heute beschränkt sich die Auffassung von dem »vorwiegend erzieherischen Charakter« der Strafe noch auf die Jugendlichen. Aber die Bekenner der Vergeltungsstrafe wissen, warum sie selbst den mildesten Versuchen einer Strafrechtsreform ein *Principiis obsta* zurufen. Denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Schon die Notwendigkeit einer einheitlichen Strafrechtspflege, die nicht nach Geschlecht und Alter verschiedene Grundsätze anwenden kann, wird bald zu einer allgemeinen Revision veralteter Anschauungen zwingen. Und die Erfolge einer vernünftigen Behandlung der Probleme werden bald zu weiteren Schritten drängen. Darin liegt die große Bedeutung einer veränderten Auffassung des Strafrechts zunächst für die Jugendlichen.

Aus der Fülle der Fragen, die die Jugendfürsorge im weitesten Umfang aufgeworfen hat, ist das Jugendgericht als eine der ersten aktuell geworden.[7]) Die Mißstände traten hier am deutlichsten vor Augen, und einige der Hauptschäden konnten ohne bedeutende legislative Änderungen beseitigt werden. Man wird sich bei der Begriffsdefinition des *Jugendgerichts* nicht nur an den äußern Gang im einzelnen Verhandlungsfall zu halten sondern unter dem *Jugendgericht*

[7]) Siehe über diese Frage Aschrott *Die Behandlung der verbrecherischen und verwahrlosten Jugend und Vorschläge zur Reform* (Berlin 1892); Appelius *Die Behandlung jugendlicher Verbrecher und verwahrloster Kinder* im Kommissionsbericht der *Internationalen kriminalistischen Vereinigung* (Berlin 1892); Liepmann *Die Kriminalität der Jugendlichen und ihre Bekämpfung* (Tübingen 1909); *Mitteilungen der Internationalen kriminalistischen Vereinigung*, 15. Band, 2. Heft, (Berlin 1908); Freudenthal *Jugendgerichte* im *Gerichtssaal*, 1907-1908, pag. 403; Herr *Die Jugendgerichtshöfe* in der *Vergleichenden Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts*, Allgemeiner Teil, 4. Band (Berlin 1908), pag. 498 ff.; endlich das Protokoll des 1. deutschen Jugendgerichtstags vom 15. bis zum 17. März 1909 (Berlin 1909).

im weitesten Sinn den gesamten Komplex von gerichtlichen Handlungen zu verstehen haben, die sich an die Tat des Jugendlichen als Folge anschließen. Die Einsicht in die vollkommene Untauglichkeit der heutigen Strafrechtspflege hat im wesentlichen zu folgenden Forderungen geführt: Der Jugendliche ist Subjekt und nicht Objekt der Rechtspflege. Ihn zu erziehen ist das Wichtigste. Er wird nicht als Verbrecher behandelt. Seine Individualität bedarf daher im Einzelfall sorgfältigster Prüfung. Infolgedessen wird das erkennende Gericht zweckentsprechend mit solchen Personen (Jugendrichtern) besetzt, die besonders ausgewählt und in den Fragen der Pädiatrie bewandert sind. Die Gerichtsverhandlung selbst ist aufs sorgfältigste zu leiten. Alles, was nach gerichtlich Dekorativem aussieht, wird vermieden. Vom Gerichtsverkehr abgelegene Sonderräume dienen der Verhandlung. Der jugendliche Übeltäter ist nicht mehr selbstbewußter Gegenstand der öffentlichen Neugier; die notwendige Öffentlichkeit wird durch Zulassung von Vertrauenspersonen zur Verhandlung gewahrt. Er erscheint ohne Polizei in Begleitung seiner gesetzlichen Vertreter. Der Richter hat in der Wahl seiner Mittel freieste Hand; was im Einzelfall für eine Besserung zweckdienlich erscheint, wird angeordnet. Mit Gefängnis ist nur in den allerseltensten Fällen zu bestrafen. Eventuell sind die Jugendlichen in besonderen staatlichen Anstalten zu inhaftieren. Bedingte Verurteilung und vorläufige Entlassung sind nach Möglichkeit anzuwenden. Nach entsprechender Zeitdauer einwandfreier Lebensführung findet volle Rehabilitation statt. Die Strafmündigkeit beginnt frühestens mit dem 14. oder 16. Lebensjahr. Vorher treten ausschließlich erzieherische Maßnahmen ein. Mit der jeweiligen Verhandlung ist die Tätigkeit des Jugendgerichts nicht erschöpft; es überwacht auch den Vollzug der ausgesprochenen Maßregeln und den fernern Lebenslauf des Jugendlichen. So ist das gesamte Verfahren in einer Hand zentralisiert, und die Möglichkeit einer erfolgreichen Beobachtung gegeben. Um seinen Zweck zu erreichen, bedarf das Jugendgericht einer ausgedehnten Beihilfe nichtrichterlicher Fürsorgetätigkeit durch Rat und Tat. Freiwillige oder bezahlte Jugendhelfer ermitteln sachkundig die näheren Umstände des Einzelfalls, die häuslichen und sozialen Verhältnisse, die intellektuelle und sittliche Veranlagung des einzelnen, seinen Geisteszustand. Sie berichten hierüber dem Jugendgericht und geben als Beistand des Angeschuldigten ein Gutachten ab; nach der Verhandlung helfen sie dem Jugendlichen weiter.

Dies sind die Grundideen der heutigen Reform des Jugendstrafrechts, die in den einzelnen Ländern auf verschiedene Weise angebahnt wurde. Die Vereinigten Staaten waren die ersten, die die neuen Gedanken in größerm Umfang verwirklichten. Der erste Staat, der Jugendgerichte einsetzte, waren sie jedoch nicht. Die Idee das gerichtliche Verfahren gegen Jugendliche vollkommen von dem gegen Erwachsene zu trennen, finden wir bereits in einer Verordnung des Jahres 1890 für Südaustralien enthalten, die 5 Jahre später in ein förmliches Gesetz umgewandelt wurde. Neuerdings wurde 1905 für Neusüdwales ein Gesetz über Jugendgerichte erlassen. Auch in Kanada bestimmte 1894 ein Gesetz, daß das Verfahren gegen Jugendliche unter 16 Jahren »mit Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich zu gehen habe und sowohl räumlich als zeitlich von den übrigen Fällen zu trennen sei«. Merkwürdigerweise ist es noch Rußland gewesen, das zu dem Problem frühzeitig Stellung nahm. In dem russischen Gesetz vom 2. Juni 1897 über die Gerichtsbarkeit und Strafbarkeit unmündiger Personen unter 17 Jahren wird die Frage aufgeworfen, ob über-

haupt ein Kind als Verbrecher betrachtet werden dürfe, und das Verlangen nach besonderen Gerichten für Unmündige gestellt. Das Gesetz erfuhr eine Erweiterung durch das russische Jugendschutzgesetz vom 5. Mai 1909 und die hierauf erlassene Zirkularnote des Justizministeriums, in der besonders auf die Absichten des Gesetzgebers hingewiesen wird die vorbeugende Besserungserziehung auf eine breite und feste Grundlage zu stellen und dem Unmündigen bis zu 17 Jahren das Beschämende des strafrechtlichen Verfahrens und des Aufenthalts im Gefängnis zu ersparen. Der praktische Vollzug des Gesetzes soll allerdings sehr viel zu wünschen übrig lassen. Das Land der anregenden Initiative sind aber die Vereinigten Staaten geworden.[8]) Am 1. Juli 1899 trat dort in Illinois das erste Jugendgerichtshofgesetz in Kraft; das erste Jugendgericht trat im gleichen Jahr in Chicago als *Children's Court* zusammen. Bei Beginn des Jahres 1907 waren bereits in 24 Staaten Jugendgerichte tätig.

Das energische Aufgreifen des Problems und seine Lösung in Amerika hat verschiedene Ursachen. Die Mißstände des amerikanischen Jugendstrafrechts waren so bedeutend, daß hier die Aufmerksamkeit am frühesten geweckt wurde. Es war in Amerika keine Seltenheit, daß Kinder von 10 Jahren und darunter in die verkommensten Gefängnishöhlen geworfen, ja sogar zur Todesstrafe verurteilt wurden. Ohne langwierige gesetzgeberische Aktionen war es dem sehr unabhängigen amerikanischen Richter möglich aus eigener Machtvollkommenheit eine Änderung herbeizuführen, nach freiem Ermessen ordnete er im Einzelfall Erziehungsmaßregeln an, speziell Unterbringung in Familien statt Gefängnisstrafen. Die gemachten Erfahrungen berechtigten geradezu zu dem Axiom *Alles mit den Kindern versuchen, nur keine Gefängnisstrafen.*[9]) Mit Erziehungsfragen hatte sich die Öffentlichkeit aber von jeher eifrigst beschäftigt, und schon 1825 hatte die *Society for the reformation of juvenile delinquents* eine Besserungsanstalt mit dem Zweck der Erziehung den Vorrang vor der bloßen Bestrafung zu geben gegründet. Im ganzen Land sind die *Children Aid-Societies* seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts verbreitet; in den großen Städten wurden eigene Schulen für die freiwilligen Helfer an der sozialen Arbeit gegründet (*Schools for Social Workers*). So fand die Idee der Jugendgerichte in Amerika einen ausgezeichneten Boden und die politische Staatsverfassung der Demokratie führte letzten Endes zum Sieg des Gedankens. Auch in der kapitalistischen Demokratie geht das Gefühl der gemeinsamen Aktion als förderndes Prinzip der Kultur nicht verloren, und eben dieses Gefühl für ein Volksgut einzutreten machte das Jugendgericht in Amerika für die Gesamtheit zu einem nationalen Problem im besten Sinn des Worts. Jeder einzelne der Gesamtheit hat das Recht und die Pflicht ein tüchtiges

[8]) Über amerikanische Jugendgerichte siehe Barrows *Amerikanische Jugendgerichte* [Berlin 1908] Lederer *Amerikanische Jugendgerichte* [Wien 1908]; Baernreither *Jugendfürsorge und Strafrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika* [Leipzig 1905]; Lederer *Der gegenwärtige Stand des probation system in den Vereinigten Staaten von Amerika* in der *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft*, 1908, pag. 390 ff.

[9]) Das erste Jugendgerichtsgesetz in Pennsylvanien [1901] stellte folgende Grundsätze auf, die in den Vereinigten Staaten von Amerika maßgebend sind: 1. Verhöre von Kindern sind von denen Erwachsener zeitlich und örtlich zu trennen. 2. Kein Kind darf in Polizeigewahrsam genommen oder in Gefängnissen untergebracht werden. 3. Es sollen *Probation Officers* (Vertrauensleute) angestellt werden. 4. Ein *Detention House* soll in allen größeren Städten eingerichtet werden, in denen ihrem Verhör entgegensehende Kinder untergebracht werden. 5. Für alle Institute, in denen Kinder untergebracht sind, sollen von Staats wegen männliche und weibliche Inspektoren eingesetzt werden. Das Gesetz wurde inzwischen ergänzt.

Glied durch und für die Gesamtheit zu werden, und das allgemeine Gewissen der demokratischen Gesellschaft spricht aus den Worten Hannah Kent Schoffs, der Jugendgerichtshelferin im Staat Pennsylvanien:

»Im Licht ihres wahren Werts sind Straffälle gegen Kinder für die Allgemeinheit und den Staat von größerer Bedeutung als alle anderen Straffälle. Die Behandlung in dieser Zeit entscheidet über die Zukunft, ob das Kind ein guter Bürger oder ein Verbrecher wird. Ist sie nicht des tiefsten Nachdenkens und der eingehenden Überlegung wert?«

Nur die Demokratie konnte es auch ermöglichen, daß die Fähigsten zu Jugendrichtern gewählt werden, selbst wenn sie früher Bureaujungen und Pförtner waren. Und zweifellos sind die amerikanischen Erfolge zum Teil mit auf die Tüchtigkeit der einzelnen verantwortlichen Personen zurückzuführen. Vor allem scheint das System der Jugendhelfer (*Probation Officers*) ausgezeichnet ausgebaut zu sein. Es sind besonders ausgesuchte Männer und Frauen, die teils unentgeltlich teils mit jährlichem Einkommen bis 1500 Dollars, dem Jugendgericht in jeder Beziehung zur Seite stehen, ihm die Dienste »eines Untersuchungsrichters, eines Beraters und eines Fürsorgers« leisten und »die Hüter des Knaben, sein Freund sind, ihn gegen sich selbst beschützend, häufig gegen seine eigenen Eltern«.[10]) Man geht allmählich daran für die Jugendgerichte besondere Gebäude wie in New York zu errichten, um so die vollkommene Trennung von der eigentlichen Strafjustiz durchzuführen. In dem Bau von Erziehungsanstalten und Haftschulen, die an die Stelle des Gefängnisses für Jugendliche treten, sind die Vereinigten Staaten heute allen Kulturländern voraus. Sie haben hierin Großartiges geleistet.[11]) Der Erfolg, den Amerika mit seinen Jugendgerichten bisher erzielte, ist wohl nicht übertrieben mit den Worten des Jugendrichters Tuthill-Chicago wiedergegeben: der Jugendgerichtshof in Chicago habe in der kurzen Zeit seines Bestehens mehr zur Verhütung von Verbrechen getan als alle Strafgerichtshöfe dieses Staats in 20 Jahren.

Die Jugendgerichtsbewegung fand zunächst in England lebhaften Widerhall; man spricht heute von einer Rezeption des amerikanischen Rechts. Seit 1854 erging in England eine Anzahl von Gesetzen zum Zweck erfolgreicher Bekämpfung der verbrecherischen Jugend. Die Mehrzahl der Jugendlichen wird heute in England nicht mehr in das Gefängnis geworfen sondern durch Erziehungsmaßregeln, vor allem Zwangserziehung in den *Reformatory and Industrial Schools*, zu erziehen versucht.[12]) Die Kriminalität der Jugendlichen hat in England eine Zunahme nicht erfahren, eher eine Abnahme. Die englischen Jugendgerichte, die zahlreich im Entstehen begriffen sind, schließen sich an die amerikanischen Vorbilder an. Das Kinderschutzgesetz 1908, das am 1. April 1909 in Kraft trat, bestimmt, daß eigene Jugendgerichte (*Juvenile Courts*) in besonderen Gebäuden zu errichten sind, daß die Verhandlungsöffentlichkeit mit Ausnahme zuverlässiger Vertreter einer Zeitung auszuschließen ist usw.[13]) In Frankreich ist seit 1889 eine ganze Anzahl Gesetze über das

[10]) Nach einem Gesetz des Staates Wisconsin vom 3. Mai 1907 müssen alle *Probation Officers* Befähigungsprüfungen machen.

[11]) So liegt das neue *Saint Charles Home* (Chicago) auf dem Land, hat 1000 Acres für landwirtschaftliche Zwecke und besteht aus 20 Familienhäusern für je 40 Knaben.

[12]) Heute sind die offiziellen Namen für die englischen Zwangserziehungsanstalten *Senior Home Office Schools* und *Junior Home Office Schools*.

[13]) Die englische Kriminalpolitik hat in den letzten Jahren bedeutende Leistungen aufzuweisen: 1. *Children Act* von 1908: Ein Gesetz zur »Zusammenfassung und Verbesserung der Gesetzgebung betreffend den Schutz von Kindern und jugendlichen Personen, Erziehungs- und Besserungsan-

Jugendstrafrecht ergangen; eigentliche Jugendgerichte wurden bisher nicht gebildet.[14]) Das niederländische Gesetz vom 12. Februar 1901 bestimmt den Ausschluß der Öffentlichkeit bei Jugendfällen, und das schwedische Gesetz vom 27. Juni 1902 ordnet gleichfalls ein besonderes Verfahren für Jugendliche an. Auch im Vorentwurf zu einem schweizerischen Strafgesetzbuch /1908/ sind besondere Bestimmungen für Kinder, Jugendliche und andere Unmündige getroffen, und in die Hand des Strafrichters ein Teil der Erziehungsgewalt gelegt. In Italien sind Jugendgerichte auf Grund eines Erlasses des Justizministers seit 1908 vorhanden. Österreich hat gleichfalls seit 1908 durch eine Ministerialverfügung an den unteren Bezirksgerichten Jugendgerichte, in den höheren Instanzen Jugendsenate erhalten. In weiterm Umfang sind den Reformideen in den neuen Gesetzentwürfen Konzessionen gemacht. Statt Strafe soll Fürsorgeerziehung eintreten, »um den Jugendlichen zu bessern oder seiner Verderbnis vorzubeugen«; Pflegschaftsgericht und Strafgericht werden zusammengelegt, Vertrauenspersonen haben die persönlichen Verhältnisse des jugendlichen Beschuldigten zu ermitteln. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Ungarn, Jugendgerichte bestehen heute schon. Ein eigenes Kinderschutzgesetz insbesondere für die Organisation der Jugendgerichte ist in Vorbereitung.[15])

In Deutschland war, wie in einigen anderen Staaten, die Möglichkeit gegeben zunächst ohne gesetzliche Maßnahmen auf dem Weg der Verordnung die Hauptschäden der heutigen kriminellen Behandlung der straffälligen Jugend zu beseitigen. Das erste deutsche Jugendgericht trat am 1. Januar 1908 in Frankfurt am Main in Wirksamkeit. Seitdem wurde eine ganze Anzahl errichtet. Eine abgesonderte Behandlung der Jugendlichen in der Hauptverhandlung ist überall die Grundlage. Wir haben in Deutschland das sogenannte *Frankfurter Jugendgerichtssystem;* hier wirkt bei jedem Vormundschaftsgericht nur 1 Vormundschaftsrichter als Jugendrichter mit, während bei dem Kölner oder Hammer System sämtliche Vormundschaftsrichter eines Amtsgerichts zugleich Jugendrichter sind. Die freiwilligen Jugendgerichtshelfer finden in Deutschland ihr besonderes Vorbild in den westfälischen Fürsorgeausschüssen, Organisationen aus Bürgermeister, Lehrer und Geistlichen, die sich vor allem gutachtlich über die kriminelle Erkenntnisfähigkeit der Jugendlichen zu äußern haben. In den deutschen Entwürfen eines neuen Strafgesetzbuchs und einer neuen Strafprozeßordnung sind weitergehende Reformen vorgeschlagen. In der Begründung eines Vorentwurfs zu einem deutschen Strafgesetzbuch heißt es:

»Der Entwurf nimmt, von den oben dargelegten Gesichtspunkten ausgehend, an dem gegenwärtigen Recht drei grundlegende Änderungen vor. Er rückt die Altersgrenze der Strafmündigkeit auf das vollendete 14. Lebensjahr hinauf, beseitigt das Erfordernis der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht in dem bis-

stalten, jugendliche Rechtsbrecher sowie anderweit behufs Verbesserung der Gesetzgebung bezüglich der Kinder und jugendlichen Personen«. In Abschnitt V dieses Gesetzes sind nicht weniger als 13 verschiedene Maßnahmen für einen Jugendlichen genannt. Wie weit der Kinderschutz in England heute geht, zeigt sich in § 121 dieses Gesetzes, wonach bei Kinderfesten mit mehr als 100 Kindern vom Vergnügungsunternehmer Aufseher für die Kinder aufzustellen sind. 2. *Prevention of Crime Act* von 1908, »um bessere Vorsorge zu treffen, daß Verbrechen verhindert werden, und, zu diesem Behuf, um Vorsorge zu treffen, daß jugendliche Rechtsbrecher gebessert werden und Gewohnheitsverbrecher auf längere Zeit in Haft bleiben«.

[14]) In Paris ist ein eigener *Avocat des Enfants* »zur Assistenz der den Gerichtshöfen vorgeführten Kinder« aufgestellt.

[15]) Besonderer Wert scheint in Ungarn auf isolierte Gefangenenräume für Jugendliche gelegt zu werden. So sind in letzter Zeit 12 Jugendgefängnisse errichtet worden, eines in Gynlafehervar, mit Kosten von 1 Million Kronen.

herigen § 56 und trifft in § 69 Absatz 2 Vorsorge, daß das Gericht anstatt oder neben einer Freiheitsstrafe die Überweisung des jugendlichen Übeltäters zur staatlich überwachten Erziehung anordnen kann, wenn die Tat hauptsächlich als Folge mangelhafter Erziehung erscheint oder anzunehmen ist, daß Erziehungsmaßregeln notwendig sind, um den Täter an ein gesetzmäßiges Leben zu gewöhnen.«

Abgesehen hiervon sind noch zu erwähnen: abgesonderte Verwahrung von erwachsenen Gefangenen, Einzelhaft, bedingte Strafaussetzung, Löschung der Bestrafung in dem Strafregister bei jugendlichen Verurteilten nach mindestens 2 bis 5 Jahren, je nach der Schwere der Tat. Selbst in diesem amtlichen Dokument sind lebhafte Klagen zu lesen, daß »die Handhabung des Begriffs des *Unterscheidungsvermögens* in der Praxis im allgemeinen eine recht äußerliche, schematische geworden ist«. Im Strafprozeßentwurf wird als Ziel der Vorlage angegeben: »eine Bestrafung Jugendlicher da, wo nach Lage der Sache nur Erziehungsmaßregeln am Platz sind, zu vermeiden und den Jugendlichen wenn möglich vor den mit einem Strafverfahren verbundenen Schäden ganz zu bewahren. Soweit ein Strafverfahren unvermeidlich ist, soll diesem eine Gestaltung gegeben werden, die den Interessen der Jugendfürsorge Rechnung trägt«. Die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz will zunächst die Möglichkeit schaffen bei den Amtsgerichten besondere Abteilungen für die Verhandlung von Strafsachen gegen Jugendliche (Jugendgerichte) zu bilden und zur Mitwirkung bei den Verhandlungen besonders dazu befähigte Schöffen zu berufen. Was die bei den Jugendgerichten mitwirkenden Schöffen betrifft, so sollen sie besonders ausgewählt und aus Kreisen entnommen werden, die, wie Lehrer, Lehrherren und Mitglieder von Fürsorgevereinen, gerade auf dem Gebiet der Jugenderziehung Erfahrung besitzen. Die Zuständigkeit der Amtsgerichte und damit in erster Linie der Jugendgerichte wird für Straftaten von Personen, die zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erheblich ausgedehnt, indem hier nach § 23 Absatz 2 der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz der Staatsanwalt wegen aller zur Strafkammerzuständigkeit gehörenden Verbrechen und außerdem wegen der Verbrechen des Raubes, der Brandstiftung und der Eisenbahntransportgefährdung die Zuständigkeit des Amtsgerichts durch Anklageerhebung begründen kann.

Was von diesen Plänen zur praktischen Durchführung gelangen wird, ist zweifelhaft. In Deutschland mag gewiß eine ganze Anzahl tüchtiger, erfahrener Personen in der Jugendstrafrechtspflege vorhanden sein. Inwieweit aber die deutsche Bureaukratie den Beharrungszustand eines veralteten und schädlichen Rechtssystems überwinden und sich von dem neuen Gedanken zur vernünftigen Tat leiten lassen wird, muß die Zukunft lehren. Der Gedanke des Jugendgerichts wird aus innerer Notwendigkeit siegreich sein, und er wird mit der fortschreitenden Revolutionierung der Gesellschaft zur Basis der allgemeinen Verbrechensbekämpfung werden.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

WILHELM HAUSENSTEIN · DANIEL CHODOWIECKI

CHODOWIECKI ist fast der einzige in der deutschen Chalkographie des 18. Jahrhunderts, dessen Werk mit selbständigen Trieben aufwuchs. Sonst ist sie an originellen Kunstleistungen nicht reich. Wie hatten sich die Dinge seit dem Mittelalter verändert! Nachdem die Miniaturenmalerei durch die Erfindung des Holzschnitts und des Kupferstichs verdrängt war, gewann die deutsche Illustrationskunst eine europäische

Vorherrschaft. Zum mindesten der Kupferstich konnte mit einigem Recht als deutsche Erfindung angesprochen werden. Die ältesten uns bekannten Stiche stammen von deutscher Hand. Allerdings führte schon in der Zeit der Kupferstiche Schongauers, Dürers, Hans Sebald Behams in Italien Mantegna die Kupferstichtechnik zu ebenbürtiger Vollendung. Auch die anregende Kraft des deutschen Holzschnitts, der in Dürers *Apokalyptischen Reitern* und Holbeins *Totentanz* überwältigende Triumphe feierte, wurde von den fremden Nationen begriffen: Holbeins Einfluß zeigt sich in schönen Leistungen der Holzschneiderschule von Lyon. Der Sieg der deutschen Illustration war zugleich ein Sieg der deutschen Demokratie. Die alte Miniaturistik hatte ihrem technischen Wesen nach etwas Exklusives haben müssen; jede Miniatur war Erzeugnis unmittelbarster Handarbeit. Die vervielfältigende Illustrationskunst aber, die mit Holzschnitt und Kupferstich begann, löste das Problem des Massenkunstwerks. Sie löste es nicht allein nach der formalen sondern auch nach der stofflichen Seite; die Blätter dieser Techniken waren — mit Dohme zu reden — »der künstlerische Ausdruck der die breiten Schichten des Bürgertums bewegenden Interessen«.

Aber eben das Inhaltliche war wandelbar. Und alsbald geschah etwas Verhängnisvolles: Die aristokratische Kultur der italienischen und französischen Renaissance bemächtigte sich des demokratischen Bildungsinstruments und bearbeitete damit adlige, höfische Stoffe. In dem Frankreich, in dem die Maffon, Edelinck, Nanteuil, Drevet nach royalistischen Malern wie Champagne, Rigaud, Lebrun royalistische Porträts stachen, waren die demokratischen Möglichkeiten der Graphik in ein zwar tiefes, aber schmales Strombett verwiesen: Callot, Leclerc, Abraham Bosse waren ungefähr die einzigen Illustratoren, die sich beruhigter demokratischer Realistik fähig zeigten und mit der volkstümlichen Technik zu volkstümlichen Kunstinstinkten redeten. Doch auch die Überlieferung dieser drei wurde vom ästhetischen Feudalismus aufgesaugt; die Régence, die Ära Louis XV. waren fast ausschließlich elegant. Die Boudoirintimitäten der Mondäne waren neben dem feudalen Stichbildnis, der Gesellschaftsszene und der Komödie der einzige Gegenstand der illustrativen Graphik; das war das Jahrhundert, in dem Gillot Serien über Harlequin, Pierrot und Colombine entwarf, Gravelot den Boccaccio illustrierte, Cochin eine Bibel mit selbst für die Abbés von dazumal zu pikanten Bildchen würzte, Eisen mit erotischen Vignetten die Welt eroberte, Moreau das Leben der galanten Kreise erzählte, Quéverdo und Marillier eine niedliche Pornographie entwickelten, und jeder Pariser und Nichtpariser Graphiker sich mehr oder minder anzüglich an dem französischen *Decamerone*, an Lafontaines *Contes*, versuchte. Allein neben dieser erotischen Graphik, die sich des Stichels und der jüngern Ätzung mit spielender Souveränität bediente, lebte in Holland noch etwas von der unvergleichlichen Überlieferung Rembrandts. Von dem metaphysischen Unterton dieses schwerblütigen Giganten war freilich wenig mehr vorhanden; der Spiritus war verflogen, das Phlegma geblieben, das sich mit Behagen an der Enge eines bürgerlichen Lebenshorizonts ergötzte.

Aus diesen beiden Elementen zog die deutsche Graphik des 18. Jahrhunderts ihre Nahrung. Im ganzen gab die balletmäßig hüpfende Zierlichkeit der Franzosen den Ausschlag; mitunter kam ein wenig von dem barocken Heroismus der Italiener hinzu. Georg Friedrich Schmidt, der seit 1744 in Berlin lebte, war zuvor in Paris, bei Larmessin und Rigaud, ausgebildet worden und ver-

leugnete die Schule nicht, als er die Schriften Friedrichs II. illustrierte. Wille, der Liebling dieses Fürsten, lebte, ein geborener Wetterauer, dauernd am Quai des grands Augustins als eleganter Kolporteur der französischen Porträtstichmanier. Der Dresdener Dietericy näherte sich dem holländischen Typus. Der Leipziger Bause war in seinen Wielandillustrationen gallisch. Der Maler Müller repräsentierte in seinen Ätzblättern die rauhe Kraftmanier des Sturms und Drangs, die den Niederländern näher war als den Franzosen. Geßner, der Illustrator der eigenen Werke, war eine vermittelnde Gestalt, sowohl von den koketten Putten Bouchers als vom Naturgefühl der sentimentalen Periode entzückt. Andere leiteten zu Chodowieckis sittengeschichtlichem Bürgerrealismus hinüber: der Wiener Brand, der Typen aus dem Volk in derben Arbeiten festhielt, und Johann Wilhelm Meil aus Altenburg, der in Berlin neben Chodowiecki arbeitete und als Chodowieckis Nebenbuhler galt, wiewohl er die Feinheit dieses Meisters nie erreichte.

Chodowieckis entwickelungsgeschichtliche Stellung ist mit dieser Übersicht einigermaßen bestimmt.[1]) Wo die deutschen Kleinmeister des 16. Jahrhunderts, die Schäuffelein, Burgkmair, Aldegrever, Solis, deren illustrative Kunst bis in die Bücher des 17. Jahrhunderts fortgelebt hatte, stehen geblieben waren, da fuhr Chodowiecki fort. Nach einem feudalen Zwischenreich wurde wieder das Volk, zumal der Bürger, Held und Adressat der Illustration.

Nicht mit vollem bürgerlichen Selbstgefühl und sicher nicht mit politischer Tendenz war diese Kunst demokratisch. Man darf das Chodowiecki nicht verübeln. Denn einerseits lag solche Opposition überhaupt nicht innerhalb der Logik seines Charakters, andrerseits auch nicht einmal so sehr in der Atmosphäre der Zeit, wie man gemeinhin annimmt. Man bedenke, daß selbst Schlözer, einer der schärfsten Oppositionspublizisten des Jahrhunderts, es fertig brachte zu behaupten, daß »in der erleuchteten Einsicht des allerhöchsten Regenten [nämlich Friedrichs II.] . . . . die Fülle der Erkenntnis des ganzen Landes und aller Weisheit gleichsam aus allen Bächen zusammenströme.« Wenn Chodowieckis spezifisch bürgerliche Kunst in dem schroff feudalen und schroff absolutistischen fridericianischen Staat groß wurde, so lag das daran, daß der Künstler mit der naiven Art alles objektiven Schauens in seine eigene Sphäre blickte, und daran, daß im preußischen Staat von einer wirklichen Kunstpolitik nicht die Rede war, der Künstler also in den Bereich seiner privaten Welt gewiesen wurde. Friedrich I. teilte immerhin die künstlerischen Ansprüche des absolutistischen Zeitalters. Unter seiner Regierung gewann Berlin zum erstenmal etwas wie ein künstlerisches Profil; er beschäftigte den prächtigen Schlüter. Und wenn es Friedrichs schlecht finanzierte Eitelkeit war, die Deutschlands erste Kunstakademie ins Leben rief, wenn dieses Institut »zum Aufnehmen der Maler-, Bildhauer- und Architekturkunst, zu mehrer Etablierung und deste

[1]) Hier das Wichtigste aus der sehr großen Literatur: Jacoby *Chodowieckis Werke oder Verzeichnis sämtlicher Kupferstiche, welche . . . Chodowiecki . . . verfertigt hat* [Berlin 1814]; Engelmann *Chodowieckis sämtliche Kupferstiche* [Leipzig 1857 und 1860] (grundlegender Katalog); Dohme *Chodowiecki in Kunst und Künstler*, 1878, pag. 15 ff.; *Aus Daniel Chodowieckis Künstlermappe*, 98 Facsimiles nach der Hebichschen Sammlung in Hamburg [Berlin 1885]; Meyer *Chodowiecki, der peintre-graveur* [Berlin 1888]; Oettingen *Chodowiecki* [Berlin 1895] (biographisches Hauptwerk); Kämmerer *Chodowiecki* [Leipzig 1897]; Focke *Chodowiecki und Lichtenberg* [Leipzig 1901] (sehr dankenswerte Arbeit); *Von Berlin nach Danzig*, 108 Facsimiles nach den Originalzeichnungen in der Berliner Kunstakademie [Berlin ohne Jahr]; *Auswahl aus Chodowieckis schönsten Kupferstichen* [Berlin ohne Jahr]. Das vollständigste Stichematerial besitzen die Erben Engelmann in Leipzig und das Berliner Kabinett. Meine Arbeit stützt sich auf das Material des Münchener Kabinetts und der Münchener Staatsbibliothek.

nützlicher Fortpflanzung aller Künste« die Hausung auch mit der Hautelissemanufaktur, der Sternwarte und den königlichen Maultieren teilen mußte, so war die Akademie doch wenigstens da. Unter den beiden Nachfolgern aber waren die Verhältnisse der öffentlichen Kunstpflege geradezu erbärmlich, wenn sie unter Friedrich I. nicht glänzend gewesen waren. Der Etat der Kunstschule wurde unter Friedrich Wilhelm I. auf 200 Taler normiert; die Lehrer mußten dabei natürlich zum großen Teil entlassen werden. Wenn Antoine Pesne Hofmaler blieb, so wußte die franzosenfresserische Banausenhaftigkeit dieses Fürsten nicht zu begründen, weshalb sie diese paradoxe Konzession gemacht hatte. Es hat wohl keinen Sinn dem König deshalb ernsthafte künstlerische Liebhabereien zuzutrauen, weil er das Fiasko seiner Malübungen damit zu beschließen pflegte, daß er den Modellen aus der Riesengarde — er malte natürlich nur Soldaten — den fetten Pinsel ins Gesicht klatschte und dazu den fabelhaft pointierten Witz machte: »Nun bist du gewiß getroffen.« Friedrich II., unter dessen Regime Chodowiecki lebte, tat verhältnismäßig viel, um die Architektur der Stadt zu bereichern. Allein das war doch weniger eine objektive, sich ins Soziale hinausprojizierende Kunstpflege als die Befriedigung eines ganz persönlichen Bedürfnisses. Es ist verhängnisvoll, daß gerade der Hohenzoller, der wirklich Geschmack besaß, in künstlerischen Dingen nur Privatmann sein wollte. Daß er dies wollte, zeigt die feine Eifersucht, mit der er seine Watteaus und Lancrets hütete. Erst nach Friedrichs Tod wurden die königlichen Kunstschätze wenigstens den Künstlern prinzipiell zugänglich gemacht. Die Akademie machte unter Friedrichs Regierung womöglich noch schlechtere Geschäfte als unter dem Vater. 1743 brannte das Gebäude ab, in dem sie wohnte, und erst 1770 erhielt die akademische Organisation eine neue Unterkunft. Der innere Betrieb war unter diesen Umständen kläglich; die Berliner Akademie war eine dürftige Zeichenschule. Erst unter Friedrich Wilhelm II. wurde eine ernsthafte Reorganisation versucht, an der Chodowiecki einen lebhaften Anteil genommen hat. Sowenig Chodowiecki gegen oben frondierte, so wenig sträubte er sich gegen die festen, engen Konventionen, die das Bürgertum geschaffen hatte. Die Personen Chodowieckis reden den Pater Familias mit *Sie* und mit dem devoten *Herr Vater* an. Die Brautleute verloben sich nur in der obligaten Gegenwart korrekter Zeugen: man betrachte daraufhin die Serien der Heiratsanträge. Die Gattinnen zeigen wie die Mutter Justinus Kerners gegen den Eheherrn nur *Demut, Gehorsam, Furcht.* Immer sind die Motive Chodowieckis etwas sozialgeschichtlich streng Gebundenes, bürgerliche Motive in des Wortes vollster Bedeutung. Ewald von Kleist meint einmal, er habe in Berlin nicht drei Leute von Geschmack gefunden. Wenn Kleist recht hatte, dann hat Chodowiecki etwas Riesiges geleistet. Kurz vor dem Tod Friedrichs II. hatte Berlin wenig über 140 000 Einwohner; an zwei Fünftel dieser Bevölkerung waren bürgerliche Existenzen, der größere Rest war Hof, Bureaukratie, Militär. Schon diese Zusammensetzung spricht gegen die Existenz eines starken bürgerlichen Kulturgefühls und namentlich Kunstgefühls. In dieser bürgerlichen Welt von schwächsten ästhetischen Traditionen nun, in ihr und an ihr entwickelte Chodowiecki als erster jenes ästhetische Spezifikum, das Dohme das *Berlinertum in der Malerei* nennt. Durch Chodowiecki wurde Berlin zum erstenmal Kunststadt völlig eigenen Gepräges.

Der Meister stammte jedoch nicht aus der Hauptstadt. Chodowiecki wurde am

16. Oktober 1726 zu Danzig geboren. Seine Ahnen waren im 16. Jahrhundert im Gebiet von Gnesen gesessen. Der Vater des Meisters war Kornhändler und dilettierte nach der erfreulichen Art des Jahrhunderts in der Malerei; er unterwies den Sohn im Miniaturieren und erzog ihn im übrigen für die *Handlung*. 1740 starb der Alte. Die Mutter, die einer jener den altpreußischen Bürgern kulturell so überlegenen französischen Réfugiésfamilien entstammte, tat den Sohn in ein Danziger Spezereihaus, das aber bald verfiel. Chodowiecki ging nun auf Einladung seines Oheims Ayrer, des Mutterbruders, nach Berlin; der Onkel hatte dort ein Quincailleriegeschäft. Ayrer begünstigte die Neigung der Neffen — auch Daniels Bruder Gottfried kam ins Haus — und beschloß diese Talente kaufmännisch zu verwerten. Die Tradition der Emailleminiatur war in Berlin sehr jung und noch ziemlich roh; erst seit etwa 1740 erfuhr sie durch einen Franzosen, Théremin, eine feinere Ausbildung. Um die Leistungen der Neffen und Lehrlinge recht hinaufzutreiben, ließ Ayrer einen gewissen Haid aus Polen kommen. Bei Haid, der zum mindesten ein achtbarer Lehrer gewesen zu sein scheint, erlernten die Brüder die Technik der Emailleminiatur genauer; das Stoffliche und Ästhetische bezog man bei Watteau, Lancret und Boucher. Die Neffen lieferten dem betriebsamen Oheim nun massenweise emaillierte Miniaturen für kupferne, auch goldene Tabatières und Berloques. Kämmerer, der Exemplare gesehen hat, versichert, daß sie »wenig erfreulich in der Wahl der Farben« seien und hinter den »Pariser Arbeiten der Zeit technisch zurückstehen«.

Der Oheim beutete die Jungen mehr aus als die schuldige Ehrfurcht der beiden Neffen ertragen konnte. Daniel trat mit dem Bruder aus dem Geschäft hielt aber des Vertriebs halber die Verbindung aufrecht. Chodowiecki brauchte um so mehr einen pfiffigen Kommissionär, als er 1755 heiratete. Er vermählte sich, durch seine Mutter bereits Halbfranzose, mit einem Fräulein aus der französischen Kolonie in Berlin, einer Demoiselle Jeanne, Tochter des Goldstickers Barrez. Diese Beziehungen sind wichtig: Durch sein Verhältnis zu den französischen Kolonisten mußte Chodowiecki den Altberlinern gegenüber einen gewissen ästhetischen Abstand gewinnen, aus dem er das Wesentliche der Probleme viel freier übersehen konnte. Das Paar Chodowiecki lebte von den Einnahmen, die dem Porträtminiaturisten zuflossen. Chodowiecki dachte aber nicht daran seine junge Künstlerschaft auf dieser Bahn zu halten; er hoffte vielmehr von seinem Artistentum fort und zum großen Stil zu kommen. Der leichte, vielmalende Bernhard Rode, der nachmals die Direktion der Akademie übernahm, hatte nach dem Akademiebrand eine private Zeichnungsakademie eingerichtet. Dort erschien Chodowiecki, voll von dem Verlangen sich die Hand für eine pompösere Manier zu schulen, regelmäßig zum Akt. Er hat es auf dieser Linie aber nie weit gebracht, obwohl er sich noch als Greis, ein wenig belächelt, unter die Akteleven der Akademie zu setzen pflegte; seine Akte sind von langweiliger Korrektheit. In der dürftigsten Autodidaktenart versuchte sich Chodowiecki im Ölmalen. Da ihn die Notwendigkeit des Erwerbs unter Tage an der Miniaturenarbeit festhielt, nahm Chodowiecki, immer ein fabelhafter Ouvrier, die Nächte zur Ölmalerei; er stellte eine Öllampe auf den Tisch, ließ trotz einem Meister Schuhmacher die Strahlen durch eine Glaskugel auf die Leinwand fallen und stimmte, indem er aus der Not eine Tugend machte, die Bilder auf *rembrandtische Effekte* — eine verhältnismäßig glückliche Probe gibt das Bild der Lesestunde bei Frau Ewald

in Berlin — oder auch auf Camayeu. Zu heroischen Tafeln hat Chodowiecki es nicht gebracht, wenn man nicht einige arg mißratene Bibelmalereien hierher zählen will. Glücklicherweise. Denn was sich in Chodowieckis graphischem Werk, das ja wohl einen Rückschluß gestattet, an heroisierenden, historischen, allegorischen Ansätzen findet, ist, wie zum Beispiel das Blatt auf die Vermählung einer preußischen Prinzessin mit einem Oranien, ganz unvermögend.

Wie viele Bedeutende hat Chodowiecki sich erst in einem reifern Alter gefunden. Er war fast 30 Jahre, als er mit einer besondern Scheu sich die Hand schwer zu machen seinen ersten Kupferstichversuch, über 30, als er seinen ersten Radierversuch unternahm. Er war ein Mann auf der Höhe des Lebens, ein Vierziger, als er mit seiner Nadel den ersten durchschlagenden Erfolg hatte. Diesen Erfolg dankte Chodowiecki seinem Jean Calas. Durch einen französischen Kupferstich angeregt schuf Chodowiecki ein Ölbild, auf dem sich der unglückliche Hugenotte von Toulouse, das Opfer inquisitorischen Mönchsgeists, von den Seinen verabschiedet, um dem Rad zu verfallen. Chodowiecki vervielfältigte das Bild durch eine Radierung. Der Stoff war wie gemacht im Stil einer Greuzeschen Bürgerfamilientragödie gemalt zu werden. Chodowiecki traf diesen Stil, der jedes Ereignis auf die häuslichen Folgen bezieht und Diderot so wohl gefiel.

Mit seinem allerersten Radierversuch hatte Chodowiecki den richtigen Weg betreten: In dem Blatt von 1757 hatte er eine komische Figur aus der französischen Kolonie gegeben, den Stempelschneider Fonvielle, einen verrückten Kauz, der sich für einen Künstler hielt und sein Mißbehagen an sich selber am Würfeltisch im Wirtshaus zu verknobeln pflegte. Mit diesem Blatt hatte der spezifisch bürgerliche und sittengeschichtliche Realismus Chodowieckis, technisch noch ungeschickt, gleichwohl zielsicher, eine Tat vollbracht. Im Vollbesitz der technischen Ausdrucksmittel gab Chodowiecki 1770 die Illustrationen zur *Minna von Barnhelm*, mit denen er den genealogischen Kalender der Akademie der Wissenschaften schmückte. Mit dieser Serie beginnt die Unsterblichkeit des Meisters. Der Miniaturist hat das Format diktiert, die Technik ist ausgereift, der Geist der Blätter gemahnt an Callot. Denn dieser glänzende Franzose ist der einzige, der den Ruhm verdient Chodowieckis Lehrer zu heißen. Das Verhältnis ist nicht etwa vermutet sondern Tatsache. Früh bekam Chodowiecki Callotradierungen zu Gesicht, und als er starb, hinterließ er in einer Stichesammlung von 10 000 Blättern 250 Nummern des Meisters von Nancy.

Nun kamen die Aufträge immer massenhafter. Geßners *Idyllen* erschienen mit Chodowieckis Radierungen 1773. Basedow gewann Chodowiecki zur Illustration des pädagogischen Elementarwerks, das 1774 erschien. Seit 1778 arbeitete Chodowiecki für den *Göttinger Kalender*, den Lichtenberg von 1778 bis 1799 redigierte; hier hat Chodowiecki viele seiner köstlichsten Sachen veröffentlicht. Aber es wird unmöglich alle Arbeiten der Zeit der äußersten Fruchtbarkeit, der siebziger und achtziger Jahre, aufzuzählen. Chodowiecki arbeitete damals für anderthalb Dutzend Kalender und Almanache. Er illustrierte die Werke aller möglichen Dichter. Von den Deutschen dankten ihm außer den Genannten illustrative Hilfe Blumauer, Bürger, Campe, Claudius, Gellert, Gleim, Goethe: man denke an die Illustrationen zu *Hermann und Dorothea* und an die entzückende Szene aus dem *Werther*, in der Lotte den Kindern Brot verteilt; und weiter Hippel, Hölty, Iffland, Klopstock, Kotzebue, La-

vater, Nicolai, Pestalozzi, Schiller (für die *Räuber* und *Kabale und Liebe*) und endlich Voß, Weiße, Wieland; von den Franzosen illustrierte Chodowiecki Beaumarchais, Diderot, Lesage, Rousseau, Scarron und Voltaire; von den Engländern Goldsmith, Richardson, Shakespeare, Sterne; von den Spaniern Camoens und Cervantes. Dies Register macht keinen Anspruch auf Vollzähligkeit. Im ganzen umfaßt das graphische Werk 2075 Blätter, die von Chodowiecki nach eigener Erfindung radiert wurden; die Zahl der Handzeichnungen bleibt wenig dahinter zurück. Das ist eine ungeheure Arbeitsleistung. Sie war nur beim unerbittlichsten Fleiß möglich. Chodowiecki sagt einmal: »Ich habe stehend, gehend, reitend gezeichnet.« Das ist so wahr, daß ihm einmal der Gaul mittels des Zügels, den der Künstler zwischen den Zähnen hielt, einen Teil des Gebisses ausbrach. Das ist so wahr, daß Chodowiecki, als er auf seinem Falben gar umständlich 1773 nach der Heimat ritt, um die alte Mutter zu sehen, jede Etappe der Reise in einem kostbaren Skizzenbuch notierte. Das ist so wahr, daß er noch im höchsten Alter bis tief in die Nacht hinein zu schaffen pflegte und mitunter um 2 Uhr morgens vom Stuhl fiel, so wahr, daß er zuweilen, um keine Zeit zu verlieren, unter der Arbeit an einem Stück Roggenbrot kaute anstatt eine richtige Mahlzeit zu sich zu nehmen. Das alles wird noch verblüffender, wenn man bedenkt, daß Chodowiecki — wenigstens seit 1771 — selber druckte, daß er seine Sachen schließlich ohne Mittler vertrieb, daß er tausendmal als Berliner Cicerone in Anspruch genommen wurde und viel zu verbindlich war sich die vornehmen Belästiger zu verbitten, daß er Sonntags häufig als Diacre seiner Réfugiésgemeinde die Kollekte in der französischen Kirche besorgte und bei der Akademieorganisation von Heinitz mit Ämtern beladen wurde: erst wurde er Sekretär, dann Vizedirektor und endlich, 1797, Direktor. In einer noch immer erstaunlichen Arbeitskraft, die er in der letzten Zeit erfolglos auch plastischen Entwürfen zuwandte, ging Chodowiecki am 27. Februar 1801 dahin.

Chodowieckis ästhetisches Vermögen ist ein Stück seiner Menschlichkeit. In diesem Mann war ein gerüttelt Maß vom Altberliner Philistertum. Seine Lebensführung entbehrte der Genialität. Das Familienbild von 1772 ist ein Selbstporträt preußischer Untertanendisziplin, die in merkantilistisch tracierten geraden Straßen der Residenzstadt wohnte. Die französischen Graphiker der Zeit waren Windhunde, kecke Viveurs, unbedenkliche Betteroberer und Cochons. Eisen war dermaßen liederlich, daß Madame de Pompadour es notwendig fand den Liebling zu bemuttern. Wohl liegt in Chodowieckis Blumauerillustrationen Frau Venus mit offen blühenden Brüstchen im *lit conjugal;* aber das Rüschenhäubchen macht sie zu einer Berliner Hausmama, allenfalls zu einer Madame aus der französischen Kolonie, keinesfalls zu einer *Parisienne de Paris.* Travesticen sprechen die geheimsten Maße einer Seele aus. Wie Chodowiecki nie ein liederlicher Erotiker französischen Schlages war, so war er auch nie ein liederlicher Geschäftsmann. Der arme Wallone Eisen krepierte kläglich in einem Sumpf von Schulden. Chodowiecki starb als Hausbesitzer. Für jene Sammler, denen daran lag möglichst viele Plattenétats zu haben, stellte Chodowiecki in kluger Spekulation recht viele Plattenzustände her. Die sogenannten *Randeinfälle,* köstliche Notizen in den winzigsten Ausmaßen, zumeist mit der kalten Nadel eingeritzt, wurden nach wenigen Abzügen immer ausgeschliffen; weniger der Würde der fertigen Platte zuliebe als zur Züchtung von Monopolwerten; denn die Abzüge mit Randeinfällen bestimm-

ten den Liebhaberpreis nach ihrer Seltenheit. Auf der andern Seite zeigte dieser amüsante kleine Bourgeois eine herzliche Nächstenfürsorge; er gab jährlich 300 Taler an die Armen und bestimmte mitunter den Erlös eines Blatts für Verunglückte, so den Erlös des Blatts auf den bei Rettungsarbeiten ertrunkenen Herzog Leopold von Braunschweig, das über 4000 Taler brachte. Chodowiecki führte ein Leben von kleinen und reinlichen Proportionen. So ist seine Kunst. Sowie der Meister versucht über seinen Kreis hinauszugehen, wird er unbrauchbar. Das gilt in doppeltem Sinn. Illustriert er Hamlet, so macht er uns nur zu bewußt, daß er selber keiner ist; da verstecken auch die Miniaturenmaße nicht die seelische Begrenztheit. Andrerseits sind selbst Blätter aus Chodowieckis Gesichtskreis dann schwach, wenn sie die Dimensionen der graphischen Miniatur verlassen. In den Basedowillustrationen, selbst den reizenden Kinderszenen, zeigt sich, daß Chodowiecki die Verhältnisse, sowie er sie aus der Miniatur herausführt, nur in einem äußern Sinn erweitert; die Dinge werden nicht sachlich größer, die Transposition bewirkt nur, daß die Maschen der Schraffierung weiter und damit öder werden. Chodowiecki ist von Wesen — in jedem Sinn — Miniaturist.

Dohme hat die Genialität auch dieses Miniaturisten angezweifelt; er will nur den hochqualifizierten Virtuosen gelten lassen. Es ist richtig, daß die technische Genialität Chodowieckis zuweilen in Frage stehen kann; da sind, namentlich in frühen Perioden, ziemlich ausdruckslose technische Konventionen wie die Kreuzlagenschraffierung und für das Nackte ein Pointillierverfahren. Aber einmal ist es doch vielleicht mehr als bloßes Artistentum, wenn einer — sei es auch nach dem Vorbild Callots — die technischen Mittel der Radierung zu einer Miniaturensprache von höchster Kultur macht. Und dann hat Chodowiecki doch auch technische Selbständigkeit besessen. Er hat mit zunehmender Reife immer mehr im Sinn jenes Prinzips gehandelt, das Liebermann einmal mit den frappanten Worten *Zeichnen ist Weglassen* formulierte. Weglassen war mindestens damals eine originale Leistung. Und außerdem hat Chodowiecki zuweilen eine Art zu profilieren, die nur Ergebnis einer restlos und persönlich durchempfundenen Technik sein kann. Man besehe einmal die köstlichen Dienstbotentypen, die Chodowiecki auf Lichtenbergs Rat radierte, oder seine Berliner Kavaliere und Prediger. Man darf natürlich nicht gerade an Goya denken. An diesem 20 Jahre jüngern Zeitgenossen gemessen ist Chodowiecki nur klein. Mit der unheimlichen Wucht, mit der dieser kolossale Spanier fast traditionslos in sein Zeitalter hineinsprang, fahren nur wenige Kometen durch die Geschichte der bildenden Kunst. Und doch: War in Chodowiecki, in dem so viel von Richter und Schwind stak, nicht auch etwas von Goya, der sie alle drei über den Haufen wirft wie jenes Edelfräulein das Riesenspielzeug? In der Serie von den natürlichen und den affektierten Handlungen gibt es Bewegungsmotive von einer Gespitztheit, von einer elementaren Präzision, daß man sich vor dem radierenden Berliner Weißbierbürger fürchten könnte. In der preußischen Nüchternheit des bürgerlichen Salons quirlt eine dämonische Groteske wie jener affektierte Tänzer, an dem Lichtenberg das »Prisgennehmende« der Fingerhaltung bewunderte.

Da verschlägt es schließlich wenig, daß Chodowiecki mit bravem Spießerhumor in dummen Blättern die *ohnebehosete* Freiheit der *aufrührischen Narren* in Paris verulkte. Er hat am Ende doch mit den eigenen Nerven an die heimlichsten Zuckungen der Menschenseele gefühlt. Und noch einmal: Er hat mit

Konsequenz das bürgerliche Berlin entdeckt und damit in der Geschichte der Volksdarstellung eine Leistung vollbracht, für die ihm nicht allein Berlin, sondern auch der deutsche Süden dankbar bleiben wird, der vielleicht das Eigenartige des Phänomens Berlin, wie Chodowiecki es zeigte, noch deutlicher empfindet als die Stadt, die sich mit diesem Phänomen aus der unmittelbaren Nähe der historischen Identität auseinanderzusetzen hat.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

KARL NÖTZEL · ZUR ETHISCHEN BEGRÜNDUNG DES SOZIALISMUS

GEHEN wir von der Tatsache aus, daß das Gewissen des modernen Menschen durch den Widerspruch zwischen seinen Forderungen und den Grundlagen des gegenwärtigen Gesellschaftslebens beunruhigt ist, so sehen wir leicht, daß es die sittlichen Mißstände unserer Zeit selber sind, die jeden, der sich nicht zum moralischen Selbstmord verurteilen will, zwingen selbständige Stellung zu ihnen zu nehmen. Das Gewissen stellt diese Fragen: Bin ich an den Leiden auch derer schuldig, mit denen ich nicht in Berührung komme? Bin ich an dem Verhalten der Menschen unter einander schuldig? Und was kann ich dabei tun? Worin besteht meine Verantwortung gegenüber der Gesamtheit?

Solche Gewissensfrage ist an sich nicht neu. Neu ist bloß, daß der moderne Mensch nicht umhin kann die Mitverantwortung für das Gesamtverhalten der Menschen zu einander auf sich zu nehmen. Bis zur Aufklärungszeit verantwortete die Gottheit alle die Übel, die jenseits der unmittelbaren Beziehungen von Mensch zu Mensch lagen. Nur innerhalb dieser galt die sittliche Norm, herrschte das Gewissen. Beide machten an der wirtschaftlichen Grundlage Halt, das heißt da, wo der Mensch auf den Menschen dadurch einwirkt, daß er sein materielles Dasein behauptet. Vorausgesetzt, daß der Gläubige sich den Vorschriften der Kirche fügt, übernimmt von hier an Gott die Verantwortung. Die Verantwortung Gottes für das Weltgeschehen, soweit Menschen dabei in Betracht kommen, bleibt aber nur so lange denkbar als man der Gottheit die Macht zuerkennt selbständig nach eigenem Ermessen ins Weltgeschehen einzugreifen, das heißt, solange Gott als Persönlichkeit verehrt wird. Nur der Glaube an einen persönlichen Gott konnte das Gewissen gegenüber der tatsächlichen Herrschaft von Dingen beruhigen, die man als Ungerechtigkeit und Gewalt in den Grundlagen der menschlichen Gesellschaft empfand. Ohne diese geteilte Verantwortung hätte vielleicht die Kulturarbeit des Mittelalters nicht geleistet werden können. Am Ausgang des Mittelalters hatte sich indes die freie Forschung erhoben. Vier Jahrhunderte brauchte sie, um durchgehende Gesetzmäßigkeit alles erkennbaren Weltgeschehens nachzuweisen. Damit war für ein persönliches Eingreifen Gottes auf Erden kein Platz mehr da. Ein neues moralisches Zeitalter brach heran: kein Priester stand mehr zwischen dem Menschen und seinem Gewissen. Ein neues Wirtschaftssystem zwang, ganz ebenso wie der alte Feudalismus, den Menschen für den Menschen zu arbeiten, nur mit dem einen Unterschied, daß hier auch gar kein Versuch unternommen ward die offenkundige Vergewaltigung durch irgend ein höheres Prinzip zu rechtfertigen. Während zudem in den Zeiten des Feudalismus das Bürgertum in seiner Zunfteinteilung außerhalb der empfundenen sozialen Ungerechtig-

keit stand, wurde die ganze moderne Menschheit mittelbar oder unmittelbar in das kapitalistische System hineingezogen. Die wirtschaftliche Unsicherheit des modernen Proletariers, die mit Unrecht als ein neues Moment gilt — der Hörige des Feudalismus, der Bauer vor der französischen Revolution war in diesem Punkt nicht besser daran als der moderne Arbeiter —, diese wirtschaftliche Unsicherheit aller nicht selbständigen Wirtschaftsexistenzen unter dem neuen Produktionssystem erstreckte sich aber nicht nur auf eine viel größere Anzahl von Individuen, sie stand auch einem bei weiten geschärftern sozialen Mitempfinden in der Kulturmenschheit gegenüber, und das trotz aller Kirchenfeindschaft. Die französische Revolution erbrachte den historischen Beweis dafür, daß eine sittliche Willensrichtung, wenn sie wirklich in der Masse lebt, die Tendenz der sozialen Entwickelung in hohem Grad verstärken kann. Ein solches Erlebnis der Volksseele mußte aber nicht bloß ihr Selbstgefühl, ihr Kraftempfinden dauernd heben, es mußte ihr auch das Bewußtsein einer weitgehenden Verantwortung einflößen. Daß solches instinktive soziale Mitempfinden meist unausgesprochen bleibt, daß es sich schämt und sich, wenn es dennoch einmal eruptiv hervorbricht, hinter Selbstsuchtsphrasen verbirgt, liegt eben einerseits in dem Schwinden der Kirchenautorität, die den sittlichen Gedanken monopolisiert hatte, andrerseits in einer falschen Auffassung der Naturwissenschaft, deren Methode für irgend ein Gefühlsmoment nicht Raum zu gewähren scheint. Diese dogmatische Verneinung selbständigen Geisteslebens, der negative Doktrinarismus, ist mit schuld daran, daß sich die tatsächliche Zunahme sozialen Empfindens dem unbefangenen Blick verhüllt. Und doch hat gerade sie es mit bewirken helfen, daß der Kapitalismus jenen mächtigen Kollektivprotest des europäischen Gewissens hervorrief, den wir als sozialistische Bewegung bezeichnen, und der unser aller Gewissen im Bann hält.

Als Standesvorrechte und Zunftschranken fielen, erhielt jeder freie Bürger die Möglichkeit seine ebenso freien Mitbürger für sich arbeiten zu lassen. Das Volksgewissen fühlte das zwar bald heraus. Es hatte aber außerhalb der Kirche seine Sprache verloren. Ja, es fürchtete sich sich selber bei Namen zu nennen. Denn Gott, auf den es sich sonst berief, war ja abgeschafft. Wünschte man mithin Gewalt und Ungerechtigkeit aus dem grundsätzlichen Verhalten der Menschen unter einander verbannt, so konnte der Wille dazu bloß vom Menschen ausgehen. Außer ihm kennt man nichts Zwecksetzendes in der Natur. Im Menschen aber lebte, wenn auch immer wieder zusammen mit der *Gottheit von einer Aufklärung im Kinderkleid wegdekreditiert* und heimatlos geworden wie der persönliche Gott, das Gewissen, der sittliche Gedanke. Er brauchte eine Wohnstätte, eine Religion. Er fand sie im Sozialismus. Dieser verlangt: das arbeitslose Einkommen soll abgeschafft werden, die wirtschaftlichen Bedürfnisse aller sollen auf gesellschaftlicher Grundlage befriedigt werden. Sozialismus kann in der Tat als Religion begriffen werden, wenn man auf den Willen zurückgeht, der ihm allein zugrunde gelegt werden kann, den Willen, daß es allen Mitmenschen so gehen solle wie man es sich selber wünscht. Der selbe Willen bildet ja den Inhalt der sittlichen Norm, des typisch menschlichen Erlebens eines absoluten Sollens. Im Sozialismus erscheint dieser Wille, den wir in der Regel als den sittlichen Gedanken bezeichnen, auf die realen Verhältnisse menschlichen Zusammenlebens übertragen. Der Verantwortung des einzelnen für das Zusammenleben aller ist im Sozialis-

mus zum erstenmal klarer Ausdruck verliehen. Der sittliche Gedanke hat damit inhaltlich eine bedeutende Erweiterung erfahren.

An der Schwelle eines neuen Gewissenskults steht die Kulturmenschheit heute. Er verwirklicht sich im hellen Tageslicht mitten auf der Straße, auf dem Markt, im Leben, durch das Leben. Und die Eingangspforte zum modernen Gewissenskult heißt Sozialismus, Sozialismus zur sittlichen Forderung erhoben. Hier ist die einzige Möglichkeit zur Entfaltung der Persönlichkeit, der einzige Ausgleich zwischen ihr und der Gesellschaft. Die Abhängigkeit des Menschen vom Menschen, auf der sich das heutige Gesellschaftsleben aufbaut, schließt das freie Aufsichselberfußen aus. Alles hält sich da an Tausenden von Interessenklammern aneinander. Wer sie löcken will, scheitert gleich beim ersten Versuch. Der Sozialismus verneint vollbewußt den wirtschaftlichen Individualismus für irgendwen, damit für einen jeden geistig-sittlicher Individualismus möglich werde. Der Mensch ist ja nicht bloß wirtschaftendes Wesen, er steht in jedem Moment seines Daseins der Welt denkend, fühlend und wollend gegenüber. Wirtschaftlicher Individualismus kann darum durchaus nicht Selbstzweck sein. Was ihn ethisch berechtigt erscheinen ließe, wäre doch immer bloß die geistig-sittliche Initiative, die er ermöglicht. Er ermöglicht sie aber bloß im Kleinen und hemmt sie im Großen. Das begreift man mehr und mehr. Im Sozialismus ist ein grundsätzlicher Ausgleich zwischen Individuum und Staat gefunden, zwischen Gesamtinteresse und Selbstbestimmung, zwischen den geistigen und den leiblichen Bedürfnissen des Menschen.

Wer das soziale Gewissen wirklich erlebt hat, der wird den Sozialismus als sittliche Forderung anerkennen; nicht als Selbstzweck, bloß als eine der Voraussetzungen zur geistig-sittlichen Entfaltung der Persönlichkeit, als Ausgleich zwischen den psychischen und den physischen Bedürfnissen des Menschen. Dieser persönlich erlebte Sozialismus führt den historisch offenbarten zurück auf seinen sittlichen Grundwillen und ergänzt ihn im Sinn des letztern, indem er ihn auf alle Lebensäußerungen überträgt und ihm durch Besinnung auf die heutige Erkenntnis vom Wesen des Menschen Inhalt gibt. Der persönliche Sozialismus betont die Verantwortung jedes einzelnen für das ganze Menschentum dessen, der für ihn arbeitet; er erkennt an, daß ein jeder für sich arbeiten lassen muß, daß mithin die soziale Schuld alle Gesellschaftsmitglieder trifft. Der Imperativ des sozialen Gewissens lautet darum: Du sollst dir bewußt bleiben, daß du die Verantwortung für jede deiner Lebensäußerungen gegenüber der Gesamtheit trägst. In der freiwilligen Anerkennung persönlicher Verantwortung für jede Lebensäußerung gegenüber der Gesamtheit liegt ein das sittliche Selbstbewußtsein des Individuums dauernd erhöhendes Moment. Der historisch offenbarten wirtschaftlichen Forderung des Sozialismus kommt ethisch dabei die große Bedeutung zu den Gewissenhaften darüber zu beruhigen, daß er sich nicht im aussichtslosen Kampf um ein Hirngespinst seines Wohlwollens abmüht, daß sein Willen, wenn auch vielfach unbewußt und selten völlig durchdacht, doch eine zunehmende Menschenschar beseelt. Und damit ist ein gewisser Ausgleich zwischen Idee und Wirklichkeit wenigstens in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Ethisch genommen, ist Sozialismus das Mittel, Ziel die sittliche Persönlichkeit jedes einzelnen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Rudolf Wissell

Arbeitsmarkt Die beiden letzten Monate haben eine recht merkliche Besserung des Arbeitsmarkts gebracht. Die aus den Berichten der Krankenkassen an das *Reichsarbeitsblatt* über den Stand der versicherungspflichtigen Mitglieder konstruierte Beschäftigungskurve zeigt auch für den September eine aufsteigende Linie. Setzt man bei den berichtenden Krankenkassen die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder am 1. Januar 1910 gleich 100, so wird die Aufwärtsbewegung durch die folgende Zahlenreihe ausgedrückt, wobei die einzelnen Ziffern jeweils den Stand am 1. des Monats ergeben: 100, 100, 101, 104, 104, 105, 106, 108, 108, 109. Die Aufwärtsbewegung ist zwar ein wenig schwächer als 1909, wo vom Mai ab eine ganz außerordentliche Steigerung eingetreten war, doch hält sie sich auf der Höhe des Standes von 1907 und 1906. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise hat der September gegen den gleichen Monat des Vorjahrs eine Zunahme der Arbeitsgesuche um rund 14 000, der angebotenen offenen Stellen um rund 38 000 und der besetzten Stellen um rund 25 000 gebracht. Die Zahl der Arbeitsgesuche pro 100 offene Stellen ist im September geringer gewesen als in allen anderen Monaten dieses Jahres. Auch für den Oktober ist die Tendenz des Arbeitsmarkts die gleich günstige geblieben. Im Bekleidungsgewerbe hat die Herbstsaison wesentlich zur Belebung beigetragen. Im übrigen macht sich die Rüstung zum Weihnachtsfest auch schon im Beschäftigungsstand geltend. Der Oktober hat auch eine sehr günstige Witterung gebracht, die den im Freien tätigen Berufen, namentlich dem Baugewerbe, sehr zu statten kam. Mit Sorge blickt man jedoch auf die Gestaltung des Geldmarkts, der von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den Arbeitsmarkt ist.

× ×

Geldmarkt Die Reichsbank hat am 26. September ihren Diskontsatz auf 5 % erhöht, die Bank von England am 29. September den ihrigen auf 4 % und am 20. Oktober auf 5 %; die belgische Nationalbank hat am 1. Oktober gleichfalls eine Erhöhung vorgenommen, und am 22. ist auch die österreichisch-ungarische Bank mit einer Erhöhung von 5 % gefolgt. Also überall eine Erhöhung. Der Stand der Reichsbank hatte sich in der letzten Septemberwoche um zirka 660 Millionen verschlechtert; ihr Barbestand verringerte sich um 129, ihr Wechselbestand erhöhte sich um 515 Millionen, Dementsprechend stieg die Notenausgabe, so daß die Reichsbank am 30. September mit 608 Millionen in die Steuerpflicht geraten war. Die herbstliche Inanspruchnahme des Geldmarkts findet ihre Erklärung zum wesentlichen Teil in der Finanzierung der eben beendeten Ernte und der zum Herbst beginnenden geschäftlichen Neubelebung. Diesmal sind es aber noch andere Momente gewesen, die bei der erheblichen Inanspruchnahme des Geldmarkts mitgewirkt haben. Die Börsenspekulation hat in den letzten Monaten einen so beträchtlichen Umfang angenommen, daß sich der Reichsbankpräsident in der Sitzung des Reichsbankdirektoriums am 24. September zu der namentlich an die Banken gerichteten Mahnung veranlaßt sah einer übermächtigen Kreditgewährung und weiterer Unterstützung der Börsenspekulation entgegenzutreten. Nun haben zwar die letzten Wochen wieder erhebliche Rückflüsse zur Bank gebracht, doch ist sie bisher noch nicht aus der Steuerpflicht herausgekommen. Es steht auch kaum zu erwarten, daß dies noch in diesem Jahr möglich sein wird. Damit ist aber auch eine Ermäßigung des Diskontsatzes in weite Ferne gerückt. Das kann auch für die Arbeiter nicht gleichgültig sein, weil bei teurem Geld die Beschäftigung der Arbeiter erschwert wird. Ohne Kredit kann unsere Industrie nicht auskommen, und da noch vielfach über die Preise geklagt wird, wirkt eine Verteuerung des Geldes auch verteuernd auf die Produktion. Die starke Steigerung des Diskontsatzes um 2 % innerhalb eines Monats bei der Bank von England zeigt die außerordentliche Inanspruchnahme auch dieses Instituts. Es hat von den Barrengoldsendungen in der letzten Zeit nur wenig an sich bringen können, hat vielmehr ganz erhebliche Goldsendungen nach Ägypten machen müssen.

× ×

Fleischteuerung Die Fleischteuerung hat im Lauf der beiden letzten Monate eine zunehmende Verschärfung erfahren und bewirkt eine leb-

hafte Erörterung ihrer Ursachen und der Mittel zur Abhilfe in der Presse, in der Arbeiterschaft, den Stadtverwaltungen und den Handelskammern. Der Berliner Magistrat hat auf Wunsch der Stadtverordnetenversammlung an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der er diesen ersucht alle Maßregeln zur Beseitigung des Notstands zu ergreifen. In der Eingabe wurde darauf hingewiesen, daß die Ursachen der Teuerung auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik des Reichs lägen, die bewirkt hätte, daß sich für Deutschland bei Berücksichtigung aller Fleischsorten höhere Fleischpreise ergeben als in allen Nachbarländern. In ähnlicher Richtung bewegten sich auch die Erörterungen über diese Frage in der Sitzung der Berliner Handelskammer am 23. September. Während sich die österreichische Regierung bemühte durch allerlei Verwaltungsmaßnahmen der auch dort verbreiteten Teuerung entgegenzuwirken (siehe diese Rundschau, in diesem Band, pag. 1279 ff.), unternimmt die deutsche Regierung nichts dergleichen. Die Mitteilung, daß die österreichische Regierung auch ein Ausfuhrverbot für Schlachtvieh erlassen hätte, ist übrigens nicht zutreffend gewesen. Der Handelsminister Weiskirchner hat ein solches Verbot, für das er öffentlich eingetreten ist, nicht durchsetzen können.

× ×

Geschäftsabschlüsse

Seit Mitte September sind die Geschäftsabschlüsse einer langen Reihe industrieller Werke veröffentlicht worden. Fast durchgehend geben sie Zeugnis von der Hebung der wirtschaftlichen Lage, und nur vereinzelt wird das Ergebnis als nicht zufriedenstellend bezeichnet. Vielfach stößt man auf Klagen über die Syndikatsbildung, die die volle Ausnutzung der Produktionsmöglichkeit verhindert habe, nicht zugleich aber den Wettbewerb der Außenseiter, der sich sehr fühlbar mache. Eine baldige Änderung des Syndikatsvertrags sei geboten. »Der neue Vertrag hätte gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle Mitglieder vorzusehen, wie auch die Bindung der noch außen stehenden Zechen erfolgen müßte«, so heißt es zum Beispiel in dem Bericht der *Harpener Bergbaugesellschaft*.

Die ungeheure Bedeutung der gewerkschaftlichen Betätigung ist auch aus diesen Berichten zu ersehen. Es werden nicht nur die Arbeiterverhältnisse des eigenen Werkes häufig erwähnt sondern darüber hinaus auch die Wirkung der großen Arbeiterbewegungen auf das Wirtschaftsleben. In der Generalversammlung des Hasper Eisenwerks sagte der Vorsitzende, Kommerzienrat Klöckner, daß der allgemeine Markt durch die Arbeiteraussperrungen noch immer beunruhigt werde. Es sei sehr viel Arbeit vorhanden, und man könne die Hoffnung hegen, daß man, wenn die Ausstände beseitigt seien, ein sehr lebhaftes Geschäft bekommen werde. In der Übersicht des Stahlwerksverbands über das 3. Vierteljahr 1910 wird konstatiert, daß nach Beilegung der Arbeiterkrise im Baugewerbe im Inland die Nachfrage lebhafter wurde. Auf ähnliche Wendungen stößt man vielfach.

Aus zweien der Geschäftsberichte, dem der *A. E. G.* und des *Phönix* seien einige allgemein interessierende Zahlen wiedergegeben. Bei einem Aktienkapital von 100 Millionen Mark hat die *A. E. G.* im Geschäftsjahr vom 1. Juli 1909 bis zum 30. Juni 1910 nach Abzug der Unkosten, Steuern, Obligationszinsen und Abschreibungen 18 925 225 Mark (im Vorjahr 16 384 571 Mark) Gewinn erzielt, und zwar ausschließlich aus dem Fabrikations- und Warenverkaufsgeschäft. Das soll eine Dividende von 14 % ergeben. In den ersten 2 Monaten des neuen Geschäftsjahrs (Juli und August 1910) belief sich der Umsatz, einschließlich der vorliegenden Aufträge, auf 247 Millionen Mark, gegen 214 Millionen Mark im Vorjahr. Der erhöhte Gewinn wird auf die Belebung des Wirtschaftslebens im verflossenen Jahr zurückgeführt, zugleich aber auch über die Belastung der Betriebsmaterialien für elektrische Beleuchtung durch die Leuchtmittelsteuer geklagt, die sich sehr fühlbar machte. Erwähnenswert ist der große Kupferverbrauch, der allein im Kabelwerk von 19 500 auf zirka 23 000 Tonnen stieg. Der wesentlich bessere Geschäftsgang zeigt sich auch in der Steigerung der Arbeiterzahl, die sich am 1. Juli in sämtlichen Betrieben der *A. E. G.* auf 41 663 gegen 33 056 im Vorjahr stellte. Bei dem gleichen Aktienkapital (100 Millionen) hat der *Phönix* in Hörde einen Reingewinn von 22 797 311 Mark (gegen 14 741 001 im Vorjahr) erzielt. Die gewaltige Steigerung um fast 60 % stellt die Ergebnisse anderer ähnlicher Gesellschaften, die bekannt wurden, weit in den Schatten; sie ergab sich bei einem nur um zirka 11,5 Millionen größern Verkaufswert der gelieferten Produkte. Dieser belief sich auf 136 647 889 Mark gegen 125 254 496 Mark 1908-1909. Das Resultat wäre noch günstiger gewesen, wenn nicht, wie der Geschäftsbericht

hervorhebt, der noch immer teure Geldstand, der Bauarbeiterausstand und die Rückschläge der amerikanischen Eisenindustrie den Handel zu weitgehender Zurückhaltung veranlaßt hätten. Der *Phönix* zahlt 15 % Dividende.

× ×

Montanindustrie In einer Beilage zu Nummer 99 der vom Reichsamt des Innern herausgegebenen *Nachrichten für Handel und Industrie* werden die Gesamtergebnisse der Produktionserhebungen in der Montanindustrie für das Jahr 1908 veröffentlicht. Bis jetzt liegen sie vor über 1. die Steinkohlenbergbaubetriebe, 2. die Kokereien, 3. die Steinpreßkohlen- (Brikett-) fabriken, 4. die Braunkohlenbergbaubetriebe, 5. die Braunkohlen-, Schiefer- und Torfschwelereien, 6. die Braunpreßkohlen- (Brikett-) und Naßpreßsteinfabriken. Das wesentlichste dieser Erhebungen ergibt die folgende, aus den mitgeteilten Tabellen zusammengestellte Übersicht (in der die oben aufgeführten Betriebsgruppen der Reihe nach mit römischen Ziffern bezeichnet werden):

Betriebsgruppe	Zahl der Betriebe, die in Förderung waren	Zahl der gegen Unfall versicherten Personen	Betrag der Löhne und Gehälter dieser Personen 1000 Mark	Jahresförderung respektive Jahreserzeugung	
				Menge Tonnen	Wert 1000 Mark
I	302	562034	829996	Steinkohlen 146093645	1577174
II	171	24535	35574	Koks 22722917	388187
				Teer 632378	12761
				Ammoniak 60816	55120
				Benzole 59494	8439
III	72	2955	3524	Briketts und Steinpreßkohlen 5103019	72569
IV	481	54753	67751	Braunkohlen 64749461	150830
V	32	1146	1356	Koks 390026	4210
				Teer 72520	3560
				Nebenprodukte 1500	306
VI	247	15994	17304	Braunpreßkohlen 13025286	127948
				Naßpreßkohlen 561540	4859

Der Gesamtwert der Jahresförderung respektive Jahreserzeugung stellt sich also auf 2 405 963 000 Mark.

× ×

Kurze Chronik Der frühere langjährige Reichsbankpräsident Dr. Richard Koch ist am 15. Oktober gestorben. × In den 9 Monaten Januar bis September dieses Jahres betrug die Einfuhr an Gold und Goldmünzen 122 256, die Ausfuhr 58 978 Kilogramm. Es bleibt also ein Einfuhrüberschuß von 63 278 Kilo. × Die Baumwollernte der Vereinigten Staaten wird in dem am 31. August abgeschlossenen Erntejahr 1909-1910 auf 10 609 668 Ballen gegen 13 825 457 im Vorjahr angegeben. × Nach einem Bericht des ungarischen Ackerbauministers wird sich das wahrscheinliche Erträgnis der Getreidewelternte im Vergleich zum Vorjahr wie folgt stellen: Weizen 991,36 (Unterschied gegen das Vorjahr + 22,29) Millionen, Roggen 467,19 (— 11,21), Gerste 355,25 (— 16,43), Hafer 628,28 (— 59,40), Mais 1070,45 (+ 98,74). × Der Stahlwerksverband hat den Verkauf in Halbzeug für das 1. Quartal 1911 zu unveränderten Preisen festgesetzt. Ebenso hat auch die Stabeisenkonvention von einer Erhöhung der Stabeisenpreise Abstand genommen. × Der vor kurzem gebildeten Roheisenverkaufsvereinigung ist es gelungen die Mitgliedschaft derart zu erweitern, daß nur noch ein geringer Bruchteil der Roheisenproduktion außerhalb der Vereinigung steht. × Die *Hamburg-Amerika-Linie* hat mit der Dampfschiffahrtsgesellschaft *Hansa* eine Interessengemeinschaft dahin geschlossen, daß sich die *Hansa* vom 1. Januar 1911 ab an der Frachtdampferlinie der *Hamburg-Amerika-Linie* zwischen Europa und Ostasien beteiligt, während diese eine Beteiligung an dem Frachtdampferdienst der *Hansa* zwischen Europa und Indien erhält. Die Leitung der gemeinsamen Geschäfte für den Verkehr mit Indien untersteht der *Hansa*, die der anderen der *Hamburg-Amerika-Linie*. Ein Zeichen des immer größern Strebens nach Zusammenschluß.

× ×

Literatur In dem Buch *Beruf, gesellschaftliche Gliederung und Betrieb im Deutschen Reich* /Leipzig, Teubner/ behandelt Professor van der Borght die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung von 1907, und er schließt seinen Ausführungen eine Reihe statistischer Tafeln über die we-

sentlichsten Zahlenergebnisse an. Auch weitere Kreise interessierend ist die Schilderung der Verbreitung und Durchführung der Zählung. Das reichsstatistische Amt hatte für Gebiete mit zusammen 2,67 Millionen Einwohnern die ganze Vorbereitungsarbeit übernommen, während ihm im übrigen die von den Einzelstaaten vorgearbeiteten Zahlentafeln zur weitern Behandlung zugingen. Die Kosten der Zählung hatten 1882 1 972 500 Mark, 1895 3 610 000 Mark betragen, für die Zählung von 1907 sind 6 218 238,61 Mark zur Verfügung gestellt worden. Diese Zahlen werden verständlich, wenn man hört, daß 13,46 Millionen Haushaltungslisten, 5,77 Millionen Land- und Forstwirtschaftskarten, 597 000 Gewerbebogen und 2,93 Millionen Gewerbeformulare ausgefüllt wurden. × Von Edgar Jaffés Buch *Das englische Bankwesen* ist kürzlich eine 2. Auflage erschienen /Leipzig, Duncker & Humblot/. Unter den Werken, die sich mit der Darstellung des englischen Kreditwesens befassen, steht es sicher mit an erster Stelle. Den so trockenen und spröden Stoff hat der Verfasser, gestützt auf eingehende Studien, in einer so interessanten Weise behandelt, daß das Lesen dieses Buches auch für den Laien auf dem Gebiet des Bankwesens eine Freude sein wird. So sehr Jaffé die Organisation des englischen Kreditwesesens, besonders was das Depositenbankwesen anlangt, für glänzend und in vieler Hinsicht auch noch heute vorbildlich hält, so sehr hebt er auch ihre Mängel hervor. Als deren wesentlichste nennt er deren Fundierung auf die ungenügende, in der Bank von England aufgestapelte Barreserve und die starre Begrenzung auf das althergebrachte Wirkungsfeld. Wenn man im einzelnen auch Bedenken gegen die Ausführungen Jaffés hat, so legt man das Buch doch mit großer Befriedigung aus der Hand. Es bietet sehr viel. × Das alte und immer wieder behandelte Thema, wie Waren statt Menschen zu exportieren seien, behandelt A. G. Raunig (*Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie* /Wien, Konegen/) mit Rücksicht auf österreichische Verhältnisse. Die Richtung der wirtschaftlichen Expansion sei für Österreich gegeben. Alle Wegweiser zeigten nach dem Südosten. Mit den Balkanländern politische Freundschaft zu halten und in ein möglichst inniges wirtschaftliches Verhältnis zu treten sei eine einfache Staatsnotwendigkeit.

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

Lohnbewegungen 1909 Nach der von der Generalkommission im *Korrespondenzblatt* veröffentlichten Statistik fanden 1909 insgesamt 6796 Lohnbewegungen statt, woran 480 205 Personen beteiligt waren. Die Zahl der Bewegungen ist gegen 1908 um 959 = 16,4 % gestiegen; die Zahl der Beteiligten hat sich um 96 112 = 16,7 % verringert. Die Bewegungen des Jahres 1909 erstreckten sich auf 9650 Orte, und 33 275 Betriebe mit 732 153 Beschäftigten wurden von ihnen betroffen. Ohne Arbeitseinstellung verliefen die Bewegungen in 4507 Fällen = 66,3 %; an diesen waren 348 961 Personen = 72,7 % beteiligt. Die Zahl der Bewegungen mit Arbeitseinstellung (Streiks und Aussperrungen) betrug — wenn solche Kämpfe, die zugleich mehrere Berufe umfaßten, nicht doppelt gezählt werden — 2045 mit 131 244 beteiligten Personen. Von den 2045 Arbeitseinstellungen waren 832 = 40,7 % Angriffsstreiks, 1007 = 49,2 % Abwehrstreiks und 206 = 10,1 % Aussperrungen. An den 832 Angriffsstreiks waren 54 030 Arbeiter beteiligt. Es endeten 454 mit 27 359 Beteiligten erfolgreich; teilweise erfolgreich waren 173 mit 14 547 und erfolglos 173 mit 9185 Beteiligten. Ein Vergleich der Verhältniszahlen ergibt, daß die Angriffsstreiks des Jahres 1909 einen günstigern Ausgang hatten als 1908. Die Streikkosten beliefen sich für die 43 beteiligten Verbände auf 2 293 817 Mark. Die Zahl der Abwehrstreiks ist gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen, und zwar von 1117 auf 1007. Dagegen ist die Zahl der Beteiligten von 36 120 auf 42 720 gestiegen. Der Prozentsatz der erfolgreichen Abwehrstreiks hat sich gegen das Jahr 1908 von 47,0 auf 58,9 erhöht und steht damit auch über dem Durchschnitt der letzten 10 Berichtsjahre. Der Prozentsatz der an dem Erfolg beteiligten Arbeiter ist dagegen von 44,8 auf 43,4 zurückgegangen und steht unter dem Durchschnitt der letzten 10 Berichtsjahre. Dieses ungünstige Ergebnis ist durch die große Anzahl der Personen herbeigeführt, die an dem erfolglosen Bergarbeiterstreik im Mansfelder Revier teilgenommen hatte. Die Abwehrstreiks verursachten den 40 beteiligten Verbänden eine Ausgabe von 1 749 444 Mark. Die Zahl der Aussperrungen ist von 257 im Jahr 1908 auf 206 zurückgegangen, die sich auf 34 494 Personen erstreckten, während 1908 an den Aussperrungen 60 576 Personen beteiligt

waren. Von den Aussperrungen endeten für die Arbeiter erfolgreich 85 = 41,3 % mit 10 999 Beteiligten = 31,9 %; teilweise erfolgreich 32 = 15,5 % mit 11 502 Beteiligten = 33,3 % und erfolglos 69 = 33,5 % mit 9360 Beteiligten = 27 %. 7 Aussperrungen waren am Jahresschluß noch nicht beendet, und von 13 blieb der Ausgang unbekannt; an diesen 20 Aussperrungen nahmen 2633 Personen teil. Beim Vergleich der Verhältniszahlen ergibt sich, daß der Ausgang der Aussperrungen für die Arbeiter im Jahr 1909 günstiger war als im Vorjahr. Der Prozentsatz der erfolgreich beendeten Aussperrungen überragt das Ergebnis der letzten 10 Berichtsjahre. Die Durchführung der Aussperrungen verursachte eine Ausgabe von 1 793 939 Mark, das sind 30,2 % der für die Kämpfe insgesamt geleisteten Ausgaben.

Von den gesamten Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung waren erfolgreich 4442 mit 267 177 Personen, teilweise erfolgreich 1100 mit 125 030 und erfolglos 952 mit 62 699 Personen. Die Gesamtausgabe betrug 6 047 605 Mark. An den Bewegungen waren 50 Verbände beteiligt. Keine Bewegungen hatten die Verbände der Buchdrucker, Friseure, Gastwirtsgehilfen, Notenstecher, Schirmmacher und Zivilberufsmusiker. Mehr als 50 Kämpfe hatten folgende Verbände durchzuführen: Maurer 433, Holzarbeiter 280, Bauhilfsarbeiter 224, Metallarbeiter 208, Zimmerer 134, Fabrikarbeiter 97 und Transportarbeiter 71. Das sind 1447 Kämpfe = 70,8 % der Gesamtzahl. Mehr als 5000 Arbeiter hatten im Kampf zu stehen bei folgenden Verbänden: Maurer 24 827, Holzarbeiter 18 221, Bauhilfsarbeiter 15 161, Metallarbeiter 13 927, Bergarbeiter 9410, Fabrikarbeiter 7072, Zimmerer 6930, Schneider 5801 und Textilarbeiter 5485. Von diesen 9 Verbänden waren zusammen 106 834 Personen = 81,4 % der Gesamtzahl an den Kämpfen beteiligt. Insgesamt wurde durch die Bewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung erreicht: eine Arbeitszeitverkürzung für 66 794 Personen in Höhe von 215 813 Stunden pro Woche und Lohnerhöhungen für 234 400 Personen im Gesamtbetrag von 445 545 Mark pro Woche. Die Arbeitszeitverkürzung betrug im Durchschnitt für jeden Beteiligten 3¼ Stunden, die Lohnerhöhung 1,83 Mark pro Woche. Außerdem wurden noch für 136 203 Personen sonstige Verbesserungen erzielt. Als weiteres Ergebnis der Bewegungen wurden insgesamt 1913 korporative Arbeitsverträge (Tarifverträge) für 159 628 Personen abgeschlossen. Das alles zusammengenommen ist nach der kaum überwundenen Krise jedenfalls als ein gutes Resultat zu bezeichnen.

× ×

Werftarbeiter Der Kampf auf den Seeschiffswerften ist nach 2-monatigem Ringen durch Verhandlungen zwischen dem *Gesamtverband deutscher Metallindustrieller* und den beteiligten Gewerkschaften nunmehr erfolgreich zu Ende geführt. Wenn auch die Forderungen der Arbeiter nicht in vollem Maß erfüllt worden sind, so haben die Unternehmer doch wichtige Zugeständnisse gemacht. Die vom *Gesamtverband deutscher Metallindustrieller* für den 8. Oktober angedrohte Aussperrung von zirka 400 000 Metallarbeitern ist infolge des Friedensschlusses unterblieben. Der Haupterfolg liegt in der Anerkennung der beteiligten Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter, die bisher von dieser Unternehmergruppe noch immer abgelehnt worden war. Die Metallindustriellen haben unterhandelt, haben Vereinbarungen für ihre Gruppe *Seeschiffswerften* mit den Arbeiterorganisationen getroffen, für deren Durchführung und Innehaltung sie mitverantwortlich sind. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist durch den Kampf errungen worden.

× ×

Kongresse und Verbandstage Der Fabrikarbeiterverband hielt seinen 10. Verbandstag vom 7. bis zum 13. August in Halle ab. Nach mehreren Schwankungen stieg die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1909 auf 141 024. Die Zahl der Angriffs- und Abwehrstreiks sowie der Aussperrungen betrug in den Jahren 1908 und 1909 227, woran 12 976 Mitglieder beteiligt waren. Von diesen Kämpfen endeten 76 erfolgreich, 60 teilweise mit Erfolg und 91 erfolglos. Die Kosten beliefen sich auf 651 294 Mark. Der Verband hatte Ende 1909 ein Vermögen von 1 472 777 Mark. Von den Ausgaben, die während der Berichtsperiode 4 439 019 Mark betrugen, entfallen allein auf die Erwerbslosenunterstützung 1 961 255 Mark. Für die von der *Generalkommission* ausgeschriebenen Sammlungen für größere Kämpfe sollen vom Vorstand Extramarken herausgegeben werden. Ferner wur-

de zu Agitationszwecken die Einrichtung einer Abteilung für Statistik und Materialbeschaffung sowie die Herausgabe einer Informationsschrift für die Verbandsfunktionäre beschlossen.

Der 11. Verbandstag der Schneider und Wäschearbeiter fand vom 15. bis zum 20. August in Hamburg statt. Der Geschäfts- und Kassenbericht erstreckte sich auf die Zeit vom 1. Juli 1908 bis zum 30. Juni 1910. Der Verband zählte am Schluß des 2. Quartals 1910 33 678 männliche und 7746 weibliche Mitglieder; die Zunahme betrug während der Berichtsperiode 2249 männliche und 758 weibliche, zusammen 3007 Mitglieder. Die Gesamteinnahme des Verbands betrug, einschließlich eines Kassenbestandes von 168 061,31 Mark, 1 473 768, die Gesamtausgabe 1 048 755 Mark. Demnach war ein Kassenbestand von 425 031,13 Mark vorhanden, was eine Erhöhung des Vermögens der Hauptkasse um 256 969,82 Mark bedeutet. Von den Ausgaben der Hauptkasse entfallen auf die Krankenunterstützung 173 726, auf Reiseunterstützung 48 541 Mark; für Streiks und Lohnbewegungen wurden 252 251 Mark ausgegeben. Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge betrug am 30. Juni 354; die Verträge umfaßten 8919 Betriebe mit 81 917 beschäftigten Personen. Außer der Regelung der Gehälter und sonstigen Vertragsbestimmungen für die Angestellten des Verbands wurde zu einer Revision des Tarifvertrags mit den Arbeitgebern, zur Reichsversicherungsordnung, zum Heimarbeiterschutz und zur Lehrlingsfrage in der Schneiderei, Konfektion und Wäscheindustrie Stellung genommen.

Die Generalversammlung des Lithographenverbands tagte vom 22. bis zum 27. August ebenfalls in Hamburg. Der Verband ist 1890 mit 2350 Mitgliedern gegründet worden, deren Zahl seitdem auf 17 500 gestiegen ist. Der Kassenbestand betrug in der Hauptkasse rund 567 000, in den Mitgliedschaften 38 000 Mark. Die Ausgaben beliefen sich auf 1 059 000 Mark. Der Verband hat eine Lehrlingsabteilung eingerichtet, die am 1. Januar 3306 Mitglieder besaß. Was die Taktik bei Lohnbewegungen anlangt, so sprach sich die Generalversammlung für Tarifgemeinschaften aus. An der Debatte über das Verhältnis zu den anderen graphischen Verbänden beteiligten sich auch die als Gäste anwesenden Vertreter der Buchbinder, Buchdrucker und Buchdruckereihilfsarbeiter, und es wurde beschlossen gemeinsame Beratungen zu pflegen, um bestimmte Normen für Lohnbewegungen aufzustellen.

Die Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter hielten mit Rücksicht auf die im nächsten Jahr vorzunehmende Tarifrevision ihren erst 1911 fälligen Verbandstag schon in diesem Jahr, vom 12. bis zum 16. September in Bremen, ab. Die Mitgliederzahl war 1908 etwas zurückgegangen, betrug aber am 1. April schon wieder 15 739, darunter 9040 weibliche. Die Gesamteinnahme bezifferte sich auf 426 390,27 Mark, der eine Gesamtausgabe von 410 920,14 Mark gegenübersteht. Unter den Ausgaben nehmen die Arbeitslosenunterstützung mit 95 400 und die Krankenunterstützung mit 55 236 Mark die ersten Stellen ein. Die Streikunterstützung betrug 23 636 Mark; für Gemaßregelte wurden 3107 und für Wöchnerinnenunterstützung 6070 Mark ausgegeben. Über die Lehren der Tarifabschlüsse und die Taktik bei der Tarifbewegung und den Lohnbewegungen wurde in geschlossener Sitzung beraten. Eine weitere Resolution beauftragt den Hauptvorstand Mittel und Wege zu suchen die chemigraphischen Hilfsarbeiter zu organisieren, damit bei der nächsten Tarifrevision Verbesserungen am Tarif dieser Arbeiter vorgenommen werden können.

× ×

Internationale Konferenzen

Anläßlich des internationalen Sozialistenkongresses fanden in Kopenhagen mehrere internationale Gewerkschaftskonferenzen statt. Die Bäcker nahmen zur Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung und Arbeitsvermittelung Stellung. Die Bauarbeiter verpflichteten die angeschlossenen Verbände über wichtige Vorkommnisse, insbesondere über Streiks und Aussperrungen, soweit sie allgemeines Interesse beanspruchen, dem Sekretär jederzeit zu berichten, der in geeigneter Weise diese Berichte zur Kenntnis der Organisation zu bringen hat. Die Brauereiarbeiter beschäftigten sich mit der Übernahme reisender Mitglieder, der gegenseitigen Unterstützung bei Lohnkämpfen und der internationalen Berichterstattung. Die Fabrikarbeiter berieten darüber, wie die internationale Verbindung zu festigen sei. Diese Beratung führte zu einem festen Regulativ für das Sekretariat. Bei den Gemeindearbeitern bildete das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter öffentlicher Betriebe den wichtigsten Punkt der Verhandlungen. Es wurde beschlossen zum Zweck der Unterstützung

von Lohnbewegungen statistische Unterlagen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse seitens des Sekretariats zu schaffen und diese in den Mitteilungen des Sekretariats den angeschlossenen Organisationen zur Kenntnis zu bringen. Die Holzarbeiter beschäftigten sich außer mit der Veranstaltung von statistischen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch mit der Frage der Agitation und Organisation in den Grenzgebieten benachbarter Länder und der Übernahme der reisenden Mitglieder. Die Handlungsgehilfen, Schuhmacher und Tabakarbeiter erörterten ähnliche Fragen. Im übrigen nahmen alle die hier genannten internationalen Kongresse und Konferenzen gegen die separatistischen Bestrebungen der Tschechen Stellung, die zu einer Zersplitterung der Gewerkschaften in Österreich führen.

Der internationale Transportarbeiterkongreß tagte vom 23. bis zum 26. August, und in Verbindung mit ihm fand eine Spezialkonferenz der Seeleute statt, die über engere Berufsfragen zu beraten hatte. Vertreten waren 30 nationale Berufsorganisationen mit 429 410 Mitgliedern durch 62 Delegierte. Die Verhandlungen über die Aktionen der Unternehmerverbände sowie über die Organisationsform ergaben die einmütige Auffassung der überwiegenden Majorität der Kongreßteilnehmer, daß alles zur Stärkung der Organisation auf zentralistischer Grundlage in den einzelnen Ländern getan werden müßte. Die Forderungen der Seeleute an die internationale Sozialgesetzgebung wurden in einem einheitlichen Programm festgelegt.

× ×

Kurze Chronik In die sozialpolitische Abteilung der *Generalkommission*, die am 1. April eingerichtet ist, wird Genosse Max Schippel am 1. Januar 1911 als besoldeter Beamter der Gewerkschaften eintreten. × Zirka 3- bis 400 Cafékellner stehen in Hamburg seit Anfang Oktober im Streik, weil die Cafetiers sich weigern die Kellner von dem unentgeltlichen Nachweis des Cafékellnervereins zu beziehen. Obwohl die Kellner keinen Lohn bekommen, sollen sie gezwungen werden die Gebühren für die Stellenvermittler zu bezahlen. × Der Vorstand des Fleischerverbandes beruft zum 21. November eine internationale Fleischergesellenkonferenz nach Berlin ein, die sich mit der Arbeiterschutzgesetzgebung und den Berufsverhältnissen der im Fleischergewerbe Beschäftigten sowie mit der Schaffung eines internationalen Gegenseitigkeitsvertrags der beruflichen Arbeiterorganisationen beschäftigen soll. × Der Lederarbeiterverband hat im Lauf eines Jahres um 2262 Mitglieder zugenommen, deren Zahl jetzt 13 307 beträgt. × Der Metallarbeiterverband hatte am Ende des Jahres 1909 390 Tarife für 10 752 Betriebe mit 95 137 Arbeitern abgeschlossen. × Der Mühlenarbeiterverband ist nach 21jährigem Bestehen am 1. Oktober mit 5000 Mitgliedern und 75 000 Mark Kassenbestand zum Brauereiarbeiterverband übergetreten. × Genosse Albert Röske, zuletzt Redakteur des *Bauhilfsarbeiters*, ist am 28. September in Hamburg im Alter von 54 Jahren an den Folgen einer Leberoperation gestorben. Der Verstorbene war von 1890 bis 1894 Expedient und von da ab bis Ende 1904 Redakteur der *Holzarbeiterzeitung*. Röske war der Vorgänger des verstorbenen Genossen Deinhardt und mit diesem zusammen in der Redaktion der *Holzarbeiterzeitung* bis zur Übersiedelung nach Stuttgart tätig. Er wurde dann Gauleiter, später Parteisekretär in Hamburg und trat am 1. Juni 1907 in die Redaktion des *Bauhilfsarbeiters* ein. Von 1896 bis zum 1. Januar 1903 war Röske auch im Nebenamt Kassierer der *Generalkommission*.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Franz Staudinger

Weltanschauung Die hier in der Rubrik *Sozialwissenschaften* (in diesem Band, pag. 1459) bereits erwähnte Schrift Henriette Roland Holsts *Josef Dietzgens Philosophie, gemeinverständlich erläutert in ihrer Bedeutung für das Proletariat* /München, *Verlag der Dietzgenschen Philosophie*/ will nicht die Stellung der Dietzgenschen Lehre zu früheren Systemen, insbesondere Spinoza, feststellen sondern »das Verhältnis Dietzgens zum historischen Materialismus und dessen Grundlagen untersuchen« und »die Bedeutung seiner Lehren für den politischen, sozialen und geistigen Kampf des Proletariats skizzieren«. Zunächst stellt sie die Grundbegriffe der Dietzgenschen Philosophie, das Wesen des Geistes, das Wesen der Welt, und das Wesen des Geistes erhellt durch das Wesen der Welt, also den *dialektischen Materialismus* Dietzgens dar, der meines Erachtens nach strenger Terminologie den Namen *Materialismus*

gerade so wenig verdient wie die materialistische Geschichtsauffassung. Sodann gibt sie Dietzgens Stellung zur Religion, Philosophie und Moral in gewandter Darstellung und sachlich zutreffender Weise wieder. Im folgenden Abschnitt macht sie darauf aufmerksam, daß die gesellschaftlichen Gegensätze auf dem Boden gesellschaftlicher Zusammenhänge wurzeln, und daß nicht die eine Seite der andern zuliebe weggezaubert werden darf. Mit einem Hinweis auf die Kunst schließt das Buch. Die Philosophie Dietzgens' gibt im wesentlichen ein auf empirischer Erkenntnis geschautes Weltbild, wobei das *dialektische* Zusammenwirken und Zusammenfunktionieren von Geistigem und Materiellem im Vordergrund steht. Das allerdings, was der Kantianer unter *Erkenntniskritik* versteht, ist nicht darin enthalten. Die Frage nämlich, welche Denkfunktionen die an sich zerstreuten Sinneseindrücke erst zum Weltbild machen, wird nicht angeschnitten. Wohl aber wird der im Ergebnis wesentlich übereinstimmen können, der nicht vermöge der zweifellosen psychologischen Tatsache, daß wir denken, auch den gedachten Gemenschlichen Handels betrachtet. Auch wer auf der bloßen Erscheinungswelt beharren wollte, könnte auf Dietzgens Weltbild treffen. Und so wird es auch mit der Moral sein, wenn man sie nicht metaphysisch nimmt sondern als Logik des menschlichen Handelns betrachtet. Auch da kann man nach verschiedener Hinsicht weiter analysieren als Dietzgen tut. Der Kantische Satz, daß die allgemeine Zweckmäßigkeit das Kriterium ist, bleibt dabei als Gesetz bestehen, wenn es auch Dietzgen praktisch mit Recht als stets relativ bezeichnet. So bleibt auch das Fallgesetz richtig, ob es auch nirgends einen streng freien Fall gibt. Unter Dietzgens Gedanken werden ja freilich einige Punkte, wie der, daß die Sinnlichkeit schon das objektive Weltbild gibt, oder die Lehre vom *Allgemeinen und Besondern*, der Modifikation bedürfen. Im Ergebnis aber hält Dietzgens Weltbild im wesentlichen die Probe aus und ist mancher Ergänzungen fähig, ohne zusammenzubrechen. Darum scheint mir aber auch der Streit gegenstandslos, ob Dietzgen mehr oder weniger selbständig oder von Marx und Engels abhängig ist, und wie viel er selbst zugetan hat. Man nehme das Gute, wo man es findet, und bilde es weiter!

Ganz andersartig ist das Buch Leo G. Seras *Auf den Spuren des Lebens* /Berlin, Oesterheld/. Zweifellos ist es oft geistreich. Und wer wollte die geistreiche Plauderei schelten, die uns selbst Dinge, die wir kennen, in dem bengalischen Licht ungewöhnlicher und packender Gesichtspunkte vor Augen führt? Doch lassen wir Tatsachen reden. Wenn der Verfasser sich als Vertreter des aristokratischen Prinzips der Auserlesenen kennzeichnet, über das »milchtriefende« nebelhafte Reich der Gleichheit und des ewigen Friedens spottet, wenn er behauptet, daß die Masse ihre Schwerfälligkeit in die Wissenschaft trage und sie vertiere, wenn er das Plebejische als untersten menschlichen Typus darstellt, der durch Vererbungseinflüsse oder Unterernährung kümmerlich und schwach bleibt, gleich danach aber eben diese Schwachen und auf der untersten Stufe Stehenden wegen ihrer Hingabe und Aufopferung als dem aristokratischen Typus angenähert bezeichnet und später sogar sagt, die moderne proletarische Bewegung sei das Anzeichen, daß sich immer größere Schichten dem aristokratischen Zustand annähern, so möchte ich solches weniger für geistreich als für verworren halten. Aus der Not eine Tugend machend behauptet der Autor selbst: »Wer denkt, hält sich nie an eine bestimmte Methode; in einer höhern Sphäre fließen alle die einzelnen Methoden zusammen.«

Gerade im Gegensatz hierzu meint Oscar Ewald in seinem Buch *Gründe und Abgründe, Präludien zu einer Philosophie des Lebens* /Berlin, Ernst Hofmann/, daß »Ordnung und Einheit, wo sie sich auf natürlichem Weg ergibt, das Denken bloß zu fördern vermag, wogegen das Prunken mit Willkür und Formlosigkeit lediglich ein Deckmantel logischer Schwäche und Inkonsequenz zu sein pflegt, dessen sich sterile Geister heute mit Vorliebe bedienen«. Aber ob er dem selbst gerecht wird, ist die Frage. Nun will er freilich selbst keine »streng wissenschaftliche Schrift« liefern sondern einzelne Betrachtungen; aber sie finden nach seiner Ansicht ihre Einheit in dem »ethisch-psychologischen« Streben, daß »der Mensch mit sich selber und ebendamit mit dem Weltall eins werden will«. Er will nur einen Gesichtspunkt unter vielen möglichen verfolgen. Ein interessanter Gedanke ist es jedenfalls die beiden Begriffe *Macht* und *Wert* in ihrer Gegensätzlichkeit und ihrer Beziehung zu einander zu untersuchen. Ewald nennt den einen den »Abgrund der Abgründe«, den andern den »Grund der Gründe«. Wenn der Wert an nichts mehr hängt als an der Menschenseele, dann ist ihm das die

»Einsamkeit des Schauenden«, und dann kann auch die »Einsamkeit des Schaffenden«, kommen, die eine neue Welt im Busen aufbaut. Aber der Verfasser bedenkt nicht, daß die Lügengeister solches dem Faust zuriefen, damit der Teufel ihn in die Klauen bekäme. Und er bekommt jeden, auch den Besten, der wie der Verfasser in der Mystifizierung des Unbegreiflichen das Heil sucht. Die Vermittelung durch metaphysische Glaubensmystik, die den nun einmal vorhandenen Gegensatz zwischen Universum und Individuum ausgleichen soll, hat keinen Boden. Manche schöne Einzelbemerkung steht in dem Buch, aber im ganzen kann ich nicht mitgehen, und ich bin auch der Meinung, vom Standpunkt des Verfassers wäre es besser gewesen es noch ein wenig ausreifen zu lassen.

× ×

KurzeChronik Der Vater des Pragmatismus, der Professor William James, von der *Harvard University*, ist am 27. August in New York gestorben. × Eine Art orphischer Prosa gibt die *Erkenntnis der bunten Einfalt* (*Animatus*) /Berlin, Oesterheld/.

Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Relativitätsprinzip Die *Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte*, die älteste und angesehenste wissenschaftliche Wanderversammlung in Deutschland, legt großen Wert darauf neben der eigentlich wissenschaftlichen Arbeit in den zahlreichen Sektionen des Kongresses auch einige allgemeine Versammlungen abzuhalten, in denen die hauptsächlichsten Fragen, die die Naturwissenschaften beschäftigen, einem größern Publikum dargelegt werden, das die Entwickelung der Naturwissenschaften mit Interesse verfolgt. In dieser Richtung war der bedeutendste Vortrag der diesjährigen Tagung, die vom 17. bis zum 24. September in Königsberg stattfand, der des Berliner Physikers Max Planck *Die Stellung der neuern Physik zur mechanischen Naturanschauung*. Die Mechanik ist derjenige Teil der modernen Physik wie der modernen Naturwissenschaft überhaupt, der sich zuerst entwickelt hat. Mechanische Vorgänge sind uns daher am vertrautesten und anschaulichsten. Daraus erklärt es sich, daß bei dem Streben nach einem einheitlichen Weltbild der Gedanke auftauchte dieses Weltbild mechanisch zu fassen. In der mechanischen Naturanschauung werden alle physikalischen Vorgänge als mechanische angenommen, als Bewegungen kleinster Massenteilchen. Diese Annahme hat der Physik Jahrhunderte hindurch die unschätzbarsten Dienste geleistet und sich in glänzender Weise bei allem weiteren Forschen als Arbeitshypothese bewährt. Es ist begreiflich, daß vielfach versucht wurde ihr über den engern Kreis der Physik hinaus zur Anerkennung zu verhelfen, und so bildete sich eine vollständige mechanische Weltanschauung aus, die überhaupt alle Vorgänge als mechanische aufzufassen sucht, die die mechanische Begreifbarkeit irgend eines natürlichen Vorgangs als die selbstverständliche Voraussetzung seiner Begreifbarkeit überhaupt fordert. Ich will auf diese, nicht mehr in das Gebiet der reinen Physik gehörende Frage nicht näher eingehen: In der Physik jedenfalls galt ganz allgemein die Anschauung, daß ein Vorgang erst dann erklärt sei, wenn es gelungen sei ihn mechanisch aufzufassen, ihn an einem mechanischen Modell zu erläutern. Tatsächlich gelang es große Gebiete der Physik der Mechanik anzugliedern. Die gesamte Tonlehre wurde mechanisch gefaßt, die physikalische Akustik ist nichts anderes als die Lehre von den Luftwellen, also die Mechanik der periodischen Bewegungen der Luftteilchen. Die Lehre vom Licht erschien in gleicher Weise als die Lehre der Ätherwellen, wobei der Äther ähnlich vorgestellt wurde wie die Luft, nur in billionen- und trillionenmal feinerer Verdünnung; man glaubte sogar die Masse des Äthers berechnen zu können (siehe diese Rundschau, 1910, 1. Band, pag. 200 ff.). Glänzend bewährte sich die mechanische Auffassung in der mechanischen Wärmelehre und der kinetischen Gastheorie. Auch die strahlende Wärme konnte dem mechanischen Schema eingegliedert werden, auch sie beruht auf der Wellenbewegung des Äthers, und Wärmewellen sind von den Lichtwellen nur durch größere Wellenlänge respektive kleinere Schwingungszahl der vibrierenden Teilchen unterschieden. Das einzige Gebiet, auf dem es lange Zeit nicht gelang zu einer klaren mechanischen Auffassung zu gelangen, bildete das der Elektrodynamik. Doch hoffte man um so mehr auch zu einer mechanischen Theorie der Elektrizität kommen zu können, als sich die nahe Verwandtschaft der elektrischen Wellen mit den Lichtwellen herausstellte, und der Äther als der substantielle Träger der elektrischen Wellen

ebenso gut aufgefaßt werden mußte wie als der Träger der Licht- und Wärmewellen.

Aber gerade der Lichtäther ist es, der der mechanischen Auffassung ganz außerordentliche Schwierigkeiten entgegensetzt. Solange man den Äther in ähnlicher Weise auffassen konnte wie ein den ganzen Raum erfüllendes und alle Stoffe durchdringendes überaus feines Gas, konnte man sich Ätherwellen in mechanischer Weise ähnlich den Luftwellen vorstellen. Als aber die Erscheinungen der Polarisation des Lichtes zu Anfang des vorigen Jahrhunderts zu der Annahme nötigten, die Schwingungen im Äther gingen nicht wie die in der Luft in der Strahlrichtung sondern quer zur Strahlrichtung vor sich, wurde diese Auffassung doch außerordentlich schwierig. Man sah sich genötigt, um diese Transversalschwingungen als möglich aufzufassen, dem Äther Eigenschaften eines festen Körpers beizulegen. Über diese Schwierigkeit wie über manche andere, die sich bei der strengen Durchführung der Theorie ergab, sah man aber hinweg.

Es gesellte sich die Frage hinzu, ob der Äther vollkommen ruht oder von den bewegten Körpern ganz oder teilweise mitgeführt wird. Sowohl die Theorie des absolut ruhenden wie die des zum Teil mitgeführten Äthers führten zu unlöslichen Widersprüchen mit der Erfahrung. Und daher kam man überhaupt zu einer andern Fragestellung, die etwa so formuliert werden kann: Welche Konsequenzen ergeben sich für die Physik, wenn die Bemühungen an dem Lichtäther irgend welche stofflichen Eigenschaften zu entdecken überhaupt keinen physikalischen Sinn hätten, wenn also das Licht, ohne überhaupt an einem materiellen Träger zu haften, sich durch den Raum fortpflanzt? Die Antwort darauf gibt das sogenannte *Relativitätsprinzip*, das besagt, daß es in keiner Weise möglich sein kann eine Bewegung eines Körpers relativ zum leeren Raum nachzuweisen, ja, daß es gar keinen physikalischen Sinn hat überhaupt von einer solchen Bewegung zu sprechen. Bei der Durchführung dieses Prinzips fällt der Äther als substantieller Träger der Lichtwellen wie der elektromagnetischen Wellen vollständig fort, weil ja eine bestimmte Geschwindigkeit eines wägbaren Körpers, auf ihn bezogen, ausgeschlossen ist. Mit dem Lichtäther fällt dann auch die Möglichkeit die elektrodynamischen Vorgänge als mechanische zu begreifen, das heißt sie auf Bewegungen materieller Teilchen zurückzuführen. An die Stelle des sogenannten *freien Äthers* tritt das reine oder absolute Vakuum, in dem sich die elektromagnetische Energie ebenso selbständig fortpflanzt wie die wägbaren Atome.

Das Relativitätsprinzip führt nun weiter zu einer merkwürdigen und sehr radikalen Neuerung in der Auffassung des Zeitbegriffs. Denken wir uns zwei im leeren Raum befindliche Beobachter, die sich relativ gegen einander mit gleichförmiger Geschwindigkeit bewegen, und nehmen wir an, daß in dem Augenblick, wo sie sich treffen, von ihnen ein gemeinsames optisches Signal, ein Lichtblitz, abgegeben wird, so wird dieses Licht vom Ort seiner Entstehung sich nach allen Seiten in einer Kugelwelle ausbreiten. Bleibt der eine Beobachter im Zentrum der Kugel, so entfernt sich der andere daraus, und das Licht muß daher, vom zweiten Beobachter aus geurteilt, in seiner eigenen Bewegungsrichtung langsamer fortschreiten als in der entgegengesetzten Richtung: Die Geschwindigkeit wird in der einen Richtung die Lichtgeschwindigkeit c, vermindert, in der andern vermehrt um die Geschwindigkeit v des Beobachters sein müssen. Da nach dem Relativitätsprinzip eine solche Verschiedenheit nicht möglich ist, bleibt nur übrig, daß der Beobachter den Zeitpunkt, in dem das Licht in der Richtung seiner eigenen Bewegung die Entfernung $c - v$ von ihm erreicht hat, nicht mit dem Zeitpunkt identifiziert, in dem es in der entgegengesetzten Richtung die Entfernung $c + v$ erreicht, sondern daß er jenen Zeitpunkt als einen spätern ansieht. Das heißt mit anderen Worten: Der zweite Beobachter benutzt eine andere Zeitrechnung als der erste; eine Zeitangabe erhält erst dann einen physikalischen Sinn, wenn der Geschwindigkeitszustand des Beobachters, für den sie gelten soll, in Rücksicht gezogen wird.

Planck nennt in dem anfangs erwähnten Vortrag diese Konsequenz von der Relativität des Zeitbegriffs eine »geradezu revolutionäre« Auffassung, »aber vielleicht doch nicht unannehmbarer als vor 500 Jahren die Behauptung geklungen haben mag, daß die Richtung, die wir die vertikale nennen, keine absolut konstante ist sondern binnen 24 Stunden im Raume einen Kegel beschreibt«.

Die neue Auffassung des Zeitbegriffs stellt an die Abstraktionsfähigkeit und an die Einbildungskraft des Physikers nicht

geringe Anforderungen. Aber mit Recht betont Planck: »Der Maßstab für die Beurteilung einer neuen physikalischen Hypothese liegt nicht in ihrer Anschaulichkeit sondern in ihrer Leistungsfähigkeit«, und diese müsse auch das Experiment erweisen. »Wie nun auch die Entscheidung fallen möge«, resumiert Planck, »ob wir wirklich an der Schwelle einer ganz neuen Naturanschauung stehen, oder ob auch dieser Vorstoß nicht aus dem Dunkel herauszuführen vermag: Klarheit muß unter allen Umständen geschaffen werden, dafür ist kein Preis zu hoch. Denn auch eine Enttäuschung, wenn sie nur gründlich und endgültig ist, bedeutet einen Schritt vorwärts.«

× ×

Magnetische Karten

In den Lehrbüchern für Physik findet man bei der Besprechung der erdmagnetischen Erscheinungen gewöhnlich auch eine Erdkarte, in die 2 Systeme von Linien eingezeichnet sind, die den magnetischen Zustand der Erde veranschaulichen sollen; diese Isogonen und Isoklinen verbinden die Orte gleicher magnetischer Deklination, das heißt die Abweichung der Magnetnadel von der geographischen Nordsüdrichtung, und gleicher magnetischer Inklination, das heißt die Abweichung einer frei beweglich aufgehängten Magnetnadel von der Horizontalen. Daß die Abweichung der Magnetnadel von der genauen Nordsüdrichtung nicht überall die selbe ist, beobachtete zuerst Christoph Columbus auf seiner ersten Reise nach Westindien; die damals östliche Deklination in Europa nahm nach Westen zu allmählich ab, wurde bei den Azoren 0 und ging jenseits der Azoren in eine westliche über, die bei der Annäherung an die neue Welt wieder zunahm. Aber erst im 17. Jahrhundert begann man die Beträge der magnetischen Deklination in Seekarten einzutragen. Man hoffte aus der örtlichen Verschiedenheit der Deklination auf die geographische Länge einen Schluß ziehen zu können. Die erste Isogonenkarte veröffentlichte Halley 1701, sie bezog sich auf den Atlantischen Ozean; schon im folgenden Jahr ließ er ihr eine auf alle Meere der Erde ausgedehnte Karte folgen. 1719 und 1720 stellte Whiston eine Isoklinenkarte für Südengland auf, im Jahr 1768 erschien die erste Isoklinenkarte der ganzen Erde von Wilcke. Neben der Deklination und Inklination, die die Richtung der magnetischen Kraft an einem Punkt der Erde zeigen, ist für den magnetischen Zustand an diesem Ort die Größe der magnetischen Kraft selbst von Bedeutung. Ein System von Linien, die die Orte gleich starker magnetischer Kraft verbinden, werden *Isodynamen* genannt. Der erste Entwurf isodynamischer Zonen wurde von Alexander von Humboldt 1803 aufgestellt, er wurde in den Jahren 1819 bis 1833 von Hansteen zu wirklichen Isodynamenkarten ausgebaut. Alle diese Karten gingen aus der Zusammenfassung vereinzelter Messungen hervor. Mit dem Jahr 1835 setzten die systematischen Landesaufnahmen ein, deren erste von 1835 bis 1838 in England durchgeführt wurde. Den Vermessungen in Europa reihten sich solche auf den Meeren und vor allem auch in den arktischen und antarktischen Regionen an. In ihrem allgemeinen Verlauf lassen sich die Isogonen mit den Meridianen vergleichen, und die Isoklinen mit den Breitenkreisen, wenn auch im einzelnen starke Abweichungen vorhanden sind. Die Linien zeigen aber auf allen älteren Karten, etwa bis 1890, einen glatten regelmäßigen Verlauf; nur auf wenigen treten Unregelmäßigkeiten hervor, die auf das Vorhandensein regionaler Störungen schließen lassen. Hellmann, der in den *Veröffentlichungen des königlich preußischen Meteorologischen Instituts* die sämtlichen magnetischen Karten einer eingehenden kritischen Würdigung unterzieht, führt dies auf die im allgemeinen zu geringe Zahl der Beobachtungspunkte zurück sowie auf das angewandte Ausgleichsverfahren, durch das die vorhandenen Unregelmäßigkeiten verwischt würden; auch entsprachen die schönen, glatten Kurven am meisten den Vorstellungen, die man sich nach der Gaußschen Theorie von dem notwendigen Verlauf der Linien machte. Die dritte Aufnahme von Großbritannien aus den Jahren 1884 bis 1888, die eine weit größere Zahl von Stationen umfaßte, ergab ein Bild, bei dem die Isogonen keineswegs den frühern idealen Verlauf zeigten; die magnetischen Störungen traten vielmehr so zahlreich auf, daß kaum eine einzige Linie glatt verläuft. Auch alle anderen Karten, die auf grund engmaschiger Aufnahmen bearbeitet sind, zeigen das selbe charakteristische Gepräge der Unregelmäßigkeit, und zwar nicht nur bei Ländern mit stark gegliedertem Terrain und mannigfaltig gestaltetem Aufbau, wie Großbritannien, Frankreich, Japan, sondern auch

bei Flachländern und geologisch einförmigen Gebieten, wie Holland und den Provinzen Ost- und Westpreußen. Ob bei einer dichten Vermessung solche Unregelmäßigkeiten auch auf den Ozeanen zutage treten werden, läßt sich bis jetzt noch nicht mit Sicherheit entscheiden. Die Störungen beruhen in der Regel auf geologischen Zuständen, und daher können uns die magnetischen Anomalieen wichtige Aufschlüsse über die Ausdehnung und Zusammensetzung sonst schwer oder gar nicht zugänglicher tiefen Schichten der Erdrinde geben. So hat man in Südrußland und Schweden durch magnetische Vermessungen erfolgreich die Ausdehnung von Eisenerzlagerstätten bestimmt, wobei die Beobachtung gemacht wurde, daß die magnetischen Anomalieen mit solchen der Schwerkraft parallel laufen. Die wahre Verteilung der erdmagnetischen Kraft kennen wir gegenwärtig noch sehr wenig. Genügend ist erst ein sehr kleiner Teil der Erdoberfläche erforscht, nämlich Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Südschweden, Teile von Deutschland, große Teile der Vereinigten Staaten von Amerika und Japan. Außerdem liegen, allerdings weniger genaue, Karten von Italien, Österreich-Ungarn, der Schweiz, von Teilen von Deutschland, von Dänemark, Teilen von Rußland, den Philippinen, Niederländisch Indien, Viktoria in Australien und Brasilien vor. Von allen anderen Ländern gibt es gar keine oder nur ganz unzulängliche magnetische Karten. Und auf den Meeren können wir die Verteilung der magnetischen Kraft auch noch nicht annähernd in einer der Wirklichkeit entsprechenden Form darstellen.

× ×

Kurze Chronik Die *Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte* hat in ihrer Geschäftssitzung am 22. September beschlossen dem Leiter der geplanten neuen deutschen Südpolarexpedition, dem bayerischen Oberleutnant Filchner, zu den Kosten einen Beitrag von 1000 Mark zur Verfügung zu stellen. Angesichts der Gesamtkosten des Unternehmens, die auf 1½ Millionen Mark veranschlagt sind, stellt diese Bewilligung nur eine moralische Unterstützung dar, die es Herrn Filchner erleichtern soll die notwendigen Mittel, die durch Private aufgebracht werden, zusammenzubekommen. × Der vor kurzem verstorbene Chemiker Hofrat Dr. Heinrich Caro in Mannheim, früherer Direktor des Aufsichtsrats der *Badischen Anilin- und Sodafabrik*, hat dem chemischen Institut der Universität Heidelberg, deren Ehrendoktor er war, ein Vermächtnis von 10 000 Mark hinterlassen, aus dessen Zinsertrag nach freiem Ermessen des jeweiligen Institutsvorstehers chemische Untersuchungen gefördert und ausgezeichnet werden sollen. × Am 17. Oktober dieses Jahres starb in Gotha Professor Kurd Laßwitz im 62. Lebensjahr. Der Name dieses liebenswürdigen naturwissenschaftlichen Schriftstellers ist in der gesamten Kulturwelt durch seinen im Jahre 1897 veröffentlichten Roman *Auf zwei Planeten* bekannt geworden, worin er das Traumbild der Verbindung unseres Weltkörpers mit dem benachbarten Mars als Wirklichkeit darstellt.

KUNST

Bühnenkunst / Hans Winand

Berliner Bühnen Wenn die Winterkampagne so verläuft, wie sie begann, wird wenig Freude für den Chronisten bleiben, der nur Taten, die den freundlichen Alltag überdauern, verzeichnen möchte. Die literarische Würdigung der Werke, die bei ihrer Aufführung durch die Bühne nur eine neue Form empfangen, liegt jenseits dieser Spalten; nicht was die Dichter boten: was die Darsteller schenkten und der Regisseur beitrug, soll hier Erwähnung finden. Und zieht man ab, was Verhaeren gab, als sein *Kloster* in der prächtigen Übertragung von Stefan Zweig auf die Bühne der *Kammerspiele* kam, so zerflattern die Erinnerungen, verschwimmen die Gestalten. Über die Bretter des *Lessingtheaters* zog des seligen Björnsons letzte wehmütigheitere Dichtung, sein Abschied von der Jugend, die bei dem Ewigjungen mit dem Abschied vom Leben zusammenfiel. Die Reichshauptstadt, sonst Zentrum und Gesetz deutschen Theaterlebens, hat lange warten müssen, bis die herbstliche Komödie *Wenn der junge Wein blüht* nach Berlin kam und die Hörer in eine seltsame Stimmung lichter Nachdenklichkeit bannte. Aber Neues hat auch diese Aufführung nicht zu erzählen. Wir wußten, daß Monnard ein ausgezeichneter Schauspieler ist, doch noch verdunkelt Bassermanns Schatten seine Gestalt im Ensemble des *Lessingtheaters*. Wir zittern in Trauer, wenn Else Lehmanns blanke Augen in Tränen sich verdüstern, und atmen freudig auf, wenn nach einem Reigen von blinder Härte und jähem Leid

die Hoffnung wieder ihren Blick erhellt, und das Glück in ihre Züge zurückkehrt. Wir freuen uns, wenn wir die tapfere, innige Weiblichkeit der Herterich in ruhigem stetem Wachstum wiederfinden, und sehen die Zeit kommen, da sie im *Lessingtheater* mehr sein wird als ein würdiges Mitglied des Ensembles. Doch was jenseits dieser Abende liegt, sei ohne Überhebung vergessen.

× ×

Wedekind Frank Wedekind, tragischer Till Eulenspiegel der neuen Dramatik, hat im *Kleinen Theater* als Darsteller einen Kommentar zu der kleinen groben Schrift geliefert, in der er gegen deutsche Schauspielkunst Sturm lief. In zwei Stücken, die man aus dem Druck schon kannte, trat er auf und wußte doch nicht mehr zu sagen, als daß er als Schauspieler einem Auditorium nichts zu sagen hat, das Josef Kainz betrauert. Es ist vielleicht unrecht große Schatten aufzurufen. Doch mit Bitternis denke ich noch an jenen Abend, da Wedekind, der Schauspieler, im *Deutschen Theater* zum erstenmal aus dem Rahmen der eigenen Dramatik heraustrat. Er spielte den Tartüff, als ob Molière in seinen Augen ein deutscher Schauspieler wäre. Damals konnte man nur schweigen und trauern. Aber ich sehe ihn auch noch als Marquis von Keith, wo er allein den Sinn und Widersinn seiner Dichtung ausstrahlte; sehe ihn noch in *Hidalla*, wo er aus einer zertrümmerten Dichtung, aus einem mißglückten Theaterstück die Tragödie eines Menschen machte, der den geheimnisvollsten Mächten: sich selbst, zum Opfer fiel. Wenn man den Eindruck später, in den Stunden wiederkehrender Nüchternheit, grübelnd zerlegte, drängt sich wohl die Empfindung auf: Hätte ich nicht gewußt, daß der selbe Mann auch selbst dies Stück geschrieben, ich hätte diesen Schauspieler nicht bewundert. Suggestion hin und her: In seinem eigenen Reich gewährt das Schicksal ihm, hin und wieder, Stunden der Herrschaft, und er hat uns schon Eindrücke geschenkt, die der Vergessenheit trotzen.

× ×

Wienerische Kunst Das Schicksal verschlug mich ins *Berliner Theater*, wo Wien triumphiert und am Aktschluß *Gott erhalte Franz den Kaiser* mit einer Inbrunst gesungen wird, die alle Teilnahme verdient. Selige Hansi Niese, möchte man beinahe sagen. Ein schmerzliches Phänomen. Lachten und weinten wir nicht alle, wenn — ein unwiederbringliches Jahrzehnt ist seitdem dahin — diese herzhafte Frau mit den blauen Augen zwinkerte oder in ihrer Stimme Tränen verschluckte? Lag es damals an uns, lag es an ihr? Vielleicht ist sie geblieben, was sie war, und unser Sinn allein hat sich gewandelt. Sie hat noch heute Augenblicke, da die Heiterkeit dich überwältigt; du sitzst auf deinem Sessel und spürst, wie im Lachen dein Rücken an die Lehne schlägt. Doch wenn der Anfall schwindet, wenn du wieder ruhiger wirst und das Taschentuch in die Tasche geschoben hast, dann überkommt dich die Scham. Ja, es steckt ein goldener Schatz von Kunst in dieser Frau, die längst der jungfräulichen Tournüre entwachsen ist. Goldene Heiterkeit: Und während man *goldene* ausspricht, spürt man, wie die Lippen sich ironisch kräuseln. Rosa Rosen — keine Knospen, nur breite, weit, zu weit geöffnete Blüten — inmitten eines langen Ackers, wo Unkraut üppig wuchert. Ein endloses Meer von Gefühl, nein: von *G'fühl*. Es bleibt ein Trost, daß die Menschen sich zumindest im Leben genieren in Gegenwart des allzeit dämpfenden Dritten so sentimental zu werden. Diese ganze Kunst, von der man spürt, daß sie zwar nie schlank, aber rein, gut, gesund und wohlproportioniert war, scheint von Sentimentalität verschüttet, und mühsam kämpft man an gegen eine geschmacklose Assoziation, die *G'fühl* und Transpiration verketten möchte. Indes, heute gibt diese Kunst noch Augenblicke der Erhebung, wenn sie auch nur hin und wieder aus einem Trümmerfeld von Effekten emporragen. Nicht der einzelne, die Gesamtheit der Zuschauer entscheidet; und diese Gesamtheit jubelt und lacht und weint und jauchzt.

× ×

Kainz † Doch alles das sind keine Ereignisse. Alles das verschwindet im Schatten der Tatsache: Kainz ist tot. An seinem Grab vereinen sich die Stimmen restlosen Bewunderns, und die Trauer dämpft alle letzten kritischen Vorbehalte vor diesem seltenen Phänomen zu pietätvollem Schweigen. Im Ohr klingt mir noch diese herrliche Stimme, die ihresgleichen nicht hatte. Diese Stimme, die bei Kainz wie zu einem Silberstift wurde, mit dem er die Konturen eines Dramas nachzeichnen konnte. Zwei Jahre, und ich sah ihn in Berlin, im *Prolog im Himmel*, leicht gekrümmt auf der grotesken Mondsichel kauern, die Herr Halm auf die Bühne seines *Neuen Schauspielhauses* gebaut hatte: Wenn er dann den Mund öffnete — man

sah es nicht im Halbdunkel, man fühlte es nur: jetzt gleich, jetzt beginnt Kainz zu sprechen —, dann ging es bei den ersten Worten wie ein elektrisches Zucken durch das Auditorium, und man schloß im ersten Augenblick wie berauscht die Augen. Wir werden es nie mehr hören. An anderer Stelle (siehe die Rubrik *Aus der Zeit,* in diesem Band, pag. 1469 ff.) sind hier ein paar Worte über den Geschiedenen gesagt worden, über den, für dessen Eigenart die letzten zwei Jahrzehnte nur eine Parallele boten: Coquelin, den Unsterblichen, der Kainz in den Lehmboden voraufging.

× ×

Kurze Chronik In Berlin hat sich eine neue Theatergesellschaft gebildet, die den Namen *Pan* angenommen hat und unter dem gleichen Titel eine Zeitschrift herausgibt. Welche Ziele verfolgt werden, geht aus dem von Paul Cassirer, Julius Meier-Graefe, Robert Walser, Frank Wedekind und anderen unterzeichneten Aufruf einstweilen noch nicht klar hervor. Es sollen Autoren aufgeführt werden, die bei dem modernen Theaterbetrieb im Repertoir kein Asyl finden, doch schaltet das Programm die Neuromantiker aus. Zunächst werden jedenfalls Stücke von Heinrich Mann gegeben, und dann plant man Aufführungen von Büchners *Woyzek* und *Leonce und Lena.* × Im *Deutschen Theater* hat man eine Kainzfeier veranstaltet, bei der Friedrich Kayßler die Gedächtnisrede hielt, Harry Walden einen von Hofmannsthal verfaßten Prolog sprach, und Gertrud Eysoldt Verse von Hölderlin vortrug. × Der Umbau des Berliner Opernhauses, der aus feuertechnischen Rücksichten notwendig geworden war, ist vollendet. Im Lauf des November werden die Vorstellungen der königlichen Oper wieder in dem alten Heim stattfinden. × Direktor Hans Gregor von der Berliner *Komischen Oper* geht als Direktor des Hofoperntheaters, an Stelle Weingartners, nach Wien. Für Berlin ist der Verlust umso größer als die königliche Oper unter dem neuen Hülsen immer tiefer in eine unsympathische, auf kalten Amerikanismus (ohne dessen Verve) gestimmte Unkunst versinkt.

KULTUR

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Betriebsverhältnisse Gegenüber der reichen Entfaltung, die die landwirtschaftliche Produktionslehre seit den epochemachenden Entdeckungen Liebigs erfahren hat, ist die landwirtschaftliche Betriebslehre erheblich zurückgeblieben. Soweit sie an den landwirtschaftlichen Mittel- und Hochschulen gepflegt wird, beruht sie zudem ganz überwiegend auf Erfahrungen im landwirtschaftlichen Großbetrieb; denn hier allein finden die wissenschaftlichen Vertreter der Betriebslehre ordnungsmäßige Buchführung und in deren Resultaten das Material für ihre Forschungen. Die Verhältnisse der unter ganz anderen Bedingungen wirtschaftenden Kleinbetriebe konnten dagegen, weil die Bauern an eine geordnete Buchführung infolge ihrer angestrengten körperlichen Tagesarbeit nicht zu gewöhnen waren, zum Gegenstand betriebswissenschaftlicher Untersuchung nur in Ausnahmefällen gemacht werden. Zwar haben vor einigen Jahrzehnten verschiedene Staaten Erhebungen über die Lage und die Rentabilität von Bauernwirtschaften verschiedener Betriebsgrößen in typischen Landgemeinden angestellt, aber sie waren nicht immer zuverlässig und sind jedenfalls jetzt ziemlich veraltet.

Viel besser als die heutigen Betriebsverhältnisse der deutschen kennen wir die der schweizerischen Bauernwirtschaften. In der Schweiz hat der Bauernsekretär Professor Dr. Laur die Einrichtung der bäuerlichen Buchführung einheitlich organisiert und eine wissenschaftliche Verarbeitung der Ergebnisse in seinen bereits in 5 Jahrgängen erschienenen *Berichten über die Rentabilität der schweizerischen Landwirtschaft* vorgenommen. Diese vorbildlichen Untersuchungen haben auch in Deutschland den Wunsch rege gemacht in den einzelnen Mittel- und Kleinstaaten und in jeder preußischen Provinz Institute zu schaffen, die ebenso energisch wie das schweizerische Bauernsekretariat den Gedanken der Buchführung unter den Bauern propagieren, sie durch Abhaltung von Unterrichtskursen und durch Beihilfe bei der Inventur und dem Jahresabschluß unterstützen und endlich die Ergebnisse nach einheitlicher Methode wissenschaftlich verarbeiten sollen. Auf seiner letzten Tagung hat nun auch der deutsche Landwirtschaftsrat über die Mittel und Wege zu diesem Ziel verhandelt und beschlossen »eine entsprechende Anzahl von Buchführungen aus dem ganzen Deutschen Reich an einer Zentralstelle im deutschen Landwirtschaftsrat zu vereinigen, um sie zu ver-

arbeiten und Unterlagen für die jetzt vernachlässigte Betriebslehre zu gewinnen«.

In den vor kurzem im *Archiv des deutschen Landwirtschaftsrats* veröffentlichten Verhandlungen über diesen Gegenstand finden sich interessante Urteile über die wirtschaftliche Bedeutung und Leistungsfähigkeit der deutschen bäuerlichen Landwirtschaft. Der Referent Professor Dr. von Strebel-Hohenheim faßt die Lehren der letzten deutschen Betriebsstatistik und Viehzählung in folgende Sätze zusammen:

»1. Rund ¾ (74,8 %) der landwirtschaftlich benutzten Fläche fällt auf die Betriebe von 5 bis 50 Hektar, also auf Bauernwirtschaften.

2. Die Betriebe unter 100 Hektar erzeugen über 3mal so viel Brotgetreide wie die Betriebe über 100 Hektar.

3. ⅓ des ganzen Viehbestands entfällt auf die Bauernwirtschaften von 5 bis 20 Hektar und 87 %, also mehr als ⅚, auf die Betriebe von 2 bis 100 Hektar. Die Betriebe von 2 bis 5 Hektar halten 83 Stück, die von 5 bis 20 Hektar 64 Stück Vieh auf 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche, diejenigen von 100 und mehr Hektar nur 25.

4. Bei der Schweinehaltung sind die Verhältnisse ähnlich, 71 Stück pro 100 Hektar in den Betrieben von 2 bis 5 Hektar, 43 in denjenigen von 5 bis 20 Hektar, bei den Betrieben über 100 Hektar nur 41 Stück.

5. Die Pferdehaltung zeigt die größte Ausdehnung in den Betrieben von 20 bis 100 Hektar, die Schafhaltung in den Großbetrieben von 100 und mehr Hektar. . . . Die Aufzucht der Tiere (Rinder, Schweine, Geflügel) ist eine Hauptaufgabe der Bauernwirtschaft, in der das eigene Interesse den Anstoß zu Fleiß, Sorgfalt und weitgehender Ausnutzung der Zeit gibt.«

Angesehene Praktiker aus dem Großgrundbesitzerstand bestätigten und ergänzten diese Angaben. So Freiherr von Cetto-Reichertshausen in seinem Bericht aus Bayern. Und der Führer der sächsischen Landwirte, Geheimer Ökonomierat Andrae-Braunsdorf, konstatierte, daß der noch manchmal ausgesprochene Satz, »daß die bäuerlichen Betriebe sich den Fortschritt der Produktionslehre nicht ganz zu eigen gemacht hätten, bei uns jedenfalls nicht mehr zutrifft«. Unter diesen Umständen wird man Professor von Strebel zustimmen, wenn er es als »die für mehr oder weniger alle deutschen Landstriche wirtschaftlich und sozial beste Besitzverteilung« hinstellte, »daß ein gesunder lebenskräftiger Bauernstand die größte Ausdehnung zeigen, der Zwergbetrieb, je geringer Boden und Klima sind, um so mehr zurücktreten und der Großbetrieb in nicht übermäßiger Ausdehnung vorhanden sein soll«. Der Korreferent Professor Dr. Waterstradt-Breslau bestätigte, daß diesem in Süd- und Westdeutschland zum Teil schon verwirklichten Ziel auch die Bodenbesitzbewegung in den Großgüterdistrikten zustrebt.

×

Bayern: Ausstellung

Der am 9. Oktober 1810 begründete, jetzt ungefähr 115 000 Mitglieder zählende und mit einem Jahresetat von rund 600 000 Mark wirtschaftende *Landwirtschaftliche Verein in Bayern*, der einerseits, ähnlich wie die landwirtschaftlichen Zentralvereine in den preußischen Provinzen, sich der Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik und der Verbreitung landwirtschaftlichen Wissens und Könnens in der ländlichen Bevölkerung widmet, und andrerseits, hierin die auf öffentlich-rechtlicher Grundlage errichteten Landwirtschaftskammern bisher ersetzend, von der Regierung als Interessenvertretung der bayerischen Landwirte anerkannt ist, veranstaltete kürzlich zur Feier seines 100jährigen Bestehens auf der Theresienwiese in München eine bayerische Landwirtschaftsausstellung, die weit über den Rahmen der üblichen mit dem Zentrallandwirtschaftsfest verbundenen Jahresschau hinausging. Höchst instruktive Spezialausstellungen aller zur Landwirtschaft in näherer Beziehung stehenden staatlichen Behörden und wissenschaftlichen Institute boten ein fast lückenloses Bild der staatlichen Landwirtschaftspflege in Bayern. Das reich entwickelte Vereins- und Genossenschaftswesen brachte seine großen Aufgaben in lehrreichen Schauobjekten zur Darstellung. Vielbeachtete Sonderausstellungen für Alpwirtschaft und Moorkultur zeigten, daß man in der genossenschaftlichen Alpenmelioration und in der staatlichen Kultivierung der ausgedehnten Moore Bayerns einen verheißungsvollen Anfang gemacht hat.

Vor allem aber bildete die Tierausstellung ein sehr erwünschtes süddeutsches Gegenstück zu der diesjährigen nur aus Norddeutschland beschickten Hamburger Wanderausstellung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* (siehe hierüber diese Rundschau, 1910, 2. Band, pag.

1162 ff.). Die Pferdeabteilung litt allerdings unter einem starken Auseinandergehen der Zuchtziele in den verschiedenen Teilen des Landes. Das edle Halbblut, das einige oberbayerische und mittelfränkische Remontezuchtbezirke vorstellten, konnte den Kenner der ostpreußischen Militärpferdezucht ebensowenig völlig befriedigen wie die Produkte der neuerdings in Unterfranken einsetzenden Kaltblutzüchtung den Bewunderer der rheinischen Schrittpferde. Eine stärkere Konzentrierung der verfügbaren züchterischen Kräfte auf das starke veredelte Wagenpferd im Oldenburger Typus, wie es aus verschiedenen Distrikten, in besonders musterhaften Exemplaren aus dem Rottal, schon zu sehen war, wäre hier sehr vonnöten. In der Schafabteilung, die Rhön-, Bastard- und Frankenschafe enthielt, waren die Spuren jahrzehntelanger Vernachlässigung dieses Zuchtzweigs, der in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts unter anderen wirtschaftlichen Konjunkturen auch in Bayern so sehr geblüht hatte, noch deutlich sichtbar. Umso anerkennenswertere Zuchtleistungen fand man in der Abteilung des veredelten Landschweins, aber auch des zur Auffrischung der Kulturrassen unentbehrlichen oberpfälzischen halbroten oder halbschwarzen Landschweins, während das verwöhnte Edelschwein englischen Ursprungs in der bayerischen Bauernwirtschaft weniger gedeiht. Ziegen, Kaninchen, Geflügel und Fische waren, dem bedeutenden Aufschwung dieser Zuchtzweige entsprechend, reichlich und gut vertreten.

Den Glanzpunkt der Ausstellung aber bildete die mit 417 Individuen aller 8 bayerischen Viehschläge beschickte Rinderausstellung. Besonders 3 Kulturrassen, das den weitaus größten Verbreitungsbezirk aufweisende Fleckvieh Simmenthaler Abstammung, das gelbe Frankenvieh und das in der Rheinpfalz gehaltene Glan-Donnersberger Vieh haben die organisierten Zuchtbestrebungen der letzten 2 Jahrzehnte reichlich gelohnt. Das Pinzgauer sowie das graubraune Allgäuer Gebirgsvieh standen diesmal etwas zurück. Geringern Zuchtwert haben die getigerten Ansbach-Triesdorfer und die beiden in der Oberpfalz heimischen Schläge, die Kelheimer Blässen und das bayerische Rotvieh; jedoch erwies sich wenigstens die letztgenannte Rasse bei ihrer guten Anpassung an die dürftige Scholle und angesichts der erheblichen züchterischen Fortschritte als durchaus erhaltungs- und fortbildungswürdig.

Selbstverständlich ist auch in Bayern der mittlere, in Franken und der Pfalz zum Teil sogar der kleinere Bauernstand der eigentliche Träger des mächtigen Aufschwungs in der Rindviehzucht. Das ergibt sich zahlenmäßig schon daraus, daß die 20 in Bayern bestehenden in der Zeit zwischen 1892 und 1907 begründeten Rindviehzuchtverbände gegenwärtig 25 723 Mitglieder mit insgesamt nur 47 953 Herdbuchtieren haben. Für den raschen Fortschritt der bayerischen Viehzucht ist es auch bezeichnend, daß im Sommer 1910 in Bayern bereits 104 Genossenschaftsweiden (siehe diese Rundschau, 1910, 2. Band, 1163 ff.) mit 35 820 Tagwerk und 9517 Weidetieren bestanden.

× ×

Kurze Chronik Im letzten Band des *Archivs des deutschen Landwirtschaftsrats* finden sich instruktive Berichte der landwirtschaftlichen Sachverständigen des Deutschen Reichs im Ausland Dr. Skalweit-London, Dr. Hollmann-Petersburg und Dr. Frost-Kopenhagen über die Landarbeiteransiedelung in England, Schweden, Dänemark, Holland und Belgien. × Das *Archiv für innere Kolonisation* will fortan der Binnenkolonisation im Ausland eine größere Beachtung als bisher widmen; mit einem gut orientierenden Aufsatz über die höchst umfangreichen Ansiedelungsunternehmungen im europäischen Rußland ist es an eine vielversprechende Ausführung dieses Programms gegangen.

× ×

Literatur Seit Oktober erscheint eine neue Zeitschrift größern Stils, das *Landwirtschaftliche Jahrbuch für Bayern*, herausgegeben vom Oberregierungsrat Edler von Braun /München, Gerber/. Die neue Zeitschrift, die jährlich in 18 bis 24 Heften herauskommen soll, will wissenschaftliche Abhandlungen landwirtschaftlichen und agrarpolitischen Inhalts und außerdem die Arbeiten der agrikulturbotanischen Anstalt, der Moorkulturanstalt, der Saatzuchtanstalt und der übrigen wissenschaftlichen Anstalten für Landwirtschaftspflege in Bayern bringen. Das 2. Heft enthält als bisher wichtigsten Beitrag den Vortrag des Herausgebers auf der Säkularversammlung des *Landwirtschaftlichen Vereins*, betitelt *Die Landwirtschaft in ihrer Bedeutung für Volkswirtschaft und Volkstum*. Möge das Jahrbuch, das im Namen, im Programm wie in der Stellung der Herausgeber —

beide sind seit langem die leitenden Männer in der Landwirtschaftsverwaltung ihrer Staaten — an Thiels *Landwirtschaftliche Jahrbücher* erinnert, für Bayern ebenso Wertvolles leisten wie die zum Vorbild genommene ältere Zeitschrift für Preußen geleistet hat. × Zur Jahrhundertfeier des bayerischen *Landwirtschaftlichen Vereins* sind mehrere größere gehaltvolle Werke erschienen, die auch den nichtbayerischen Parteigenossen, sofern sie sich über die agrarischen Fragen ein objektiv begründetes Urteil bilden wollen, angelegentlichst zum Studium empfohlen werden müssen. An der Spitze stehen einige Publikationen des bayerischen statistischen Landesamts. Nachdem dieses neuerdings außerordentlich fleißige Amt schon vor einigen Monaten in dem als 72. Band der *Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern* erschienenen Buch *Der Viehstand in Bayern* eine textliche Bearbeitung der Ergebnisse der letzten Viehzählung geboten hatte, veröffentlichte es nun in dem umfangreichen Werk *Die Landwirtschaft in Bayern* /München, Lindauer/ die Resultate der Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Besondern Wert erhält dieser 81. Band der bayerischen Landesstatistik dadurch, daß dem Tabellenwerk und den graphischen Beilagen eine 211 Seiten umfassende, ebenso gründliche wie interessante textliche Darstellung aus der Feder des Bezirksamtsassessors Dr. Hans Schmelzle vorangeht. Gleichzeitig mit dieser Gesamtdarstellung der bayerischen Landwirtschaft, soweit sie statistisch erfaßbar ist, publizierte das statistische Landesamt mit Rücksicht darauf, daß Bayern neben der Schweiz, Holland und Dänemark zu den wichtigsten Molkereiländern gehört, eine Monographie über die *Milchwirtschaft in Bayern* /München, Lindauer/. Auch hier wird das Verständnis der Tabellen und Karten durch ein auch nach der historischen und technischen Seite hin gut unterrichtendes Textwerk erschlossen, in dem der Verfasser, Regierungsassessor Dr. Philipp Arnold, auf 151 Seiten die Milchgewinnung, den Milchverkehr, die Milchverarbeitung, das milchwirtschaftliche Vereins- und Genossenschaftswesen, die Preisgestaltung, die Milchversorgung der städtischen und ländlichen Bevölkerung sowie die Beziehungen von Milchwirtschaft und Viehzucht und von Milchwirtschaft und Volksgesundheit erörtert. Eine noch intimere Kenntnis des gegenwärtigen Zustands der bayerischen Landwirtschaft und zwar vornehmlich der klein- und mittelbäuerlichen, vermittelt das unter Mitwirkung des *Landesverbands bayrischer Landwirtschaftslehrer* vom Ökonomierat Maier-Bode herausgegebene Werk *Die Organisation und die Erfolge des landwirtschaftlichen Wanderunterrichts im Königreich Bayern* /Landsberg, Verza/. Der bayerische Landwirtschaftsrat hat eine *Denkschrift zur Feier des 100-jährigen Bestehens des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern* herausgegeben /München, Manz/. 16 sachkundige Autoren schildern darin in größeren Abhandlungen die gegenwärtigen Zustände in den Hauptgebieten agrikultureller Tätigkeit. Neben einer Geschichte des *Landwirtschaftlichen Vereins* vom Generalsekretär Ökonomierat Luschka seien folgende Arbeiten als besonders bedeutsam hervorgehoben: *Bauerngut und Bauernstand* vom Direktor des statistischen Landesamts Dr. Zahn, *Landeskulturwesen* vom Oberregierungsrat Professor Dr. Spöttle, *Acker- und Pflanzenbau* von Professor Dr. Kraus, *Die landwirtschaftliche Tierzucht* vom Landesinspektor für Tierzucht Regierungsrat Dr. Attinger, *Das landwirtschaftliche Kreditwesen* vom Vorsitzenden des Vorstands der *Bayerischen Landwirtschaftsbank* Freiherr von Cetto-Reichertshausen, *Das landwirtschaftliche Versicherungswesen* vom Präsidenten der Versicherungskammer Dr. von Haag und *Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen* vom Direktor der *Bayerischen Zentraldarlehnskasse* Löweneck.

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Ornamentik Die Möglichkeiten einer modernen Ornamentik stehen wieder einmal im Brennpunkt der Debatten. Bei den Auseinandersetzungen dreht es sich darum, ob unsere Zeit eine Erneuerung des Ornaments überhaupt wagen dürfe, oder ob wir uns auch weiterhin mit der Beschränkung auf die rein sachliche Konstruktionsform zufrieden geben müssen. Dieser Unterdrückung allen Schmuckwerks ist zweifellos der prophylaktische Wert nicht abzusprechen, und gegenüber den schlimmen Naturalismen der Eckmannperiode hat sie unbedingt eine Gesundung erbracht. Allein schon die immer wieder aufflackernden Versuche dem Begehren nach Pracht und erlesener Zier entgegenzukommen müßten uns über ein Programm nachdenklich machen, das doch nur eine negative Tendenz hat. Es ist vortrefflich für den starken Troß der Nachbeter und Nachtreter, die es vor

Entgleisungen schützt, indem es den Anlaß dazu auf ein Mindestmaß einschränkt, und es ist ausgezeichnet für die Industrie, der damit auch für das Ästhetische eine handliche Regel gegeben ist. Aber schließlich gibt es doch auch noch Künstler unter den Gewerblern, Menschen, die danach brennen ihren innern Reichtum an Phantasie, an Gestaltungswillen, an formalem Reiz und Reichtum in ihren Schöpfungen widerzuspiegeln. Diese werden sich ja niemals auf eine Regel festlegen lassen; es wäre aber auch vermessen an einen van de Velde, einen Pankok, Obrist, Endell oder Riegel die selben Anforderungen zu stellen wie an einen Badewannenfabrikanten oder Typengießer. Ein klarer Unterschied muß zwischen dem Ideal der Großindustrie und den Zielen des schöpferischen Künstlergeistes gemacht werden. Dort wird die uneingeschränkte Sachlichkeit das Nützlichere sein, hier sollte man die freieste Entfaltungsmöglichkeit nicht nur zugestehen sondern erwünschen. Die Industrie, die immer mehr ausschlaggebend zu werden droht, kann keinen Anteil an dieser Erneuerung des Ornaments haben. Auch nicht ein einzelner Künstler, sondern der Idealismus und die Phantasiekraft einer ganzen Künstlerschaft werden notwendig sein, um uns eine moderne Ornamentik, das heißt aber nichts anderes als einen modernen Stil zu geben. Dieser Formenschatz wird aus vielerlei Keimen, Ansätzen, Versuchen herausreifen, er wird nicht von heute auf morgen auf den Markt geworfen werden können. Aber es gilt ihn mit aller Macht zu erstreben, wenn wir überhaupt den Kunsthandwerker noch neben dem Kunstindustriellen erhalten wollen.

× ×

Schaufenster Durch die Schaufensterwettbewerbe wurden große Käufermassen auf die Beine gebracht; die neuen Dekorationskünste haben sich als eine ganz rentable Sache erwiesen, und die Kaufmannschaft folgt mit Begeisterung dem *künstlerischen Zug* der Zeit. Innerhalb weniger Monate sind *die paar lernbaren, kaum versagenden* Regeln, wie einheitliche Farbengebung, architektonischer Aufbau, rhythmische Verteilung der Waren, Unterscheidung von Stapelfenstern von der Auslage wertvollerer Einzelgegenstände, begriffen worden, und zwar so gleichmäßig gut begriffen worden, daß man Sehnsucht nach der packenden Affichenwirkung, nach prikkelnden Effekten und faszinierenden Schlagern trägt, die auch ohne die Gleichförmigkeit einiger simpler Schulregeln geschmackvoll sein könnten. Im Wesen des Schaufensters liegt doch dieses Anregende und Aufreizende, dieses Aufpeitschen der Käufersinne, ohne das die neue Dekorationskunst schließlich doch nicht ganz auskommen dürfte.

× ×

Olbrich Olbrich hat oft und gern sein Oeuvre gezeigt, weshalb die Gedächtnisausstellung der Berliner Akademie nicht gerade Neues erbrachte. Unbekannt waren eigentlich nur die sehr sorgfältigen und sehr tüchtigen Studien nach alten Architekturschöpfungen, die beweisen, welch treffliche historische Grundlage dieser durch und durch Moderne doch hatte. Seine eigentliche Bestimmung war Anregernatur zu sein, Ideen der Welt zu bringen, mit immer neuen, frisch und kostbar sprudelnden Phantasieeinfällen die Architekten und Gewerbler anzuspornen. Er hatte, wie seine Wassertürme, wie das Baseler Bahnhofprojekt oder das Düsseldorfer Tietzwarenhaus zeigen, einen sichern Architekturinstinkt, wenngleich seine stärksten Wirkungen — auch als Baumeister — doch stets kunstgewerblicher Art waren. Hier und da mag er sich wohl auch einmal in den Mitteln vergriffen haben, aber eben nur darum, weil er als wackerer Künstlergeist sich weiter und mutiger vortraute als alle die anderen, die um ihn und hinter ihm standen.

× ×

Kleinwohnhaus Der *Hessische Zentralverein zur Errichtung billiger Wohnungen* hat sein soziales Programm nach einer Seite hin erweitert, die man die künstlerische nennen dürfte, wenngleich der Verein Geschmack genug besessen hat dieses heute so oft gebrauchte Wort zu vermeiden. Abgesehen von den an die Wohnung zu stellenden sanitären Mindestforderungen wie 10 Kubikmeter Luftraum pro Person, genügende Belichtung, ausreichende Abortverhältnisse usw. ist endlich einmal angestrebt worden die Wohnung der Minderbemittelten auch noch wohnlich und anheimelnd zu machen. Der Verein hat zunächst ein wirtschaftliches Programm aufgestellt, dessen wichtigste Bestimmungen dahin zusammenzufassen sind, daß die zu errichtenden Wohnungen mindestens 3 Räume (Stube, Küche und Kammer) haben müssen, daß die Baukosten für ein Einfamilienhaus höchstens 4000, für ein Zweifamilienhaus höchstens

7200 Mark betragen dürfen, und die gesamte Einrichtung (Mobiliar und Wirtschaftsgeräte) nicht mehr als 1000 Mark kostet. Der Bau soll einfach, zweckmäßig und sachlich gut sein; schlechtes Material, Surrogate nicht verwandt, und in der Formgebung alles Unnatürliche vermieden werden. Auf dieser Basis wurde bereits im Jahr 1905 ein Preisausschreiben erlassen, das so günstige Ergebnisse lieferte, daß der Verein für die Darmstädter Ausstellung 1908 6 solcher Häuser von den Architekten Olbrich, Gg. Metzendorf, Walbe, Wienkoop, Mahr und Rings errichten lassen konnte. Jetzt hat er die besten der im Lauf der Jahre zusammengestellten Entwürfe, Grundrisse und Ansichten in einem von Alexander Koch in Darmstadt verlegten Werk *Das Kleinwohnhaus* veröffentlicht, das so für eine der wichtigsten Siedelungsfragen ein umfassendes Studienmaterial bietet.

× ×

Kurze Chronik Die Stadt Posen ist mit einer Kaiserpfalz beglückt worden. Da man sich nun einmal bei Hofe nur für ganz weit zurückliegende Zeiten interessiert, wurde dieses Wahrzeichen, das die Polen von deutscher Bildung und deutscher Kultur überzeugen soll, *echt* romanisch gemacht. × Das Münchener Kunstgewerbe war zu einer Sonderausstellung im Pariser Herbstsalon eingeladen. Das Urteil der Franzosen hatte die Höflichkeit gebildeter Gastgeber und zugleich jene Überlegenheit, die Frankreich in Geschmacksdingen von alters her hat. Ein Boulevardblatt faßt seine Meinung in den Satz zusammen: »Die Geschmacksfrage beiseite gelassen, ist das alles ein Beweis von unleugbarem Können.« In den *Débats* erhebt André Michel den bemerkenswerten Einwand: »Welches sind die Elemente dieser neuen Kunst, dieses neudeutschen Stils? Bei der Zergliederung findet man Formen des zweiten Kaiserreichs oder eher Louis-Philippes (Louis-Philippe stilisiert und germanisiert), bald antike Formen bald englisch-belgische Erinnerungen, weit mehr geronnen als verjüngt durch den leitenden aber nicht schöpferischen Willen, der sie ausgegraben hat . . .« Man empfindet außerdem eine gewisse Schwere, Gleichförmigkeit und Dumpfheit als fremdartig. Aber die allgemeine Stimmung dürfte wohl in dem Resumee des *Journal des Débats* widergespiegelt sein: »Die Münchener Innenkunst ist zuweilen gefällig, oft streng, fast immer einfach, wohl abgemessen und von solider Durchführung. Was beim ersten Blick auffällt, ist die Genauigkeit, mit der für jeden Raum alle Einzelheiten dem leitenden Willen des Erschaffers sich eingepaßt haben. Überall eine Einheit, die vielleicht die Phantasie fernhält, aber einen wohltuenden Eindruck der Ordnung und Harmonie gibt.«

× ×

Literatur *Jedem sparsamen Arbeiter ein eigenes Wohnhaus* ist der Titel einer Broschüre, die der Verfasser Emil Bau in Köln im Selbstverlag erscheinen ließ, und in der er zur Lösung des Wohnproblems eine Sparlotterie vorschlägt. Seine Berechnungen, die sich auf dem Papier gut ausnehmen, zerfallen natürlich in dem Augenblick, wo man die reellen Faktoren einsetzen würde. × Auf das Gartenstadtprojekt der Architekten von Berlepsch-Valendias und Hansen für den Perlacher Forst bei München war in dieser Rundschau schon kurz verwiesen. Jetzt liegt eine eingehende Begründung vor (*Die Gartenstadt München-Perlach* /München, Reinhardt/). Die Schilderung der drückenden Münchener Wohnungsnot und die eingehende Darstellung der Verhältnisse in den englischen Mustersiedelungen Port Sunlight, Bourneville und Hampstead, die allgemein bekannt sind, sind wohl für die Behörden bestimmt, von deren Stellungnahme alles abhängt, und die inzwischen dem Projekt auch näher getreten sind. Das Gelände im Perlacher Forst gehört nämlich dem Staat und wäre bei einer Überlassung unbelastet durch die Bodenspekulation. Gute Verkehrswege nach München, Wasserleitung, Kanalisation usw. wären vorhanden oder leicht zu beschaffen. Die Verfasser nehmen 3 Wohnhaustypen und dementsprechend 3 Straßenarten an und errechnen für die mittleren und unteren Volksschichten recht günstige Wohnbedingungen. Klarer als ihre Worte zeigen die beigegebenen Pläne und Zeichnungen, daß sie Vorbildliches mit künstlerischem Geist verwirklichen möchten. Daher ist ihnen Erfolg wohl zu wünschen.

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER IN NEUBABELSBERG · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK VON HANS DOHRN IN BERLIN.